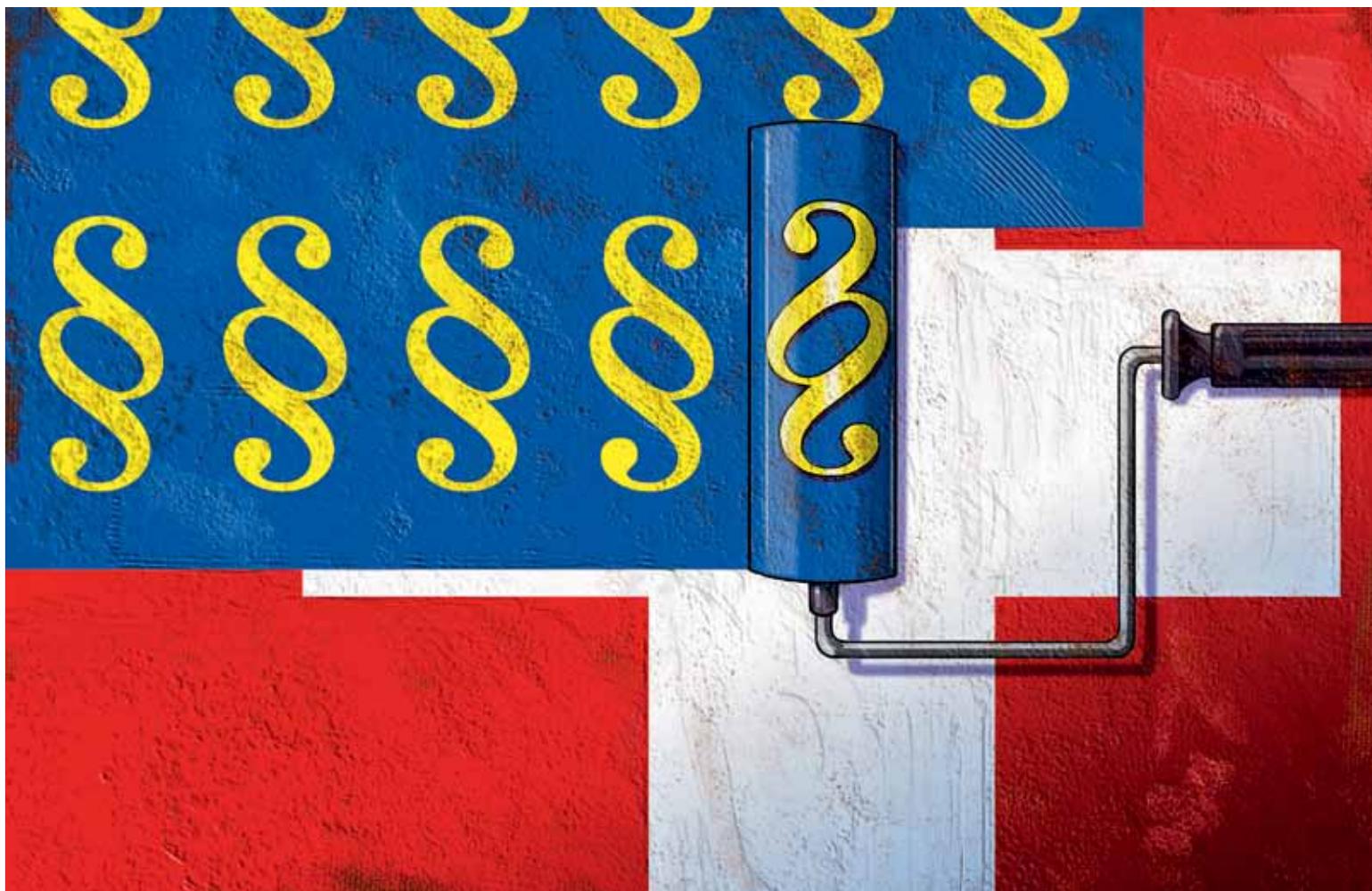


Al Jarreau, Timo Soini, Markus Wenger, Johann Schneider-Ammann

Nummer 28 – 11. Juli 2013 – 81. Jahrgang – Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCHEN

80 JAHRE QUALITÄT



Europas dreiste Richter

Wie der Strassburger Gerichtshof für Menschenrechte die Demokratie aushebelt. *Von Thierry Baudet*

Achillesferse der Schweiz

Wie gefährlich ist der Berner Chefdiplomat Yves Rossier?
Von Philipp Gut

Der Feminist, der sich zur Frau umbauen liess

Der absonderliche Fall eines australischen Soziologieprofessors. *Von Kathy Lette*



28



MEHR ALS NUR EIN SIGNET. EINE VERPFLICHTUNG.

DAS OFFIZIELLE ROLEX SIGNET IST AUSSCHLIESSLICH DEM ROLEX FACHHÄNDLER VORBEHALTEN. NUR ER BIETET EINE GROSSE AUSWAHL UNTERSCHIEDLICHSTER ROLEX ARMBANDUHREN UND BESITZT DIE EXPERTISE, UM DIE TECHNISCHE ZUVERLÄSSIGKEIT UND DEN GLANZ EINER ROLEX DAUERHAFT ZU ERHALTEN. JEDER NEUEN ARMBANDUHR VON ROLEX LIEGT EINE GARANTIEKARTE BEI, DIE ZUGANG ZUM NAMHAFTEN WELTWEITEN NETZWERK DER OFFIZIELLEN ROLEX FACHHÄNDLER GEWÄHRT.



OYSTER PERPETUAL SKY-DWELLER
IN 18 K WEISSGOLD

BEYER

Zürich seit 1760 · Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich · Tel +41 (0)43 344 63 63 · beyer-ch.com



Wer in Yves Rossier, dem EDA-Staatssekretär, der fremde Richter nur «logisch» findet, eine Art modernen Landesverräter sieht, dürfte seine These am linken Armgelenk des Chefbeamten bestätigt finden: Er trägt dort nicht etwa eine Schweizer Uhr, sondern ein goldiges Stück der sächsischen Traditionsfirma A. Lange & Söhne AG. Doch man sollte nicht vorschnell von Äusserlichkeiten auf innere Werte schliessen. Mit seiner Aussage von den «fremden Richtern» hat Rossier, fünffacher Familienvater und Kettenraucher, die Europadiskussion fast im Alleingang auf eine neue Stufe der Intensität getrieben. Wie kommt der ehemalige Direktor



«Fremde Richter»: Staatssekretär Rossier.

des Bundesamts für Sozialversicherungen zu seinen Ansichten und Aussagen? Spielt die Souveränität des Landes für ihn keine Rolle mehr? Wie gefährlich ist der Spitzendiplomat? In einem sportlichen Hintergrundgespräch bot Rossier *Weltwoche*-Inlandchef Philipp Gut die Möglichkeit einer Klärung. **Seite 20**

Der Niedergang der USA wurde schon vorausgesagt, als die junge Nation ihren Aufstieg zur Weltmacht erst begonnen hatte. Nachrufe zu Lebzeiten sind aber immer verfrüht. Inmitten der Negativmeldungen über Abhörskandale haben die USA zu einem Comeback angesetzt. Es nimmt seinen Anfang im amerikanischen Herzland im Westen und im Süden, und es wird befeuert von Öl, Gas und alter Industrie. In erster Linie durch die umstrittene Fördermethode Fracking strebt Amerika nach Energieunabhängigkeit. Sie bedeutet eine tektonische Verschiebung der geostrategischen

Kräfteverhältnisse. Matthias Rüb hat sich nach North Dakota aufgemacht, wo das Schwungrad der Ölpumpe sich fast lautlos bewegt und der Elektromotor der Pumpanlage leise brummt. Dort hat Rüb, USA-Korrespondent der *FAZ*, Leute wie den Lastwagenfahrer Ken Bezley getroffen. Der geniesst die Zeit draussen in der Prärie. Der Himmel ist blau, die Luft ist klar. «Hier stört mich keiner», sagt Bezley und



Comeback: Ölförderung in North Dakota.

lacht: «Die Arbeit ist nicht schwer. Ich muss nur aufpassen, dass ich nichts verschütte.» **Seite 40**

Übergewichtig, flüchtig gekämmtes Haar, Knollennase. So also sieht ein «Wahrer Finne» aus! Als Timo Soini in der Wandelhalle des finnischen Parlaments auf Urs Gehrigler und Roger Köppel zusteuerte, schien der Mann jedes Klischee zu bestätigen, das ausländische Medien über den schillerndsten Politiker Nordeuropas verbreiteten. Doch bereits Soinis sanfter Händedruck zeigte eine andere Seite. Mit weicher Stimme, die bisweilen ins Melancholische kippte, erzählte der Politiker, wie er die Anti-EU-Partei die «Wahren Finnen» während einer Sauna-Sitzung gründete. Mit 19 Wählerprozent stellen sie derzeit die zweitstärkste Partei im Parlament von Helsinki. Während sämtliche Parlamentarier bereits zu Juhannus, dem Sonnenwendefest, abgereist waren, umspannte Soini mit jovialer Geduld einen Themenkreis, der über die schwedische Okkupation, den Winterkrieg, Hitlers Besuch in Finnland bis zu Leonard Cohen und der Homo-Ehe führte. «Die Medien haben keine Ahnung», schlug er Untergangprophezeiungen für seine Partei in den Wind. «Ich bin sehr geduldig, wie ein politischer Scharfschütze.»

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrigler,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer,

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Pierre Heumann, Peter Holenstein,

Hansrudolf Kamer, Peter Keller,

Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Muscicono,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Joël Hunn (*Assistent*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektur: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt ist. Es schont damit Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





**Coop ist nachhaltigste
Detailhändlerin der Welt.**

Coop belegte 2011 den 1. Platz im oekom
Corporate Rating der Einzelhändler.

Für eine saubere Welt.

Mit den Waschmitteln von Oecoplan wird Ihre Wäsche genauso sauber wie mit konventionellen Produkten. Allerdings mit dem astreinen Vorteil, dass die Umwelt dabei kaum belastet wird. Schauen Sie am besten vor Ihrem nächsten Waschtage in einem der grösseren Coop Supermärkte vorbei und überzeugen Sie sich selbst.



Coop Oecoplan
Waschmittel Compact
1,875 kg, Fr. 12.90



Coop Oecoplan
Flüssigwaschmittel,
Flasche oder Beutel
1,5 l, Fr. 11.80



Coop Oecoplan
Feinwaschmittel,
Flasche oder Beutel
1,5 l, Fr. 9.80



Coop Oecoplan
Gewebeveredler
mit Apfelextrakt,
Flasche oder Beutel
1 l, Fr. 3.95

oecoplan

Für die grüne Alternative.

coop

Für mich und dich.

Gutmensch

Müssen auch Väter Kinder betreuen? Vatikan und Armut. Bundesrat. Eine kleine Hymne auf einen Gutmenschen.

Von Roger Köppel

Der deutsche FDP-Bundesminister für Gesundheit, Daniel Bahr, wird Vater. Deshalb zieht er sich für längere Zeit aus dem politischen Geschäft zurück. Dem *Spiegel* diktierte der angeblich Liberale folgenden Satz: «Es ist wichtig, dass Politiker mit ihrer Auszeit signalisieren, dass Kinderbetreuung genauso Sache des Mannes wie der Frau ist.» Bahr liegt falsch. Es ist Sache der Familien, zu entscheiden, wer für die Kinderbetreuung zuständig ist, und die Politik sollte darauf verzichten, bestimmte Modelle zu propagieren. Die Hoffnung lautet, dass sich in der geerdeten Schweiz ein Politiker lächerlich macht, wenn er sich wie Bahr als Vorreiter eines vermeintlich fortschrittlichen Familienlebens inszeniert.

Eben war Papst Franziskus auf der italienischen Insel Lampedusa, um ein Zeichen zu setzen gegen die «Globalisierung der Gleichgültigkeit». Seine Appelle richten sich an das schlechte Gewissen Europas mit der Forderung, noch mehr nordafrikanische Flüchtlinge aufzunehmen. Der oberste Katholik ist bekannt dafür, die Bekämpfung der Armut ins Zentrum seines Wirkens zu stellen. Dass der Pontifex sich der Armen annimmt, geht in Ordnung. Irritierend bleibt, dass in seinen Predigten der Begriff Eigenverantwortung fehlt. Armut ist für ihn ein Schicksal oder präziser: eine am Süden verübte Sünde, für die der Norden alles, der Süden hingegen nichts kann. Wäre es nicht brüderlicher, wenn die Afrikaner, die nach Norden streben, ihre Energien in den Dienst ihrer Heimatländer stellten? Sind die jungen Männer, die aus Nordafrika abwandern, wirklich alles Flüchtlinge? Und hat der Norden die Pflicht, jeden Afrikaner aufzunehmen, der kommen will? Das Gebot der Nächstenliebe bedeutet Solidarität im Nahbereich. Franziskus predigt Fernstenliebe: Er fordert mehr Solidarität der Europäer für die Afrikaner, die ihrerseits wenig Solidarität untereinander zeigen. Böser Norden, armer Süden: Der neue Papst ist ein Freund bequemer Botschaften im weltanschaulichen Linksbereich. Die Medien bejubeln ihn.

Der Bundesrat lieferte letzte Woche seinen Plan B zum Bankenstreit mit den USA. Die beleidigt wirkende Finanzministerin Widmer-Schlumpf legte eine Alternative vor,



«Eine herzerwärmende Illusion.»

deren Denkbarkeit sie in den aufreibenden Parlamentsdebatten zuvor noch vehement bestritten hatte. Indem sie jetzt mit einer Variante anrückt, widerlegt sie ihre eigene ultimative Rhetorik, es gebe keine Alternative. Es gibt immer eine Alternative.

Darüber hinaus stellt sich die Frage: Weshalb prescht der Bundesrat überhaupt mit öffentlichen Szenarien vor für den möglichen Fall, dass ihn Banken dereinst um Hilfe angehen? Der vorausseilende Aktionismus hat den Nachteil, dass die Amerikaner den bundesrätlichen Vorschlag bereits als zu wenig weitreichend abqualifizieren konnten. Die Schweizer Regierung entwickelt zusehends eine gewisse Meisterschaft darin, sich auf Vorrat unnötig in die Defensive drängen zu lassen. Sie krankt am Musterschülersyndrom des Entgegenkommens.

Auf die Gefahr hin, mir zu widersprechen: Nichts ist müssiger als die Kritik am Bundesrat, er sei zu schwach. Vor allem der Vorwurf, der Bundesrat sei dem Ausland gegenüber zu nachgiebig und einfühlend, geht von einem Missverständnis über die Natur unserer Politik aus. Die Schweizer wollen keine starke Zentralregierung in Bern. Sie leiden zwar periodisch an der gewollten Schwäche, aber noch viel schlimmer wäre es, die Regierung in Bern zeichnete sich durch Stärke aus. Die Schweizer sind souverän als Stimmbürger und Wähler. Sie wollen sich selber regieren, somit bleibt dem Bundesrat, die Einheit und den Zusammenhalt des Landes zu verkörpern. Bundesräte müssen dialogfähig, ausgleichend und unideologisch sein. Ihre wichtigste Qualität, so lesen wir es in den Zeitungen, so wiederholen es die Parteien, sollte es sein, über Partei-

grenzen hinaus auf andere zuzugehen, den Konsens zu finden. Der Bundesrat ist eine Maschine des Ausgleichs, damit sich die in vielerlei Sprachgruppen, Kantone, Konfessionen und Mentalitäten gegliederte Schweiz wenigstens auf Stufe Regierung letztendlich trotz aller Vielfalt den Anschein von Einheit geben kann.

Dass der Bundesrat in Verhandlungen mit den Amerikanern oder Europäern auf Schlichtung, Nachgeben und Entgegenkommen setzt, ist eine direkte Folge dieser von der Schweiz gewünschten Charakteristik. Die Wahrnehmungsstörung ist bemerkenswert: Im Inland wünschen wir uns eine liebenswürdige Regierung der Zurückhaltung und des massvollen Umgangs mit den ohnehin geringfügigen Mitteln der Macht. Gegenüber dem Ausland erwarten wir ein Testosteron-Gremium kampferprobter Winkelriede. Beides ist nicht zu haben. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt auf die Frage eingehen, wie der Bundesrat seine gewollte Schwäche zur Stärke umschmieden kann. Vorab nur so viel: Im Nichtstun liegt die Kraft.

Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China ist ein schöner Erfolg von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, aber auch ein Beweis für die ungebrochene Attraktivität der Neutralität. Skeptiker befürchten, die strategisch denkenden Chinesen hätten sich ein finsternes Schema ausgedacht, um den Kleinstaat Schweiz auf raffinierte Weise zu missbrauchen, über den Tisch zu ziehen. Wahrscheinlicher scheint eine andere Vermutung: Die Schweiz stellt für die Chinesen einen nützlichen Stützpunkt in Europa, aber ausserhalb der EU dar. Brüssel brach gegen China einen handelspolitischen Kleinkrieg vom Zaun, die Schweiz bleibt für die Chinesen ein Testfeld für kapitalistische Selbstversuche. Wir erinnern uns an einen Satz des WEF-Gründers Klaus Schwab in diesem Blatt Anfang Jahr: China werde ähnlich regiert wie die Schweiz, durch eine Kollegialbehörde, die undurchsichtig zusammengesetzt wird und am Ende auf Konsens abzielt. Die Schweiz hat den Vorteil, dass sie als neutrales Land mit allen ins Geschäft kommen kann – von den USA über Südamerika und Afrika bis China und Europa. Weltgang, nicht Alleingang: Das ist die Schweiz, übrigens seit 700 Jahren.

Der amerikanische Sänger und Liedermacher James Taylor, ein Veteran der Hippiebewegung, ist ein hervorragender Künstler. Ja, seine Songs sind vertontes Gutmenschentum, was allerdings nicht nervt, weil Taylor es irgendwie fertigbringt, an die urmenschliche Selbsttäuschung zu appellieren, dass wir uns alle immer gernhaben können. Es ist ein gefährlicher Irrtum in der Politik, aber eine schöne, herzerwärmende Illusion in der Musik. Der Mann hat einfach etwas Geniales.



Die Überlegenheit der Frauen: Seite 50



Nachgiebig: Schneider-Ammann. Seite 24



Gibt es «universelle Menschenrechte»? Seite 34



Maler der Mächtigen: Anton Graff. Seite 48

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar** Richter haben Namen, Herr Knüsel
- 9 **Im Auge** Königin Paola von Belgien
- 10 **Fernsehen** Sprachenwirrwarr bei der «Tagesschau»
- 10 **Wissenschaft** Achtung, Apokalypse!
- 11 **Personenkontrolle** Jans, Frick, Widmer-Schlumpf, Akeret, Mörgeli, Jütte
- 11 **Nachruf** Luciano Lutring, Gangster-Poet
- 12 **Die Deutschen** Der gute Ami
- 12 **Wirtschaft** Frankreich, du hast es besser
- 13 **Ausland** Transatlantischer Befreiungsschlag?
- 14 **Mörgeli** Grosses Welttheater des Heiligen Bruno
- 14 **Bodenmann** Preisüberwacher: SBB sind zu teuer
- 15 **Medien** Boulevard ist in Frauenhand
- 15 **Gesellschaft** Handys machen hässlich
- 17 **Justiz** Der Strafvollzug ist zu teuer
- 18 **Leserbriefe** / Darf man das?

Hintergrund

20 Achillesferse der Schweiz

Wie gefährlich ist der Berner Chefdiplomat Yves Rossier?

22 Bundesrichter spielen Gesetzgeber

Das Lausanner Bundesgericht umgeht die direkte Demokratie

24 Links hat Vortritt

Personenfreizügigkeit: Wie sich Wirtschaftsminister Schneider-Ammann für linke Interessen einspannen lässt

26 Millionen für Juristen

Gratisanwälte für Asylsuchende: Es droht eine Beschwerdeflut

28 Die Rega brauchte eine halbe Stunde

Ein aktueller Fall zeigt die Tücken der Vormachtstellung

30 Schuldenbremse für die AHV

Immer mehr Bürger wollen, dass die Sozialwerke sparen

32 Suche nach dem Killer-Gen

Können potenzielle Serienmörder erkannt werden?

34 Das Europa der Menschenrechte

Die gefährliche Eigendynamik der Strassburger Richter

36 Bundesgericht Der Trick der Richter in Lausanne

40 Amerikas Comeback

Die Supermacht steht besser da als die meisten EU-Staaten, die geostrategischen Kräfteverhältnisse verschieben sich

42 Religion Wirkt im Vatikan eine «mächtige Schwulenlobby»?

43 Ägypten Der Streit über die künftige Politik spaltet das Land

48 Superstar der Auftragskunst

Wiederentdeckung des Schweizer Porträtisten Anton Graff

50 Der Feminist, der sich zur Frau umbauen liess

Bestsellerautorin Kathy Lette über das «Ende des Mannes»



«Wir sind eine Arbeiterpartei ohne Sozialismus»: finnischer Politiker Soini. Seite 44

Interview

44 «Wie ein politischer Scharfschütze»

Timo Soini ist der Chef der jungen Anti-EU-Partei «Wahre Finnen». Der 51-jährige Politiker über die Probleme der kleinen Leute im hohen Norden von Europa

Stil & Kultur

52 **Stil & Kultur** Helmut Newton, Starfotograf

54 **Bestseller**

54 «Musik des Überlebens»

Sänger Al Jarreau kommt ans Jazzfestival St. Moritz – ein Gespräch

57 **Literatur** Der Traum vom Kaffee mit Scarlett

57 **Jazz** Susanne Abbuehl

58 **Top 10**

58 **Kino** «Now You See Me»

59 **Fernseh-Kritik** «Metzgete – Heiteres Prominentenraten»

60 **Namen** Wagnis «Neuer Falken»

61 **Hochzeit** Karin Vock und Mario Häfeli

61 **Thiel** Amtsbeleidigung

62 **Wein** Azienda Agricola COS: Frappato 2011

62 **Die Besten** Parkieren in der blauen Zone

63 **Auto** Suzuki Grand Vitara 2.4 GL Top

63 **Zu Tisch** Restaurant «Essigbrätlein», Nürnberg

65 **Im Gespräch** Stefan Maegli, Geschäftsführer Appenzeller Alpenbitter

66 **MvH trifft** Anna Zegna, Bekleidungsunternehmerin

Autoren in dieser Ausgabe

Kathy Lette



Die Australierin, geboren 1958, hat zahlreiche Bestseller zum ewigen Kampf zwischen den Geschlechtern geschrieben. In ihrem Essay verkündet sie das Ende des Mannes. Dabei bezieht sie sich auf den Soziologieprofessor Robert William Connell, der sich unlängst zur Frau umoperieren liess. Seite 50

Thierry Baudet



Mit seinen Thesen über den souveränen Nationalstaat gilt der niederländische Historiker und Jurist, 30, als konservativer Shootingstar. Er fordert Reformen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, der sich immer dreister in innere Angelegenheiten seiner Mitglieder einmischte. Seite 34

Abonnenten profitieren.



Ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen

www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT

15. März – 17. November 2013
Bernisches Historisches Museum

Das «8. Weltwunder» – jetzt in Bern

Qin – Der unsterbliche Kaiser
und seine Terrakottakrieger

www.qin.ch

Tickets auf
www.qin.ch

Ein Kulturrengagement von



Richter haben Namen, Herr Knüsel

Von Alex Baur — Der Luzerner Fachrichter Hans Knüsel, der die Freilassung des notorischen Serienvergewaltigers Markus Wenger zu verantworten hat, wurde kürzlich wiedergewählt. Diskussionslos.



Bereits 1999 verwarht: Straftäter Wenger.

Serialvergewaltiger Markus Wenger betäubte seine Opfer nicht nur, um ihren Widerstand zu brechen. Sondern, weil er auf Sex mit bewusstlosen Frauen steht. Diese Perversion hat einen Namen: sadistische Paraphilie. Und diese ist, wie mehrere Gutachter prognostizierten, im Fall von Markus Wenger kaum therapierbar. Deshalb wurde der 56-Jährige letzte Woche vom Basler Strafgericht zu einer lebenslänglichen Verwahrung verurteilt.

Der mehrfach vorbestrafte Rückfalltäter wurde bereits 1999 erstmals verwarht. Während seiner rund 30-jährigen kriminellen Laufbahn hatte Wenger mindestens 24 Frauen hinterhältig betäubt, um sich an ihnen sexuell zu vergehen. Kaum war der Mann 2011 in die Halbfreiheit entlassen worden, kamen zwei neue Opfer hinzu. Dass Wenger nun definitiv weggesperrt werden soll, war zu erwarten. Die grosse Frage lautet vielmehr: Warum war der notorische Delinquent trotz schlechter Prognosen überhaupt auf freiem Fuss?

Für einmal kann man «die Behörden» nicht im Kollektiv verantwortlich machen. Die zuständige Luzerner Justizdirektorin Yvonne Schärli-Gerig (SP), die Vollzugsbehörde unter Barbara Ludwig und die einschlägige Fachkommission wehrten sich vehement gegen Wengers Freilassung. Sie wurden dazu gezwungen von Luzerner Verwaltungsrichtern, deren Identität

streng geheim gehalten wird. Immerhin sickerte der Name des Fachrichters durch, der die Hauptverantwortung für das fatale Fehlurteil trägt: Psychiater Hans Knüsel (CVP).

Dem Urteil, das Knüsel am 25. Oktober 2010 fällte, liegen im Wesentlichen zwei Gutachten zugrunde. Die ältere Expertise stammt vom mittlerweile pensionierten Zürcher Psychiater Martin Kieseewetter, die neuere von dessen Nachfolger Elmar Habermeyer. Es sind zwei Schulen, die mit diesen Gutachten aufeinanderprallen und die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Während Kieseewetter nach alter Väter Sitte weitgehend «freihändig» psychologisiert und den Aussagen des Täters grosses Gewicht beimisst, konzentriert sich Habermeyer auf objektive Kriterien, die sich aus den Akten, Tests, Vorstrafen und vor allem aus den Tatmustern ergeben und die er nach einem fixen Raster bewertet. Die Diagnosen der beiden Psychiater deckten sich weitgehend, Habermeyer stuft die Rückfallgefahr allerdings erheblich höher ein als Kieseewetter. Richter Knüsel machte sich in dieser Situation selber zum Experten und zerfetzte Habermeyers Ausführungen buchstäblich in der Luft.

Hinter der Anonymität versteckt

Knüsel ist nicht der Einzige, der dem Psychopathen Wenger auf den Leim gekrochen ist und die Gefahr völlig falsch einschätzte. Mehrere Medien (*Das Magazin*, *Beobachter*, *NZZ am Sonntag*) forderten damals, sekundiert vom emeritierten Basler Strafrechtler Günter Stratenwerth, in einer breit orchestrierten Kampagne die Freilassung von Markus Wenger, den sie zum harmlosen Opfer einer vermeintlich unmenschlichen Verwahrungshysterie hochstilisierten. Die schweren Vorstrafen wurden dabei völlig ausgeblendet. Immerhin standen der in der Causa Wenger federführende Journalist Mathias Ninck und Stratenwerth mit ihrem Namen hin, sie haben zu ihrer kapitalen Fehleinschätzung in Zeitungsinterviews öffentlich Stellung genommen. Das ist zu respektieren. Fehler werden erst zur Schande, wenn man sie leugnet oder vertuscht.

Die Luzerner Verwaltungsrichter verstecken sich dagegen feige hinter ihrer Anonymität. So liess Hans Knüsel bisher auch alle Anfragen der *Weltwoche* unbeantwortet. Im Luzerner Parlament, das den Richter im letzten März diskussionslos im Amt bestätigte, war das Fehlurteil kein Thema. Die meisten Ratsherren kannten gemäss Insidern nicht einmal die Namen der Richter, die sie wählten.

Zerbrechliche Taube



Königin Paola von Belgien.

Es war einmal eine wunderschöne Prinzessin mit einer Haut wie Pfirsich, grün-violetten Bergseeaugen und blond wie Grace Kelly, die Fürstin von Monaco. Sie hiess, wie Prinzessinnen eben so heissen, mit vollem Namen Paola Margherita Maria Antonia Consiglia Principessa Ruffo di Calabria, di Scilla, Palazzolo e Licodia Eubea, kalabrischer Uradel. Und es verschlug sie durch Heirat in das finstere flache Land Belgien, wie es der Troubadour Jacques Brel herzerreissend melancholisch besang. Die junge Prinzessin schien nichts vor Augen zu haben als Kindergebären und ein lebenslängliches protokollarisches Arrangement am Hofe mit dem prinzlichen Gepspons Albert, der als ziemlicher Hallodri galt.

Doch nach Belgien hatte es auch einen Landsmann der traurig-schönen Adelligen verschlagen. Salvatore Adamo, Sohn eines Kohleminenarbeiters, der in den sechziger Jahren der «süssen Paola» eine Liebeserklärung komponierte: «Paola, du süsse Chimäre/als du eines Abends/deinen Blick mir schenkest/hinter deiner Majestät/sah ich in Wirklichkeit/eine zerbrechliche Taube/la la la la la.» Adamo mit der heiser-melodramatischen Stimme war 21, die Prinzessin gerührt und hingerissen. Belgien hörte nicht auf zu rätseln, ob sich ein heimliches italienisches Liebespaar in der Fremde gefunden hatte.

König Baudouin I. starb 1993 unerwartet, und weil er und seine Königin Fabiola, die Mutter der belgischen Herzen, keine Kinder hatten, begann für seinen Bruder und Nachfolger Albert II. und für Paola der furchtbare Ernst der Monarchie. Sie waren sich längst entfremdet. Auch Paola wurden sentimentale Fluchten nachgesagt. In einer Thronrede verkündete der König 1999, dass sie ihre Zweisamkeit wiedergefunden hätten. Wenigstens mit dem Repräsentieren ist es jetzt vorbei, am 21. Juli räumt Albert, 79, den Thron für den Kronprinzen Philipp, 53, und Paola, 76, wird zur Ex-Königin. Sie trägt jetzt merkwürdige Hüte, die in diesen Kreisen schick sind, und kümmert sich um ihre zwölf Enkelkinder. Adamo wird siebzig. Er hat seine Liebeslieder achtzig Millionen Mal verbreitet und denkt nicht ans Aufhören. Peter Hartmann

Sprachenwirrwarr

Von Rico Bandle — Mit Florian Inhauser gibt's bei der «Tagesschau» Bühnendeutsch.

Die Ernennung Florian Inhausers zum Moderator der «Tagesschau»-Hauptausgabe war eine kleine Revolution für das Schweizer Fernsehen. Nicht wegen seiner Faxen, der Stirnfalten oder der nasalen Stimme, sondern wegen der Sprache. Inhauser spricht perfektes Bühnenhochdeutsch. Seinen angestrengt-eloquenten Betonungen ist nichts Schweizerisches mehr anzuhören: kein kratzendes «ch», kein rollendes «r», dafür sagt er «neunzich» oder «bleibn».

Vor zehn Jahren wäre ein Moderator wie Florian Inhauser bei der wichtigsten Nachrichtensendung des Schweizer Fernsehens noch undenkbar gewesen. Genauso, wie es heute noch undenkbar wäre, dass ein St. Galler beim Walliser Lokalradio Rottu moderiert. Das etwas ungelente schweizerische Hochdeutsch, der *accent fédéral*, wurde am Leutschenbach als unabdingbares Unterscheidungsmerkmal angesehen. Wohl zu Recht ging man davon aus, dass zu perfektes Hochdeutsch beim Publikum schlecht ankäme.

Mittlerweile hat sich beim Schweizer Fernsehen viel verändert, nicht nur der Name. Wie überall in der Region Zürich arbeiten auch bei SRF mehr und mehr Deutsche. Dass ein deutscher Reporter seine Fragen auf Hochdeutsch stellt und der Befragte auf Schweizerdeutsch antwortet, ist längst Standard. Sich daran zu gewöhnen, fällt schwer: Zu gekünstelt wirkt die Situation. Da auch die Kaderstellen bei SRF zunehmend von Deutschen besetzt sind, scheint dies niemandem mehr aufzufallen.

Am deutlichsten macht sich der Sprachenwirrwarr bemerkbar, wenn Nachrichtenmoderatoren für Gespräche im Studio von einem Augenblick auf den nächsten von Hochdeutsch auf Schweizerdeutsch wechseln. Oder wenn bei Sportübertragungen der SRF-Moderator Hochdeutsch spricht, der Experte neben ihm jedoch Schweizerdeutsch.

Dass mit Florian Inhauser auch noch Bühnenhochdeutsch zur Hauptsendezeit Einzug gehalten hat, ist Ausdruck eines doppelten Spiels des Schweizer Fernsehens: Einerseits gibt man sich mit schweizerdeutschen Interviews und unzähligen Jass- und Wandersendungen betont volksnah, andererseits möchte man ein weltoffener, urbaner Sender sein, der mit der grossen Konkurrenz aus Deutschland mithalten kann. Mit der Folge, dass sprachlich immer mal wieder abrupt von einem Extrem ins andere gewechselt wird.

Schärferer Ton, strengere Ziele

Von Markus Schär — Die Berner Klimaforscher behaupten mit einer aufsehenerregenden Studie weltweit die Führung – in Alarmismus.

Seit Jahren schon schlagen die Klimaforscher Alarm: Die Erdatmosphäre dürfe sich nicht um mehr als zwei Grad erwärmen, die Menschen dürften deshalb noch genau 565 Milliarden Tonnen CO₂ erzeugen, also nur ein Fünftel der derzeit bekannten, aufgrund neuer Fördertechniken rapid zunehmenden Reserven an Öl und Gas verbrennen. Die Menschen hören allerdings kaum noch zu, deshalb verschärfen die Wissenschaftler den Ton. Ein Berner Team um Professor Thomas Stocker veröffentlichte letzte Woche auf dem Onlineportal der führenden Zeitschrift *Nature* eine Studie, die noch weit strengere Ziele für die Klimapolitik fordert: Der gesamte CO₂-Ausstoss dürfe 250 Milliarden Tonnen nicht übersteigen. Warum?

Die Klimaforscher haben ein Problem. Ab September legen sie den 5. IPCC-Bericht über Ursachen und Wirkungen des Klimawandels vor, die wissenschaftlichen Grundlagen sichtet ein globales Team unter Führung von Thomas Stocker und mit Sitz in Bern. Diese Arbeit stösst auf immer lautere Kritik – um die Erkenntnisse des IPCC foutiert sich die Politik und neuerdings auch die Natur.

Die Klimapolitik ist gescheitert. Seit der Konferenz von 2009 im eisigen Kopenhagen machen die Schwellenländer klar, dass sie ihr Wirtschaftswachstum nicht einschränken

lassen. China erzeugt mit jährlich 9 Milliarden Tonnen ein Viertel des gesamten CO₂-Ausstosses von 34 Milliarden Tonnen, es würde also das Kontingent der Berner Forscher in einem Vierteljahrhundert allein aufbrauchen. Die USA mit 6 Milliarden Tonnen liessen sich nie in das Kioto-Protokoll einbinden, jetzt machen auch Japan und Kanada nicht mehr mit. In Australien stürzte Regierungschefin Julia Gillard wegen ihrer strengen Klimapolitik, und in Grossbritannien denkt Premier David Cameron um, nachdem in Nordengland das weltweit grösste Gasvorkommen entdeckt worden ist. Zu einer Beschränkung ihres CO₂-Ausstosses verpflichten sich gegenwärtig noch Länder, die zusammen dreizehn Prozent des gesamten menschengemachten CO₂ erzeugen. Dazu gehört auch die Schweiz mit 51 Millionen Tonnen, was einem Achtel des grössten chinesischen Unternehmens oder dem weltweiten Ausstoss eines halben Tages entspricht. Wie das Bundesamt für Umwelt letzte Woche mitteilte, erreichten die Schweizer 2012 das Reduktionsziel nicht, deshalb müssen sie ab 2014 höhere Abgaben auf Brennstoffe bezahlen.

Und die Klimaforschung hat versagt. Seit siebzehn Jahren steigen die Temperaturen nicht mehr, und das Klima könnte sich in den kommenden Jahren sogar abkühlen. Die tatsächlich gemessenen Temperaturen liegen denn auch unter all jenen, die das IPCC mit seinen komplexen Modellen voraussagte. Seit Jahren zweifeln die Chinesen und die Inder an der westlichen Wissenschaft, jetzt fordern ausgerechnet die Niederlande, die gemäss den Szenarien der Klimaforscher im Meer versäenken, das IPCC dürfe sich beim Klimawandel nicht auf den menschlichen Einfluss beschränken, sondern müsse auch natürliche Ursachen untersuchen.

Die Klimamodelle scheiterten so spektakulär, dass sie in jeder anderen Wissenschaft als widerlegt gälten. Deshalb bauten die Berner ein noch komplexeres Modell des gesamten Erdsystems. Und die Drohung mit der Klimaerwärmung macht den Menschen derzeit wenig Eindruck. Deshalb warnen die Berner vor der Versauerung der Meere, also dem Absterben der Korallen – die in 500 Millionen Jahren schon in weit saurerem Wasser überlebten. Hauptsache, die Forscher um Thomas Stocker können, wie sie der *Berner Zeitung* sagten, «den Status in der Champions League des klimawissenschaftlichen Business festigen».



«Champions League»: Forscher Stocker.

Personenkontrolle

Jans, Frick, Widmer-Schlumpf, Akeret, Mörgeli, Jütte

Der Basler SP-Nationalrat **Beat Jans** jubelt im Pressedienst der Partei über die Erhöhung der Subventionen für Solaranlagen: «So können Jahr für Jahr schätzungsweise 300 MW erneuerbare Stromproduktion realisiert werden. Das entspricht jährlich annähernd der Leistung des Atomkraftwerks Mühleberg.» Damit bringt der Sonnenanbeter nicht nur die Termini, sondern auch die Fakten durcheinander. Richtig ist: Das AKW Mühleberg erzeugt mit 373 MW installierter Leistung, weil es zu 90 Prozent der Zeit läuft, jährlich mehr als 3000 GWh. Solaranlagen mit 300 MW Leistung liefern dagegen, weil sie nur 10 Prozent des Maximums abgeben,



Platz an der Sonne: SP-Energiespezialist Jans.

rund 360 GWh. Jans ist Umweltwissenschaftler ETH. In Physik hatte der Energiespezialist der SPS offenbar einen Fensterplatz. (sär)

Kurz nach der Nomination von alt Ständerat **Bruno Frick** als Verwaltungsrat der Finanzmarktaufsicht (Finma) durch den Bundesrat wurde bekannt, dass gegen den CVP-Politiker eine Strafuntersuchung wegen ungetreuer Geschäftsführung läuft. Frick behauptete erst, von der Untersuchung nichts gewusst zu haben. Die *Handelszeitung* weist das Gegenteil nach. Von der Finma wollte die *Weltwoche* wissen, ob der Geschäftsmann Bruno Frick auch einmal in ein Finma-Verfahren involviert war. Die seltsam knappe Antwort: «Kein Kommentar.» (fsc)

Eveline Widmer-Schlumpf hat Benzin im Blut. Dem *Tages-Anzeiger* verriet sie, dass sie gerne einmal ein Formel-1-Auto fahren würde, «denn Sportwagen bin ich gewohnt. Mein Vater hatte einen Jaguar XJS». Die *Weltwoche* wollte ihr diesen Wunsch erfüllen und arrangierte mit Hilfe des Schweizer Marktführers für private Rennfahrten, Passion 4 Speed, eine Einladung zur Fahrt in einem Rennwagen. Bei Redaktionsschluss war die Annahme der Einladung zum Geschwindigkeitsrausch noch ausstehend. Seit früher Jugend hat die Finanzministerin wohl



Benzin im Blut: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

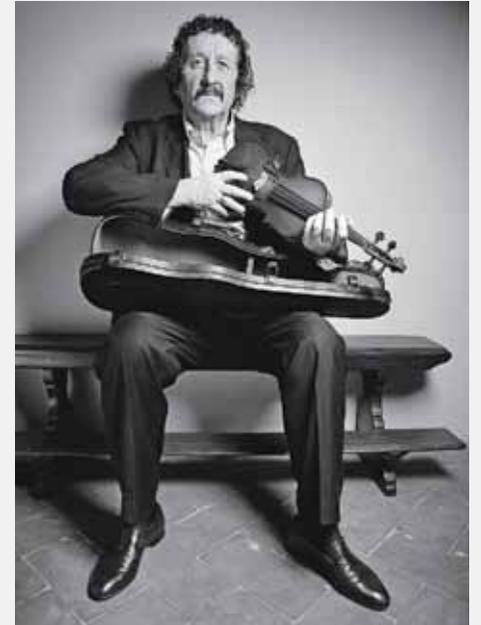
keinen solchen mehr erlebt. Ihr Vater, Bundesrat **Leon Schlumpf sel.**, riegelte 1984 das Tempo auf Schweizer Autobahnen bei 120 km/h ab. (fsc)

Der Rechtsdienst der Universität Zürich, geleitet von lic. iur. **Sven Akeret**, sorgt weiterhin für juristische Überraschungen. Zuerst hatte die Uni bei der Staatsanwaltschaft eine «Eingabe» wegen Amtsgeheimnisverletzung gegen Professor **Christoph Mörgeli** gemacht, wollte dies aber nicht als Anzeige verstanden wissen, was die Staatsanwaltschaft dennoch tun musste («Eingabe» ist keine juristische Kategorie). Mörgelis angebliches Vergehen: Er hatte die Namen der Mitglieder der sogenannten Jütte-Kommission genannt, die seine medizinhistorische Sammlung untersuchte. Die Frage, ob dies schon eine Verletzung des Amtsgeheimnisses bedeutet, steht zumindest im Raum. Sie erhält umso mehr Gewicht, als die Uni offensichtlich selektiv gegen mutmassliche Geheimnisverletzer vorgeht. Der Chef der erwähnten Kommission, der Stuttgarter Professor **Robert Jütte**, hat sich Ende letzter Woche im *Tages-Anzeiger* zum wiederholten Mal sogar zum Inhalt des vertraulichen Berichts geäußert. Nachdem die *Weltwoche* darauf hingewiesen hatte, dass der Bericht Mörgeli fälschlicherweise verstaubte Knochen unterschoben hatte, krebste Jütte zurück: «Man habe mit diesem Satz vor allem die Unordnung dokumentieren wollen», so Jütte gemäss *Tagi*. Als ob solche gravierenden Vorwürfe nicht stimmen müssten und es bloss auf eine symbolische Aussage ankomme. Im Gegensatz zum Verfahren gegen Mörgeli sieht die Uni von einer «Eingabe»/Anzeige ab: Sie sehe «keine Indizien, dass Prof. Jüttes Äusserungen eine Amtsgeheimnisverletzung darstellen könnten», lässt sie verlauten. (gut)



Verschiedene Ellen: Medizinhistoriker Jütte.

Nachruf



Kontrastfigur: Gangster-Poet Lutring.

Luciano Lutring (1937–2013) — Seine Eltern wollten einen Musiker aus ihm machen, aber berühmt wurde er für seinen Geigenkasten. Darin versteckte er die Maschinenpistole. Schon sein erster Überfall war nach seiner Darstellung ein Missverständnis: Er legte versehentlich eine Smith & Wesson auf den Postschalter, als er den Einzahlungsschein suchte, und die Beamtin habe ungefragt dicke Geldbündel vor ihm aufgetürmt – die Vorlage für eine populäre Schelmenballade des Sängers Enzo Jannacci. Von der Schusswaffe, beteuerte der Mailänder Gentleman-Gangster, der mit seinen Überfällen Millionen (in Euro umgerechnet) erbeutete, habe er nie Gebrauch gemacht. Er narrete jahrelang die Polizei, bis er 1965 bei einer Schiesserei in Paris lebensgefährlich verletzt auf dem Pflaster liegen blieb. Der langhaarige Gauner im Jesus-Look wanderte hinter Gitter, wurde dann nach Brescia überstellt und, nachdem er 12 der 22 Jahre Zuchthaus abgesessen hatte, von zwei Staatspräsidenten begnadigt, dem Italiener Giovanni Leone und dem Franzosen Georges Pompidou. Lutring begann in Gefangenschaft zu malen und zu schriftstellern und wurde, als poetische Kontrastfigur zu den brutalen Mafia-Killern, ein Darling der Medien. Seine Autobiografie «Der Zigeuner» wurde zweimal verfilmt, mit Gian Maria Volonté und Alain Delon in der Hauptrolle. Noch einmal geriet Lutring mit dem Gesetz in Konflikt, als er, mit 47, eine Minderjährige liebte. Sie wurde seine zweite Frau. Seinen Lebensabend verbrachte er am Lago Maggiore, «in Angst vor Parkbussen».

Peter Hartmann

Der gute Ami

Von Henryk M. Broder — Die Sehnsucht nach jemand, den man lieben und verehren kann.



Jedes Volk, jede Ethnie braucht Vorbilder. Für die Schweizer ist es Wilhelm Tell, für die Südafrikaner Nelson Mandela, für die Türken Kemal Atatürk, die Amerikaner

George Washington, Abraham Lincoln und Martin Luther King. Nur die Deutschen sind arm dran. Keine der grossen historischen Gestalten taugt wirklich als nationale Identifikationsfigur. Bismarck war zu grob, Kohl zu spiessig, Hitler ein Vegetarier, Adenauer ein Separatist, Brandt ein Emigrant, Marlene Dietrich eine Verräterin. Übrig bleiben ein paar Statisten wie Karl May, Exoten wie der bayerische König Ludwig II. und Weltverbesserer wie Karl Marx.

Die Folge: Die Deutschen sehnen sich nach jemand, den sie lieben und verehren können. Bis vor kurzem war es der amerikanische Präsident Barack Obama, dem 90 Prozent der Bundesbürger ihre Stimme gegeben hätten, wenn sie in den USA hätten wählen dürfen. Seit aber bekannt wurde, dass amerikanische Spionagedienste auch in Deutschland aktiv sind, hat Obama bei den Deutschen ausgespielt; auch bei jenen, die nichts dabei finden, dass das Post- und das Bankgeheimnis in Deutschland praktisch abgeschafft wurden, geschah es doch im nationalen Interesse – im Kampf gegen Steuer-sünder. Dass die amerikanische NSA aber «unsere» Telefonate und E-Mails kontrolliert, das ist viel schlimmer als das Versagen der deutschen Dienste im Fall der Terrortruppe NSU, denn das verletzt unsere «Privatsphäre».

«Das lassen Sie sich bieten!», kreischte die grüne Abgeordnete Renate Künast bei einer Aussprache im Bundestag Innenminister Friedrich an, «das lassen Sie sich bieten!», als habe der sowieso schon überforderte Minister es versäumt, eine Eliteeinheit der Bundespolizei nach Washington zu schicken, um den Amis Manieren beizubringen. Ihr Fraktionskollege Trittin sprach von einer «Schande für Deutschland, einer Schande für Europa, einer Schande für die Demokratie» und forderte die EU auf, Edward Snowden Asyl anzubieten. Thomas Oppermann, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, pries Snowdens Tat als eine «Gewissensentscheidung» und «einen Akt zivilen Ungehorsams». Wer ein guter Ami ist, das wissen die Deutschen am besten.

Frankreich, du hast es besser

Unter einem 200-jährigen Kastanienbaum, irgendwo zwischen Jura und Vogesen, sinniert unser Kolumnist über die ungeahnten Vorzüge Frankreichs verglichen mit der Schweiz. Von Silvio Borner

Frankreich steuert auf eine wirtschaftliche und politische Katastrophe zu. In den letzten fünfzig Jahren kam es nur ein einziges Mal vor, dass der französische Staatshaushalt im Plus abschloss. Und dies bei einer Staatsquote von deutlich über fünfzig Prozent und einer Schuldenrelation von gegen hundert Prozent des Inlandprodukts. Im alltäglichen Vergleich ist trotzdem einiges besser in dem Land, wo wir seit mehr als einem Vierteljahrhundert unsere Wochenenden und Sommerferien verbringen.

Beginnen wir mit der Hinfahrt. Hinter der Grenze hat es plötzlich viel Platz. Der Blick schweift über endlose Felder und bleibt ausserhalb der Dörfer kaum je an einem Gebäude hängen. Kontrollen der Polizei sind selten. Diese verlässt sich auf die angekündigten Radarfallen, die Selbstanzeigen der Geschwindigkeit beim Dorfeingang und – neu geplant – auf Alkohol-Selbsttests, indem der Fahrer das Röhrchen gleich selber mitführen muss.

Freude bereitet auch das Einkaufen, und zwar nicht nur der tieferen Preise wegen, wie uns Coop und Migros weismachen wollen. Da wären einmal die kundenfreundlichen Öffnungszeiten. Man kann am Freitagabend nach Arbeitsschluss ruhig in Basel losfahren und bis 20 Uhr die Einkäufe im Wochenenddomizil tätigen. Der Parkplatz ist grosszügig und natürlich gebührenfrei. Mich ärgert in Basel nicht das Kleingeld dafür, sondern der grün-rosarote pädagogische Eifer. Um die Welt zu retten, soll ich, bitte schön, meine Blumenerde, meine neue Matratze oder Golfausrüstung mit dem öffentlichen Verkehrsmittel nach Hause wälzen? Ich meide konsequent alle Shopping-Center mit Parkgebühren.

Dann das Angebot: Qualität und Vielseitigkeit sprechen klar gegen Migros und Coop. Es herrscht hier im Detailhandel eben harter Wettbewerb. In maximal zwanzig Minuten findet man – mit dem Auto natürlich – einen Leclerc, einen Super U, ein Géant Casino, einen Match und einen Auchan sowie natürlich den globalen Player Carrefour.

Daneben gibt es Fachgeschäfte, vor allem Metzgereien und Bäckereien, die bei halbem Preis die Schweizer Anbieter ausbremsen. Fleisch, Milchprodukte, Gemüse und Früchte sind klar schmackhafter und vielfältiger im Angebot. Milch ist in handlichen Flaschen verschiedenster Grösse und mit unterschiedlich-

ten Fettgehalten erhältlich. Zu Hause verschütete ich immer ein paar Tropfen, wenn ich die unmöglichen Kartonschachteln aufschneiden muss.

Turbot plus Hummer für 100 Franken

Wer es nicht glaubt, soll doch bitte mal an einem Samstag den Markt von St-Louis oder Belfort in Augenschein nehmen. In Belfort kann ich einen frischen Riesen-Turbot und zwei lebendige Hummer aus der Bretagne für weniger als hundert Franken bekommen. Die Auswahl an Früchten und Gemüse ist umwerfend, und die nordafrikanischen Händler begrüssen einen mit einem Handschlag und einem *Probiereerli*.

Der Golfklub ist halb so teuer, ist aber nicht nur landschaftlich schöner, sondern auch gesellschaftlich «demokratischer» und sportlich lockerer als in der Schweiz. Auch das Wandern ist natürlicher und abwechslungsreicher. Die

Wanderwege sind zwar keine perfektionistischen Hochleistungspfade, aber das Karten- und Orientierungssystem des Club Vosgien ist genial. Es gibt keine Ziel- und Zeitangaben, dafür Kartenmaterial im Massstab 1:25 000 mit geometrischen und farbigen Symbolen für frei zu gestaltende Wanderrouten. Man wandert

eben selten von A nach B, sondern von A oder B zurück nach A oder B. Schliesslich steht ja das Auto in A oder B! Apropos Auto: Die Alten in unserem Dorf leben in ihren Häusern, weil sie, obwohl am Stock oder behindert, ohne staatliche Krücken oder Prüfungen zum Einkauf fahren dürfen.

Umnutzungen und Umbauten am alten Bauerhaus sind problemlos über die Bühne gegangen. Eine sogenannte kleine Baueingabe gilt automatisch als erteilt, wenn das Amt nicht innert Monatsfrist zusätzliche Angaben verlangt. Die Versorgung mit Wasser und Elektrizität funktioniert per Lastschriftverfahren. Das Fernsehen ist besser, und die Kehrichtabfuhr erfasst per Chip jedes Kilogramm, das wir entsorgen. Und die Electricité de France schätzt uns als Kunden mit einem hohen Stromverbrauch.

Was wir also in Frankreich am meisten schätzen, ist die fehlende Moralisation der frei gewählten Lebensweise mit Auto, Qualitätskonsum, Umbauen und komfortablem Stromverbrauch.



Transatlantischer Befreiungsschlag?

Von Hansrudolf Kamer — Amerika und Europa ringen mit den politischen Folgen der Finanzkrise. Eine Freihandelszone soll das Wachstum ankurbeln. Kann das gutgehen?



Skeptiker lesen den transatlantischen Anlauf, gemeinsam Wachstumshindernisse zu beseitigen, als Ausfluss der realistischen Erkenntnis, dass die übrigen Möglichkeiten erschöpft sind oder als

politisch nicht gangbar angesehen werden. Der Versuch mit einer Freihandelszone, die Amerika und Europa umfasst, soll Erfolgsdruck auslösen. Doch zurzeit lassen sich auf beiden Seiten des Atlantiks nur wenig Gemeinsamkeiten entdecken.

Die Teilhaber der künftigen Transatlantic Trade and Investment Partnership sind höchst ungleich. Europa ist ein Konglomerat historisch tief verwurzelter Nationalstaaten, die sich stets kritisch beäugen, ihre Rivalitäten pflegen und keine gemeinsame Weltsicht zustande bringen. Der innereuropäische Einigungsprozess irrt gegenwärtig ziellos umher und löst sich nicht von der Euro-Krise. Schwierig ist das Transatlantik-Projekt vor allem deswegen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen sind tatsächlich «vereinigt», und die verbliebenen Unterschiede zwischen Kalifornien und Vermont, um nur zwei der fünfzig Einzelstaaten zu nennen, lassen sich routinemässig bewältigen. Das war nicht immer so, aber seit dem Zweiten Weltkrieg wird ein Föderalismus praktiziert, von dem Europa nur träumen kann. Die Diskrepanz zwischen der politischen Handlungsfähigkeit Amerikas und derjenigen Europas ist augenfällig.

Das Misstrauen über den Atlantik hinweg ist ebenso mit Händen zu greifen. Es ist das Verdienst der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Transatlantik-Verhandlungen trotz französischen Einwänden überhaupt beginnen konnten.

Frankreich ist eine unbequeme Europäerin und hat Störpotenzial. Die Grande Nation will zwar auch Wirtschaftswachstum, jedoch auf ihre Weise, und ist nicht bereit, diesem Ziel andere Anliegen unterzuordnen, die sie als wichtiger erachtet. Sie befürchtet – vermutlich zu Recht – einen weiteren Verlust an nationaler Identität und französischem Einfluss in Europa und in der Welt. Andere Europäer mögen ähnliche Gefahren sehen, doch denken und handeln sie weniger kategorisch.

Präsident Hollande hat deshalb versucht, die Verhandlungen zu unterminieren. Durchgesetzt hat er sich mit seinem Ultimatum einer Ausnahmeregelung für Kulturgüter («exception culturelle»). Gescheitert ist er dagegen mit dem Versuch, die «Ausspähung» europäischer Regierungsvertreter und Institutionen durch die amerikanische National Security Agency zum Anlass zu nehmen, um die Verhandlungen vorerst zu blockieren.

Ein Fall doppelter Heuchelei

Frankreich hatte «ein Klima des Misstrauens» zwischen den USA und der EU diagnostiziert. Die Empörung über die Bespitzelung aber überbewertet. Es ist ein Fall doppelter Heuchelei: Auch Frankreich hat funktionstüchtige Nachrichtendienste, wenn auch nicht solche, die wie Krakenarme in alle Lebensbereiche ausgreifen.

Unterschiedliche Interessen sind seit längerem sichtbar. Europa ringt seit Jahren wenig erfolgreich um stärkeren globalen Einfluss und benützt dies als Argument für die europäische Integration. Amerika scheint ihn abzubauen. Die amerikanische Aussenpolitik ruht traditionell auf globalen Verpflichtungen, expliziten wie auch anderen, im Notfall militärische Gewalt einzusetzen. Alle Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg haben sich zu ihnen bekannt.

Unter Präsident Obama hat eine Akzentverschiebung stattgefunden, von der noch schwer abzuschätzen ist, wie dauerhaft sie sein wird. Obama fördert isolationistische Tendenzen der demokratischen Linken und trifft sich dabei mit Exponenten des libertären Flügels der Republikaner. Er wiederholt bei jeder Gelegenheit seine Behauptung, «die Flutwelle» der Kriege gehe zurück. Die Ergebnisse im Mittleren Osten – Rückzug aus dem Irak und Afghanistan, Abseitsstehen im Syrien-Krieg, «leading from behind» in Libyen und dann Abstinenz – sind nicht zu übersehen.

Das gibt auch den Europäern zu denken. Zwar ist da noch die Nato, eine Art Schutzbrief für den alten Kontinent, doch Teile der Allianz fühlen sich inzwischen weniger sicher als auch schon. Die Rücksicht auf Russland hat bisher eine vernünftige Verteidigungsplanung im Osten des Kontinents mit den «neuen» Bündnismitgliedern verhindert. Mögliche Partner wie die Ukraine und Georgien sind «verlorengegangen». Russland dagegen rüstet konventionell auf und modernisiert nuklear, derweil Obama die Doktrin der Abrüstung predigt.

Die Argumente gegen die Aufrechterhaltung der Pax Americana, die den Europäern lange Jahre von Frieden und Prosperität gesichert hat, sind immer die gleichen. Und sie werden ironischerweise sehr oft von europäischen Theoretikern vorgebracht, die sich als Realisten gerieren: Die Sprache der Gewalt sei obsolet, internationale Abkommen und Institutionen ersetzen die Vorkehrungen für die militärische Verteidigung, und – mit angeborener Überheblichkeit – die Amerikaner seien zu dumm und zu unfähig, um ihre Rolle als globaler Stabilitätsanker und als Schutzmacht weiterzuspielen. Das kann nicht gutgehen.



Klima des Misstrauens: G-8-Gipfel in Nordirland.

Grosses Welttheater des heiligen Bruno

Von Christoph Mörgeli

Der Schwarzen Madonna sei Dank. Der abgewählte Schwyzer Ex-Ständerat Bruno Frick (CVP) wurde wohl mit ihrer gnädigen Beihilfe vom Bundesrat in den Verwaltungsrat der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) gewählt. Todsicher zog aber auch eine Bündner Madonna die Fäden: Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hat alles Interesse daran, den Finma-Verwaltungsrat nach dem Rücktritt des Banken-Profis Eugenio Brianti zur SVP-freien Zone zu machen. Mit ihrem Vorschlag des branchenfremden Anwalts Frick sichert sie sich die Unterstützung der CVP in ihrem fragilen Hausmacht- und Wiederwahlssystem.

Doch jetzt ist um den Einsiedler Bruno Frick das grosse Welttheater ausgebrochen – weil der Multiverwaltungsrat in ein Verfahren wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung verwickelt ist. Keine wirklich ideale Voraussetzung für die Finma, die über Gewähr, Geschäftsmoral und Bonität unserer Finanzinstitute wacht. Auch gilt Frick als karitativer Abzocker, seit er die Paraplegiker-Stiftung in einem einzigen Jahr um 390 600 Franken erleichterte.

Der heilige Bruno (altdeutsch «Der Braunbär») gilt als Inbegriff von strenger Askese, ist aber auch Patron der Besessenen. In der Finma würde Bruno Frick jährlich 80 000 Franken verdienen, erfahrungsgemäss mit Spesen und Zulagen etwa 100 000 Franken für einen Vierteljob. Also fast das Gehalt des von Frick einst so begehrten Bundesratsamtes. Bezahlen müssen die Banken.

Doch Frick ist nicht das einzige Problem der 350-köpfigen Finma. Warum hat die Bankkommission jahrelang kleine Privatbanken schikaniert, statt den Hurrikan der Finanzmarktkrise für UBS und CS zu erkennen? Warum durfte Direktor Daniel Zuberbühler (SP) die Fronten wechseln, um als Sozialdemokrat bei der KPMG noch viel mehr zu verdienen? Denselben finanziellen Karrieresprung zur Credit Suisse macht jetzt der zweithöchste Bankenaufseher Urs Zulauf. Nicht ohne sich zu rühmen, er habe unsere Banken im Oktober 2010 auf die Rechts- und Reputationsrisiken im Vermögensverwaltungsgeschäft mit Ausländern aufmerksam gemacht. Oktober 2010? Als das ganze Haus längst lichterloh brannte, schwenkte Finma-Zulauf eine Betriebsanleitung für den Feuerlöscher. Der Bundesrat muss jetzt die heutigen und früheren Finma-Heiligen genauer überprüfen. Und den heiligen Bruno subito aus dem Verkehr ziehen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Preisüberwacher: SBB sind zu teuer

Von Peter Bodenmann — Die Elektroautos kommen. Roboter ersetzen schleichend die Autofahrer und die Bähnler, wenn die nicht erwachen.



Die Bahn müsste von der Strasse lernen – und endlich produktiver werden.

Vor 23 Jahren waren Autos noch von vorgestern. Volkswagen schob 1990 das Modell Golf II auf den Markt. Der Golf VII des Jahres 2013 stammt in Sachen Komfort, Sicherheit und Benzinverbrauch von einem anderen Planeten.

Wurde Autofahren in der Schweiz deshalb in den letzten 23 Jahren real teurer? Der Preisüberwacher kommt zum Schluss: nein. Pro Kilometer Autofahren bezahlen wir teuerungsbereinigt nicht mehr als 1990. Obwohl wir viel mehr bekommen und weniger Benzin und Diesel sauberer verbrennen. Der Grund ist der technische Fortschritt: Autobauer und ihre Zulieferer wurden immer produktiver.

Umgekehrt ist Zugfahren für viele Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen in der Schweiz längst ein Luxusgut. Die Preise sind seit 1990 – wie der Preisüberwacher ebenfalls nachgerechnet hat – um achtzig Prozent gestiegen. Obwohl die Teuerung nur dreissig Prozent ausmachte und obwohl die öffentliche Hand immer mehr Geld in diesen Sektor pumpt.

Die Tatsachen passen nicht in die Schablonen der Rechten und der Linken. Die SVP will das Bahnfahren noch teurer machen. Unerschwinglich für einen grösseren Teil ihrer einkommensschwachen Wählerschaft. Und für die Linken und die Grünen kann Mobilität nicht zu teuer sein. Sie wollen mehr Geld aus der Staatskasse.

Die Bahn müsste von der Strasse lernen – und endlich produktiver werden. Heute bummeln

schlecht ausgelastete Personen- und Güterzüge mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten durch die Schweiz. Die Bahn ist nur halbwegs pünktlich, weil die SBB Verspätungsreserven für alle Züge mit in die Fahrpläne einbauen.

Alles keine Hexerei

Die Stichworte einer überfälligen Revolution: Harmonisierung der Geschwindigkeiten; Ersatz des Stundentaktes durch dichtere Zugfolgen; vollautomatische Steuerung der Züge; nachfragegesteuerte Preise mit digitalen Fahrscheinen; marktgerechte Preise für Rollmaterial. Alles Stand der Technik, alles keine Hexerei, alles sofort machbar ohne neue Tunnel. Stattdessen warten wir noch fast einen Ersten Weltkrieg lang, bis der Gotthard-Tunnel eröffnet wird.

Die Revolution wird leider auf der Strasse stattfinden. Die umweltfreundlichen und leisen Elektroautos und Stromlastwagen werden schneller kommen, als wir denken. Und sie werden – da neu automatisch gesteuert – uns Fahrer überflüssig machen. Auch Mörgeli wird nie mehr im Strassengraben landen.

Der technische Fortschritt wird im gleichen Aufwasch das Kapazitätsproblem der Strasse lösen – sowie die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Verkehr im dreifachen Wortsinn aufheben.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.



«Die Nacht des Schicksals»

Salut Salon im KKL Luzern

Das klassisch-furiose Damen-Quartett Salut Salon sprengt alle musikalischen Konventionen. Überzeugen Sie sich persönlich davon anlässlich der Schweizer Premiere seines neuen Programms «Die Nacht des Schicksals» am Freitag, 20. September 2013, im KKL Luzern.

Was wirklich passiert in der «Nacht des Schicksals» von Salut Salon, wird erst der Konzertabend zeigen. Sicher ist: Die vier souverän agierenden Musikerinnen im kleinen Schwarzen wagen sich an ein virtuos-akrobatisches Programm, das so von einem Kammermusik-Ensemble noch nie zu hören war.

Teils für Orchester, teils für Solo-Instrumente geschriebene Klassiker haben Angelika Bachmann (Geige), Iris Siegfried (Geige und Gesang), Sonja Lena Schmid (Cello) und Anne-Monika von Twardowski (Klavier) komplett neu arrangiert. Salut Salon spielen mit allem, was ihnen am Herzen liegt: grooviger Filmmusik, brasilianischen Rhythmen, Zigeunermusik, Folk, Pop und eigenen Chansons.

«Wir sind genau wie guter Wein, wir werden reifer und besser», sagte das Klassik-Quartett in der Welt über sich selbst. Am schicksalhaften Premierenabend in Luzern haben Sie Gelegenheit, dieses exzellente Klassik-Quartett zu degustieren.



Weltwoche Spezialangebot

«Die Nacht des Schicksals»
Salut Salon
Freitag, 20. September 2013
Konzertbeginn: 19.30 Uhr

Konzerttickets um 15% reduziert

Kat. I Fr. 84.– statt Fr. 98.–
Kat. II Fr. 79.– statt Fr. 92.–
Kat. III Fr. 72.– statt Fr. 84.–
Kat. IV Fr. 65.– statt Fr. 76.–
Kat. V Fr. 58.– statt Fr. 68.–
Kat. VI Fr. 39.– statt Fr. 45.–

Veranstaltungsort

KKL Luzern, Konzertsaal

Bestellung/Vorverkauf

www.obrassoconcerts.ch/weltwoche
Tickethotline: Tel. 041 361 62 62
Bei Buchung Kennwort «Weltwoche»
erwähnen.

Angebot ist nicht kumulierbar.
Bearbeitungsgebühr pro Bestellung: Fr. 9.80

Veranstalter

Obrasso Classic Events GmbH
www.obrassoconcerts.ch

www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT

obrassoconcerts



Blondinen und Brünetten

Von Kurt W. Zimmermann — Die Schweiz einmal mehr als Sonderfall. Boulevard ist bei uns nun zu hundert Prozent in Frauenhand.

Die beiden Frauen kannten sich zuvor nicht. Erstmals begegneten sie sich Mitte letzter Woche im Newsroom auf der Zürcher *Blick*-Redaktion.

Es begegneten sich eine Blonde und eine Dunkle. Die Blonde, das war Christine Maier, die neue Chefredaktorin des *Sonntagsblicks*. Die Dunkelhaarige, das war Andrea Bleicher, die noch ziemlich neue Chefredaktorin des *Blicks*. Es war so etwas wie eine Weltpremiere.

Denn das hat es bisher nirgendwo gegeben: Der bezahlte Boulevard einer Nation ist ausschliesslich in Frauenhand. Auch der Westschweizer *Le Matin* aus dem Haus Tamedia, der dritte heimische Titel mit den grossen Buchstaben, wird von der blonden Sandra Jean geführt.

Boulevard und seine Blondinen und Brünetten waren immer ein Männergeschäft. Kaum je führte eine Frau eine Redaktion. Seltene Ausnahmen waren etwa die skrupellose Rebekah Brooks bei der *Sun* und die grimmige Rosie Boycott beim *Daily Express*.

Wann also nimmt man eine Frau? Man tut es dann, wenn man nicht mehr weiterweiss.

Das ist beim *Sonntagsblick* unübersehbar. Dass die Auflage von einst 370 000 auf mittlerweile 220 000 Exemplare sank, ist das kleinere Problem. Das geht vielen Blättern so. Das grössere Problem ist, wie sehr der *Sonntagsblick* an Relevanz eingebüsst hat.

Der *Sonntagsblick* war mal ein Faktor. Man musste ihn lesen, man musste ihn fürchten. In den letzten zwölf Jahren ist er unter wechselnden Chefredaktoren immer weiter in die Untiefen der Unverbindlichkeit abgedriftet. Das Blatt ist heute profillos, merkwürdig uninspiriert, spiessbürgerlich, ohne Überraschungseffekte und treuherzig-sozialdemokratisch, also fad.

Kurzum, der *Sonntagsblick* ist im Vergleich zu früher politisch, publizistisch und gesellschaftlich irrelevant geworden.

Die neue Chefin Christine Maier muss darum hinbiegen, was den Männern vor ihr nicht gelang. Sie muss dem Blatt wieder einen Platz in der öffentlichen Agenda verschaffen. Das Blatt braucht wieder politische Wahrnehmung. Das Blatt muss wieder ernst genommen werden. Boulevard, weil unter dem Dauerverdacht des Dummlichen, braucht hohe journalistische Leistung und Legitimation.

Das weiss Maier selber genau. Dass sie es kann, ist ihr durchaus zuzutrauen.

Denn Maier, 48, hat eine ungewöhnliche Karriere hinter sich. Sie begann an der flatter-



Höhere Risiken: Journalistin Maier.

haften Peripherie der Branche und arbeitete sich dann in den ernsthaften Journalismus vor. Sie startete als TV-Schätzchen und erfreute die People-Presse zwei Jahrzehnte lang mit flockigen Details aus ihrem Liebes- und Familienleben. Dann leitete sie den TV-Talk «Club» und begann 2011 als Moderatorin bei «10 vor 10». Seitdem ist sie in der Branche als solide Journalistin angekommen.

Warum also holt man eine Frau? Es ist eine Frage des Risk-Managements. Frauen gehen in den Medien oft höhere persönliche Risiken als Männer ein. Sie sind weniger als Männer auf Sicherheit aus. Sie haben ein unverkrampfteres Verhältnis zur Karriere, sie haben weniger zu verlieren, weil sie ihr Leben nicht nur über ihren Beruf definieren.

Darum holt man Frauen dann, wenn man in den Medien nicht mehr weiterkommt und sich einen Neuanfang erhofft. Es gibt dafür historische Beispiele wie Esther Girsberger (*Tages-Anzeiger*), Uli Rubner (*Schweizer Woche*) und Ingrid Deltenre (SRF). Es gibt aktuelle Fälle wie Christine Maier und Andrea Bleicher.

Manchmal holt man die Frauen auch mit etwas gar viel Risikofreude. 1999 etwa wurde die Unterhalterin Monika Kälin Chefredaktorin der *Glückspost*. Nach nur einem Monat wurde sie entlassen.

Auch das war eine Weltpremiere. Auch das von Ringier.

Die Buckler

Von Beatrice Schlag — Handys werden immer eleganter. Hässlich machen sie trotzdem.

Edward Snowdens Enthüllungen haben die Debatte über Nutzen und Fluch der Smartphones angeheizt. Machen sie aus Jugendlichen apathisch herumhängende Klicker, oder fördern sie vielmehr Reaktionsgeschwindigkeit und Geschicklichkeit? Verstrahlen sie unsere Köpfe? Machen sie sozialer? Oder eher unverbindlicher, weil man jede Verabredung im letzten Moment absagen kann, wenn sich eine attraktivere Alternative auftut? Beeinträchtigen sie die Konzentration, oder befähigen sie zu nützlichem Multitasking? Fördern sie die Möglichkeit zum unbemerkten Seitensprung – oder genau das Gegenteil? Stresst die permanente Erreichbarkeit, oder erleichtert sie erst den Arbeitsalltag? Kein Aspekt, der nicht von Pädagogen und Soziologen kritisch ausgeleuchtet wurde. Bis auf einen: Macht die mobile Telefonie hässlich?



Möglicherweise ist das kein Zufall. Denn es ist die einzige Frage zum Thema Smartphone, die eindeutig zu beantworten ist. Die Antwort lautet: Ja, man sieht mit Handy nicht gut aus. Gut, am Ohr eines stehenden, gehenden oder aufrecht sitzenden Menschen ist es ästhetisch gerade noch einigermaßen unbedenklich und nur dann irritierend, wenn man sich fragen muss, ob man selbst wohl auch solchen Blödsinn verzapft, den alle in der Nähe mithören müssen.

Wirklich hässlich hingegen ist der Anblick von Menschen, die sich stumm über ihr Gerät beugen und daran herumfingern. Den Kopf gesenkt und die Schultern zusammengezogen, machen sie einen Buckel, und ihre Handbewegungen sind schnell und *nifelig*, als würden sie häkeln. Bei Männern fällt das stärker auf als bei Frauen. Vor allem dann, wenn sie wie wichtige Geschäftsleute gekleidet sind. Dann sehen sie nach geprügeltem Bürogeizhals aus.

Ein Smartphone, auf das man pausenlos einhackt, ist – anders als eine Zeitung, die man blättert – zu klein für souverän wirkende Gesten. Es zwingt zur geduckten Loser-Haltung, die Vielnutzer von Smartphones gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie häufig beibehalten, wenn sie ihr Handy aus der Hand gelegt haben.



Das bleibt nicht in der Familie

Lesen Sie im Tages-Anzeiger zwischen dem 15. Juli und Ende August sieben sehr persönliche Gespräche, die unsere Redaktorinnen und Redaktoren mit Mitgliedern ihrer Familien geführt haben.

Iwan Städler und seine Schwester Marion

Die Rega-Ärztin spricht über das Retten, über Leben und Tod und das Kochen auf der Helikopter-Basis.

Daniel Schneebeli und seine Schwester Sabina

Die Filmschauspielerin spricht über die Lust am Rollenwechsel und den Unterschied zwischen Fiktion und Realität.

Manuela Kessler und ihre Schwester Esther

Die mehrfach handycapierte Frau spricht über Norm und Normalität und darüber, weshalb man nicht sie, sondern Romy Schneider bemitleiden sollte.

Simone Rau und ihr Cousin Milo

Der Regie-Star spricht über seine Faszination für finstere Themen und den Wunsch nach einem eigenen Theater.

Samuel Reber und sein Onkel Daniel Thürer

Der Völkerrechtler spricht über seine Hoffnung für die Schweizer Europapolitik und über das Leben als Feindbild der Rechtskonservativen.

Oliver Meiler und sein Sohn Noé

Der Teenager spricht über sein Leben auf wechselnden Korrespondentenposten und sein Verständnis von Heimat.

Enver Robelli und sein Vater Shaip

Der Bauarbeiter im Ruhestand spricht über sein Leben als «Gastarbeiter» in der Schweiz, über seine Heimat Kosovo und die Tragik des Krieges.

Die Sommerserie vom 15. Juli bis
Ende August im Tages-Anzeiger.

Dranbleiben.

Tages-Anzeiger

Eine Milliarde: Wozu?

Der Strafvollzug in der Schweiz wird gemäss neuesten Zahlen des Bundes immer teurer. Ob die kostspieligen Massnahmen und Therapien auch etwas bringen, weiss allerdings niemand.

Von Martin Killias



Letzte Woche veröffentlichte das Bundesamt für Justiz Zahlen zu den Kosten des Strafvollzugs. Sie lagen 2010 bei einer Milliarde pro Jahr. Bemerkenswert ist der Anstieg um 24 Prozent ab 2005 – wie es weiterging, kann man nur ahnen. Nach einer längeren Phase relativer Stabilität stiegen die Kosten abrupt nach 2007 – klar eine Folge des neuen Strafrechts. Anstatt der versprochenen Einsparungen beim Strafvollzug infolge der Abschaffung kurzer (und kostengünstiger) Strafen hat die Schweiz heute mehr (teure) Langzeitgefängene denn je und höhere Kosten.

Stark zugenommen haben die stationären Massnahmen, also Therapien im Gefängnis oder in der Klinik. Laut der «Rundschau» kostet dort die Unterbringung eines Insassen je nach Anstalt bis gegen 2000 Franken pro Tag. Diese stationären therapeutischen Massnahmen ermöglichen dem Gericht, die Verantwortung auf Experten abzuwälzen, da diese über eine spätere Entlassung entscheiden; umgekehrt lässt es scheinbar alle Türen offen, da der Verurteilte nicht verwahrt wird, sondern die Chance einer Therapie bekommt.

Dieses Anreizsystem fördert die Verordnung von Therapien gegenüber Verurteilten, die dafür weder motiviert noch geeignet sind und deren Tat dies auch nicht unbedingt rechtfertigt. Wenn in den Zeitungen in diesen Tagen zu lesen stand, ein Tag im Gefängnis koste pro Insassen fast 400 Franken, so sollte man nicht vergessen, dass dieser Durchschnitt durch die Insassen mit stationären Massnahmen extrem nach oben verzerrt wird. Die Zahl ist so wenig aussagekräftig wie der Durchschnitt aus den Tagespauschalen eines Ambulatoriums und einer Intensivstation.

Die Crux des Gutgemeinten

Jede Diskussion über Kosten ruft nach der Frage, ob dem geleisteten Aufwand auch etwas Positives gegenübersteht, etwa in Form verringerter Rückfall- und Kriminalitätsraten. Leider weiss das niemand. Im Vergleich zur Medizin, wo Fragen des optimalen Behandlungserfolgs bei möglichst geringen Kosten im Vordergrund stehen, fehlen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs überzeugende Nachweise der Erfolgseffizienz der verschiedenen Behandlungsprogramme fast vollständig. Es herrscht der Glaube, was viel koste,

werde auch helfen, und wenn dies doch nicht zutreffen sollte, so könne es zumindest nicht schaden.

Diese Sichtweise verkennt, dass gutgemeinte und überzeugend konzipierte Behandlungen am Ende oft schaden. Das sind keine leeren Worte, sondern die Ergebnisse vieler Evaluationen, bei denen die Behandelten per Los auf verschiedene Programme – etwa einen sozialtherapeutischen Massnahmenvollzug gegenüber dem Normalvollzug – zugeteilt wurden, so dass alle Gruppen am Anfang gleich viele gute wie



Was schadet, wird finanziert.

schlechte Risiken aufwies und die Startbedingungen für alle Behandlungen gleich waren. Solche ehrlichen Evaluationsmethoden erlauben es auch, ungünstige Wirkungen und langfristige Nebeneffekte zu entdecken.

In Europa zieht man demgegenüber «weichere» Methoden vor, bei denen ein Misserfolg fast nie nachgewiesen werden kann und meistens das Neue günstiger abschneidet. Klassische Beispiele sind die unzähligen Studien über die Wirkung des Gefängnisses im Vergleich zu Alternativstrafen, bei denen die schlechtesten Risiken im Gefängnis mit Verurteilten mit günstiger Prognose aus einem

Alternativprogramm verglichen werden – und messerscharf gefolgert wird, das Gefängnis fördere Rückfall. Wer würde ein Medikament schlucken, das über solche Gefälligkeitstests «getestet» wurde?

Sie wollen nicht wissen, was sie tun

Seit bald dreissig Jahren erinnere ich bei fast jeder Gelegenheit, dass teure Programme oder solche, die viele Menschen betreffen, ohne experimentelle Evaluation nicht umgesetzt werden sollten. Seit über einem Jahrzehnt engagiert sich eine internationale Forschergruppe – die Campbell Collaboration (www.campbellcollaboration.org) – für die Anwendung experimenteller Methoden bei der Evaluation von Programmen in der Strafjustiz. Die Bilanz ist ernüchternd. Auch Zürichs Justizdirektion gebärdet sich als Bollwerk gegen evidenzgestützte Behandlung, und das seit zwanzig Jahren.

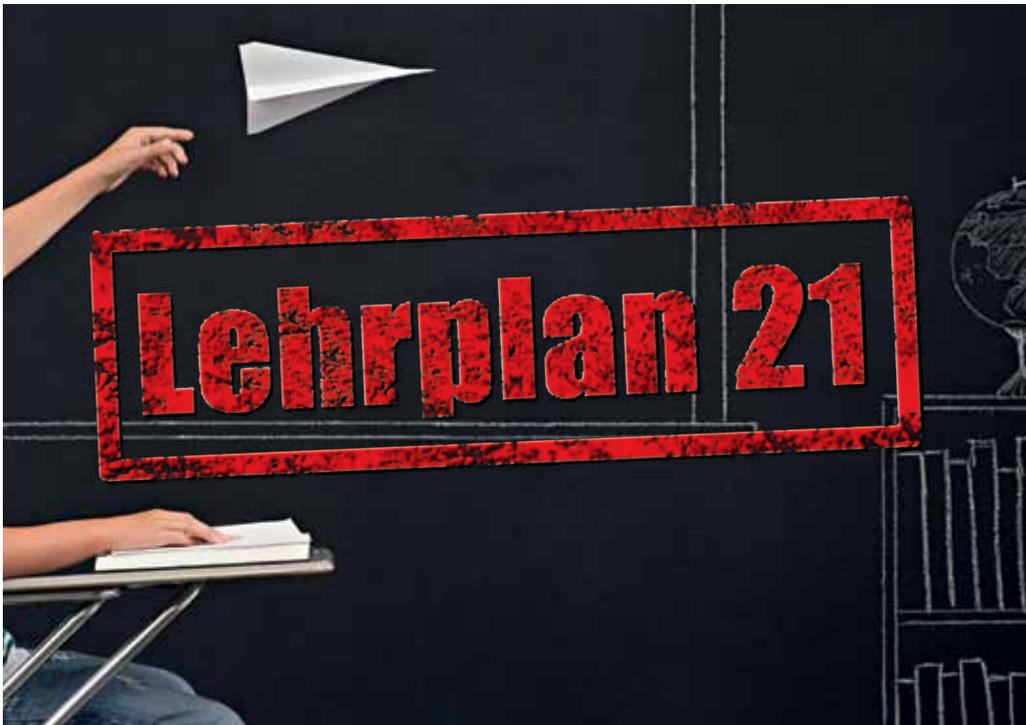
Im Gefängnis Pöschwies, beim (abgelehnten) Electronic Monitoring und jüngst bei einer lobenswerten Initiative von Zürcher Jugendpolizisten, die vorschlugen, jugendliche Straftäter zu Hause aufzusuchen, um auf diese Weise die Eltern aufzuklären und familieninterne Ressourcen zu mobilisieren. Nichts davon darf so evaluiert werden, dass wirklich schlüssige Ergebnisse herauskämen – selbst, wenn die Evaluation den Steuerzahler keinen Franken kosten würde. Man ahnt die Legitimationsprobleme, wenn sich – wie absehbar – teure Massnahmen als nur wenig wirksam, weit «billigere» indessen als Erfolgshit herausstellen sollten. Da will man besser nicht wissen, was man tut.

PS: Demnächst wird das Parlament über die elektronische Fussfessel beraten. Sie stösst auf Widerstand, obwohl ihre Wirksamkeit als Kurzstrafe (auch langfristig) experimentell nachgewiesen ist. Fazit: Was nützt und wenig kostet, wird bekämpft, was viel kostet und vielleicht schadet, wird weiter finanziert.

Martin Killias ist Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Universität Zürich.

Leserbriefe

«Aus den vier Seiten geht klar hervor, auf welch üblen Pfad sich die heutige Volksschule begeben hat.» *Hans-Peter Köhli*



«Schöne Phrasen und Worthülsen».

Lesenswert und aufschlussreich

Nr. 27 – Berichterstattung zum Lehrplan 21; von Mathias Binswanger und Rico Bandle (Interview mit Hanspeter Amstutz)

Aus den vier Seiten geht klar hervor, auf welch üblen Pfad sich die heutige Volksschule begeben hat. Der erste Beitrag zeigt eindrücklich, dass vor allem schwammig formulierte und fragwürdige Inhalte mit schönen Phrasen und Worthülsen das Markenzeichen des neuen Lehrplans darstellen; und was das allgegenwärtige Modewort «Kompetenzen» betrifft, heisst dies wohl vor allem, dass man nicht so genau weiss, was die Kinder eigentlich lernen müssen. Völlig recht hat Lehrer Amstutz mit seinen Aussagen betreffend Fremdsprachenunterricht. Die gleiche Erziehungsdirektorenkonferenz, die im Lehrplan hochtrabend daherkommt, sieht die dringendsten Bedürfnisse der Praxis nicht und will partout an den zwei Fremdsprachen in der Primarschule festhalten, obwohl die Praktiker mittlerweile fast unisono das totale Fiasko festgestellt haben. Ganz abgesehen davon, dass man im neuen Lehrplan der heissen Frage, mit welcher Fremdsprache denn begonnen werden soll, wohlweislich und feige ausgewichen ist; je nach Kantonswechsel bleibt für die Schüler trotz Jubelgesang auf die Harmonisierung halt auch in Zukunft selbst innerhalb der Deutschschweiz die Sprachenfrage nicht harmonisiert, und sie riskieren, mit der «falschen» Fremdsprache zu beginnen. *Hans-Peter Köhli, Zürich*

Ein lesenswertes und aufschlussreiches Interview eines lebens- und lernerfahrenen Menschen und Lehrers. Eigentlich müssten die Bildungstheoretiker der D-EDK sowie alle kantonalen Bildungsdirektorinnen und Bildungsdirektoren dieses Interview auswendig lernen und danach den Lehrplan 21 nochmals überarbeiten. Dies nach dem Motto: «In der Kürze liegt die Würze».

Werner Wunderli, Meilen

Gratis schufften

Nr. 27 – «Tabus sind fehl am Platz»; Wirtschaftskolumne von Kurt Schiltknecht

Der Autor hält fest, dass es sich lohnen würde, einige Politiker nach Neuseeland zu schicken. Er meint, dass diese so ein Beispiel von einer sich lohnenden und konkurrenzfähigen Landwirtschaft für die Schweiz sähen. Ich war in Neuseeland, kenne die Bauern und Verhältnisse dort und bin zudem Ökonom mit Managementenerfahrung in internationalen Unternehmen. Zudem befasse ich mich mit Fragen der Schweizer Landwirtschaft. Kurt Schiltknecht antworte ich: Ihr Vergleich hinkt etwa so, wie wenn Sie behaupten würden, man könne doch die einfache Textilindustrie wieder in der Schweiz aufbauen und dabei Indien und China als konkurrenzfähige Beispiele nehmen. Wissen Sie eigentlich, dass sich eine rentable Landwirtschaft in der Schweiz gar nicht verwirklichen lässt? Selbst wenn die Bäuerinnen und Bauern gratis ar-

beiten würden, könnten wir kaum konkurrenzfähig sein. Warum? Weil das umliegende Ausland auch stark subventioniert ist. Dann kommen die viel tieferen Lohn- und Lebenskosten und das günstige, weite, tafelebene Land insbesondere in Nord- und Osteuropa dazu. Wenn Sie schon behaupten, dann kaufen Sie doch ein Heimwesen zu unseren Preisen, verzichten Sie auf Subventionen und schufften Sie gratis – um die Behauptung zu beweisen beziehungsweise zu widerlegen.

Ernst Wüthrich, Rigi Kaltbad

«Protektorat» der EU

Nr. 27 – «Was gibt es da zu verhandeln?»; Markus Schär über die EU

Die Europäische Union verhält sich zurzeit zur Schweiz ähnlich wie Hitler im Jahre 1939 zu den tschechischen Teilen der Tschechoslowakei, zu den Ländern Böhmen und Mähren (zur Information: Ich bin Schweizer Bürger mit tschechoslowakischem Hintergrund). Hitler hat Teile der Tschechoslowakei militärisch überfallen, okkupiert (Unterschied zu EU) und das Protektorat Böhmen und Mähren ausgerufen. Weil der Begriff «Protektorat» nicht geläufig ist, zitiere ich aus «Das moderne Fremdwörterlexikon»: «Protektorat (lat.), [...] unter Schutzherrschaft eines fremden Staates stehendes Gebiet, Schutzgebiet (oft beschönigende Bez. für besetztes, unterjochtes Gebiet – unterstrichen von Unterzeichnenden).»

Unser Bundesrat sollte den EU-Behörden klarmachen, dass die Schweiz kein EU-Protektorat ist. Die Schweiz ist ein souveräner, demokratischer Staat. Die EU-Anforderungen müssen nicht immer mit den Prinzipien der direkten Demokratie übereinstimmen. Das sollten wir den Damen und Herren in Brüssel kompromisslos und einmal für immer zur Kenntnis bringen.

Edvard Cernoch, Wallisellen

Ungeheuerliche Bezüge

Nr. 27 – «Luftkampf um das Rettungsmonopol»; Christoph Landolt über die Rega

Der grosse Erfolg der Rega legitimiert sie nicht, überheblich zu werden. Dieses Unternehmen leistet an sich gute Arbeit, die mit Gönnerbeiträgen von über achtzig Millionen Franken finanziert wird. Dass davon nicht einmal zehn Prozent in Form von nicht verrechneten Leistungen an die Gönner zurückfliessen, lässt aufhorchen. Wenn es sich bewahrheitet, dass der CEO der Rega über 600 000 Franken pro Jahr kassiert, dann kann man ihn getrost als «Abzocker» bezeichnen. Der Stiftungsrat besteht aus sechzehn Personen. Diese nehmen an drei Sitzungen pro Jahr teil und haben keinerlei Verantwortung. Dafür gibt die Rega 280 000 Franken aus. Die Mit-

glieder der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht nehmen ihre Aufgabe offenbar auch nicht ernst, sonst würden sie solch ungeheuerliche Bezüge nicht zulassen. Dass die Vergütungen von einer Unternehmensberatungsfirma mit dem Namen Hay-Group überprüft wird, macht die Sache auch nicht besser. Hier besteht unbedingter Handlungsbedarf der zuständigen Stellen und der Politik. Auch der Konsumentenschutz sollte sich mal mit dieser gemeinnützigen und steuerbefreiten Firma beschäftigen. Das mediale Theater um die Alleinherrschaft der Rega im Zusammenhang mit dem in Birrfeld stationierten TCS-Heli trägt auch nicht gerade zur Verbesserung des Images der Rega bei. *Bruno Nett, Gränichen*

Solche Kritik an der Rettungsflugwacht Rega ist unfair. Erst wer, wie wir, die Rega einmal wirklich brauchte, erkennt die Klasse ihrer Leistungen. Unser Sohn Max hatte am 2. Februar 2013 in Paraguay einen Motorradunfall. Ein Freund lieferte ihn ins Baptisten-Spital in Asunción ein und musste gleich mal 1000 Franken bezahlen. Anschliessend mussten wir Eltern und Max' Arbeitgeber in zwei Wochen über 10 000 Franken an diese Klinik überweisen. Zu Max kamen wir telefonisch nie durch. Also schalteten wir die Rega ein. Zwei Ärztinnen und zwei Ärzte kümmerten sich sofort um den Fall. Zwei Tage später landete der Rega-Jet in Kloten, Max wurde sofort ins Kantonsspital Schaffhausen eingeliefert. Über 100 000 Franken kostete die Aktion. Für uns Eltern – seit vielen Jahren Gönner der Rega – nichts. Ein Horrormonat war vorbei. Dank der Rega. *Franz Glinz, Bassersdorf*

Ausdehnung garantierter Rechte

Nr. 27 – «Blocher irrt»; Roger Köppel über die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative

Mit der Feststellung, dass es so einfach nicht ist, hat Roger Köppel wohl recht. Gerade die Anwendung des von ihm erwähnten Artikels 8 EMRK zeigt die Gründe dafür deutlich. Richter und Politiker haben ihn auf der Zunge; die wenigsten machen sich aber über den Inhalt wirklich Gedanken: «Jede Person hat das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz», sagt sein erster Absatz. Ziel dieser Bestimmung war ursprünglich nicht mehr und nicht weniger als der Schutz der Privatsphäre jedes Menschen. Artikel 8 EMRK hat auch einen zweiten Absatz, der sagt, unter welchen Voraussetzungen eine Behörde in dieses Recht eingreifen darf. Dieser wird gar nicht erwähnt. Bei allem Wohlwollen gegenüber Asylanten: Artikel 8 EMRK verpflichtet niemanden, einem von einer Schweizerin geschiedenen nigerianischen Kriminellen ein Bleiberecht zu gewähren, auch wenn er mit dieser zwei Kinder gezeugt

hat. Unter anderem ist es die Aufgabe der Medien, die eigenmächtige Ausdehnung garantierter Rechte – durch welche Richter auch immer – zu bekämpfen, was die *Weltwoche* in aller Regel auch tut.

Hans Christian Müller, Zürich

Sofort lesen!

Nr. 27 – «Schweben im Überschall»; Alex Baur über den Kampfjet Gripen

Warme Gipfeli, Kaffee und die *Weltwoche* gehören zu meinem arbeitsfreien Donnerstagmorgen. Als alleinerziehender Vater geniesse ich auch Privilegien. Der Hammer: Alex Baur fliegt den Gripen – sofort lesen! Eine attraktive Mischung aus Faszination, Bewunderung und Neid erfrischt mich frühmorgens. Einfach genial, dass die *Weltwoche* so nahe an die Fakten geht. Kein anderes Medium geht derart schlicht und sachlich vor. In meinem Leben waren es immer die einfachen Tatsachen, meistens von hochintelligenten Menschen brillant simpel formuliert, die mir Erkenntnis brachten. Genau so verhält es sich heute morgen mit Ihrem Artikel. *Felix Lagger, Bannwil*

Korrigenda

Im Interview mit Alireza Salari, Botschafter des Iran in der Schweiz («Ein Medienkrieg», Nr. 25/13), ist durch eine redaktionelle Kürzung ein Kontext entstanden, der bei einem Teil der Leserschaft zu Missverständnissen geführt hat. Nachfolgend noch einmal die Passage in voller Länge (Ergänzung fettgedruckt):

Frage: Auch der Iran beteiligt sich mit Truppen und Waffen am Krieg (in Syrien). **Ausserdem unterstützt Teheran die Hisbollah, die von vielen Ländern als terroristische Organisation angesehen wird. Die Hisbollah ist nicht bloss aktiv an ihrer Basis, dem Libanon, sondern beteiligt sich am Bürgerkrieg in Syrien.**

Antwort: Auf Geheiss von Damaskus. Die syrische Regierung ist die einzige Instanz, die dazu legitimiert ist, eine Partei einzuladen. Viele andere Regierungen in der Region haben ausländische Truppen auf ihr Territorium eingeladen. Warum kritisieren Sie diese nicht?

Unter der Rubrik «Nachruf» (Ausgabe Nr. 27/13) ist ein Fehler passiert. Statt des verstorbenen ungarischen Aussenministers Gyula Horn war auf dem Bild der 1934 geborene, noch lebende damalige österreichische Aussenminister Alois Mock zu sehen.

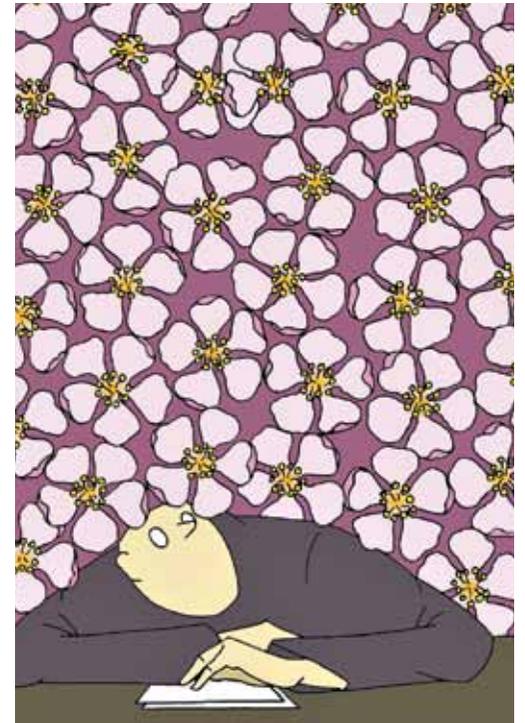


Gyula Horn (r.).

Das Bild mit Gyula Horn, wie er am 27. Juni 1989 den Stacheldraht zwischen Ost- und Westeuropa durchtrennt, sehen Sie links. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man seiner Arbeitskollegin sagen, dass ihr Parfüm Kopfweg verursacht?

Tobias Hofstetter, Hauterive

Fragt sich, was schlimmer ist: das Kopfweg, das Ihnen das Parfüm Ihrer Arbeitskollegin verursacht. Das Kopfweg, das Ihnen die Reaktion Ihrer Arbeitskollegin verursachen wird. Oder das Kopfweg, das Ihnen die Reaktion Ihrer Arbeitskollegin in einem Raum voller Kopfweg-Parfüm verursachen wird. Sicher, lieber ein Ende mit Schrecken als Kopfweg ohne Ende, aber das alles muss nicht sein, sagen Sie stattdessen einfach: «Ich liebe dein Parfüm, aber es brennt mir ständig in den Augen, wahrscheinlich eine allergische Reaktion!» Das kratzt an der inneren Krankenschwester. Denn wahrscheinlich hat selbst Bruce Willis allergische Reaktionen, während ein Kerl, der Kopfweg kriegt, ziemlich nach nörgelndem Weichei klingt. Natürlich handelt es sich hierbei um eine kulturell konstruierte Wahrnehmung, persönlich bin ich durchaus der Ansicht, dass auch Männer Kopfweg haben dürfen, aber sagen Sie einfach «allergische Reaktion», und alles wird gut.

Namaste. *Dominiq Feusi*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Föhrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Diplomatie der Offenheit

Mit seiner Aussage, «fremde Richter» seien nur logisch, zündete er fast im Alleingang eine neue Stufe der Europadebatte. Wie gefährlich ist der Berner Chefdiplomat und Kettenraucher Yves Rossier?

Von Philipp Gut

Ist dieser Mann die Achillesferse der Schweiz? Verkauft er die Souveränität des Landes stückweise und ohne Not an Brüssel? Diese Fragen stellen sich spätestens seit dem 19. Mai dieses Jahres. «Ja, es sind fremde Richter, es geht aber auch um fremdes Recht», diktierte Yves Rossier damals der *NZZ am Sonntag*. Ein Satz, der Furore machte, rüttelt er doch in seiner trockenforschen Art an der siebenhundertjährigen Selbstgewissheit der Eidgenossen, die seit 1291 keine fremden Richter dulden wollen.

Der Staatssekretär im Burkhalter-Departement hat vom Bundesrat den Auftrag erhalten, eine Annäherung in der von der EU geforderten «institutionellen Lösung» vorzubereiten. Dazu gehört zentral, wer in Streitfällen zwischen der Schweiz und der Union entscheiden soll. Rossier und sein EU-Gegenpart, der Ire David O'Sullivan, der sich offiziell «Chief Operating Officer des Europäischen Auswärtigen Diensts» nennt, haben gemeinsam ein Papier verfasst, das der Bundesrat vor zwei Wochen überraschend absegnete. Darin wird vorgeschlagen, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) über bilaterale Streitfälle zu entscheiden habe. Bisher oblag dies sogenannten Gemischten Ausschüssen aus Vertretern der Schweiz und der EU. Vom Tisch scheint mit dem Rossier-O'Sullivan-Papier somit auch eine nationale Schlichtungsbehörde, etwa das Bundesgericht in Lausanne – was der Bundesrat dem Heimpublikum bis vor kurzem noch als einzig akzeptable Option verkauft hat.

Das Geschäft wurde in der Regierung drei Mal diskutiert, bei früheren Anläufen schickten die Kollegen den FDP-Aussenminister mit zusätzlichen Hausaufgaben zurück, zuletzt vor wenigen Wochen. Sie verlangten, wie bundesratsnahe Quellen berichten, so etwas wie eine grundsätzliche Auslegeordnung vom EDA: Was ist überhaupt die Verhandlungsmasse? Wo besteht Spielraum für Kompromisse? Was bleibt unantastbar?

Wie aus dem Bundeshaus zu vernehmen ist, haben Burkhalters Beamte zwar fleissig neues Papier beschrieben, aber im Wesentlichen erneut denselben Antrag vorgebracht. Man könne nicht mehr hinter die Abmachungen zwischen Rossier und O'Sullivan zurück, so der Tenor. Dieser O'Sullivan müsse ein Schwergewicht sein wie der Papst oder der Kaiser von China, spotten deshalb Kritiker.

Dennoch folgte der Bundesrat dem Aussenminister. Grundsätzliche Kritik an der Bereitschaft, fremde Richter zuzulassen, kam einzig



«Die Frage der Souveränität»: Spitzenbeamter Rossier.

von Wehrminister Ueli Maurer (SVP). In Detailfragen äusserte auch EVD-Vorsteher Johann Schneider-Amman (FDP) gewisse Bedenken. Doch am Ende waren die Kräfteverhältnisse eindeutig: Sechs von sieben Bundesräten stützen Burkhalters Pläne für eine stärkere institutionelle Anbindung. Auf Antrag Maurers wurde immerhin beschlossen, einen Koordinator für Europafragen zu installieren, der die verschiedenen Verhandlungen und Dossiers überblickt und zusammenführt. Was von Seiten Maurers durchaus auch als Misstrauensvotum gegen Chefdiplomaten Rossier gedeutet werden kann, leuchtet offensichtlich auch den europafreundlicheren Technokraten ein. Selbst Rossier, so hört man, befürwortete die Schaffung der neuen Stelle.

Wer ist der Mann, der derzeit wie kein Zweiter in Bern die Europadebatte anheizt und befeuert? Was bringt ihn dazu, die Herrschaft fremder Richter «logisch» zu finden?

Unterhändler in festen Schuhen

Der Staatssekretär hat die *Weltwoche* zu einem Hintergrundgespräch eingeladen, um Kritik mit offenem Visier zu kontern und seine Überlegungen und Beweggründe zu erläutern. Der Auftritt des Spitzenunterhändlers überrascht: von diplomatischer Distanz oder gar Blasiertheit keine Spur. Die Schuhe des fünffachen Vaters und früheren Direktors des Bundesamts für Sozialversicherungen sind robust, unter seinem karierten grauen Anzug trägt er ein Kurzarmhemd, wie es unter Berns Beamten in den Sommermonaten zum Leidwesen der Stilbewussten im Schwange ist. Die Krawatte fehlt. Statt einer kalbsledernen Mappe trägt er einen schwarzen Freizeitrucksack.

Nach einer halben Stunde muss der Kellner den Aschenbecher des Kettenrauchers zum ersten Mal leeren. Man fragt sich, wie Rossier so die stundenlangen Verhandlungen mit der raucherfeindlichen EU führt. Gibt er nach, wenn er eine Zigarette braucht? Oder nützt er die Pausen, um Angriffskräfte zu sammeln?

Nach einigen aufwärmenden Zügen steuern wir die Kernfrage an: Rossiers Ruf nach fremden Richtern. Dieser scheint doppelt erklärungsbedürftig zu sein: inhaltlich, aber auch verhandlungstaktisch. Bisher wurde lediglich ein «technischer Dialog» geführt, wie die Berner Sprachregelung lautet. Die eigentlichen Verhandlungen mit der EU haben also noch gar nicht begonnen – und die Schweiz signalisiert bereits breites Entgegenkommen, indem sie den EuGH als Schiedsrichter akzeptiert. Wie will man da noch erfolgreich verhandeln?

Rossier verweist auf eine Besonderheit der direktdemokratischen Schweiz: Im Gegensatz zum Ausland, wo die Diplomaten oft nur die eigene Regierung zu überzeugen brauchen, ist die Aussenpolitik hierzulande auch Sache von Volk und Parlament. Die Schock-Aussage von den «fremden Richtern» wäre demnach pro-

domo gesprochen gewesen, zwecks Ankurbelung der innenpolitischen Debatte. Das ist, so viel steht fest, dem undiplomatischen Diplomaten gelungen. Ob der Souverän am Ende aber die fremden Richter so leichtfertig akzeptieren wird wie der Bundesrat, steht auf einem andern Blatt.

Die entscheidende Frage, die offenbar auch Minderheiten-Bundespräsident Maurer umtrieb, lautet: Wie kommt ein unabhängiger Staat dazu, wesentliche Teile seiner Souveränität aufzugeben – ohne Krieg und akute Notlage? Seit wann sind zwei Partner, die aus freien Stücken einen Vertrag abschliessen, nicht mehr gleichberechtigt? Ist das Recht des Binnenmarkts wirklich «fremdes Recht», oder wird nicht vielmehr neues, gemeinsames Recht geschaffen? Die Antwort, die der Schweizer Chefunterhändler bereithält, hat etwas Beunruhigendes. Der Souveränitätsverlust, lässt er durchblicken, sei längst vollzogen. Die Schweiz könne den Inhalt der Binnenmarktregeln und der entsprechenden Gesetze nicht bestimmen. Gestaltet werde in der EU.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang, was Rossier kürzlich anlässlich eines Referats vor dem Genfer Press Club sagte. Der souveränitätspolitische «Schlüsselmoment», so führte er aus, sei Anfang der 1990er Jahre in den Verhandlungen um den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eingetreten. Mitten in den Verhandlungen habe die Schweiz erkennen müssen, dass keine neuen Regeln geschaffen würden. Im Klartext: Die Regeln des EWR waren die Regeln der EU.

Diese eindeutigen Machtverhältnisse spiegeln sich auch in der institutionellen Ausgestaltung des EWR, dem Bundesrat, Parlament sowie das versammelte Polit- und Wirtschaftsestablishment unbedingt beitreten wollten. Der Efta-Gerichtshof beispielsweise kann innerhalb des EWR nur über Efta-Staaten urteilen, nicht über Mitgliedsländer der EU. Die Union akzeptiert ausschliesslich den EuGH, will selber also von fremden oder auch nur gemeinsamen Richtern nichts wissen. Vielsagend daher auch, wo das Efta-Gericht angesiedelt ist: Es tagt in Luxemburg, obwohl der Kleinstaat gar kein Efta-Staat ist.

Seit dem erwähnten Schlüsselmoment, so führte Rossier in Genf in bemerkenswerter Offenheit weiter aus, stelle sich für die Schweiz «die Frage der Souveränität». Der Mann muss wissen, wovon er spricht, war er doch exakt in dieser heissen Phase, als der Bundesrat den Beitritt zu EWR und EU vorantrieb, Rechtsberater im Integrationsbüro, der administrativen Speerspitze der Berner Europafraktion. Und noch früher, als frischgebackener Jura-Absolvent der Universität Freiburg, erwarb er am Europa-College in Brügge (gemäss Eigenwerbung die europäischste aller europäischen Hochschulen) ein Diplom in «Advanced European Studies». Auch dies verbindet ihn mit

seinem EU-Verhandlungspartner O'Sullivan, der ebenfalls die belgische Beamtenkaderschmiede durchlief.

Masse und Macht

Rossier Deutung der historischen Vorgänge hat es in sich, denn sie widerspricht den offiziellen Erläuterungen des Bundesrats zur EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992 fundamental. Da es sich beim EWR um ein reines Wirtschaftsabkommen handle, beteuerte der Bundesrat damals, sei die «allgemeine Politik» davon nicht betroffen (Seite 11). Wörtlich: «Das EWR-Abkommen ist nicht fremdes Recht. Es wurde mit uns sorgfältig ausgehandelt, und Volk und Stände entscheiden, ob es unser Landesrecht wird. Die EWR-Bestimmungen sind unserem Recht sehr ähnlich. Bei der Weiterentwicklung des EWR kann die Schweiz bei neuen Rechtsvorschriften stets ihre Meinung äussern und muss ihre Zustimmung geben» (Seite 13). Im Lichte dessen, was Chefunterhändler Rossier heute über den Souveränitätsverlust im Falle eines EWR-Beitritts sagt, müssen die Verlautbarungen des Bundesrats als Irreführung des Wählers taxiert werden.

Die Frage bleibt akut: Was bedeutet das jüngste Entgegenkommen des Bundesrats? Unterschreibt die Schweiz so etwas wie moderne Kolonialverträge, indem sie sich einer fremden Rechtsgewalt unterwirft? Eine vertrauliche Stellungnahme des Bundesgerichts zum Thema (siehe www.weltwoche.ch) verstärkt diesen Verdacht. «Da die EU im Vergleich zur Schweiz räumlich und personell den weitaus grösseren Bereich abdeckt, entspricht es der seit Jahren etablierten Rechtsprechung des Bundesgerichts, sich soweit als möglich der Rechtsauslegung des EuGH anzuschliessen», schreiben die Lausanner Richter. Als ob Masse und Macht ein juristisches Argument wären.

Von «Kolonialverträgen» will Spitzendiplomat Rossier allerdings nichts wissen. Der Unterschied liege darin, dass die Schweiz ja bei der EU anklopfe und neue Abkommen wolle. Sie befinde sich in der Position des Bittstellers.

Die Folgerung drängt sich auf: Wer *demandeur*, Bittsteller, ist, hat schlechtere Karten. Am Ende stellt sich die Frage, ob und wie dringend die Schweiz neue Abkommen braucht und welchen Preis zu zahlen sie bereit ist. Dies zu entscheiden, ist nicht die Sache des Schweizer Chefdiplomaten. Als überzeugter Verfechter der direkten Demokratie weiss er: Das Volk kann immer nein sagen. Und auch als Verhandlungsführer ist er sich bewusst, dass man jederzeit bereit sein muss, den gemeinsamen Tisch zu verlassen. Gut möglich, dass Rossier mit seiner unverblühten Aussage von den fremden Richtern selber den Anstoss dazu gegeben hat, dass der Souverän die Ergebnisse seiner Verhandlungskünste am Ende ablehnt. Es wäre dem geradlinigen Freiburger zuzutrauen, dass er damit leben könnte. ○

Bundesrichter spielen Gesetzgeber

In der Schweiz bestimmen am Ende die Bürger über die Gesetze. Schön wär's. Letzte Woche schaltete das Lausanner Bundesgericht in einem weitreichenden Urteil den Gesetzgeber aus. Die direkte Demokratie bleibt auf der Strecke. *Von Roger Köppel*

Nicht nur der Bundesrat knickt unter dem Druck der amerikanischen Steuerfahnder ein, auch das Bundesgericht arbeitet den US-Behörden willig entgegen. Letzte Woche lockerten die Lausanner Richter nicht nur eigenmächtig das Bankkundengeheimnis. Sie taten es darüber hinaus auf einer höchst fragwürdigen rechtlichen Grundlage, was von erheblicher staatspolitischer Bedeutung ist. Anhand dieses Falles lässt sich illustrieren, wie gefährlich es für die Schweiz werden kann, wenn fundamentale demokratisch-rechtsstaatliche Verfahren nicht mehr eingehalten werden.

Worum ging es konkret? Vor zwei Jahren starteten die amerikanischen Steuerbehörden eine sogenannte Gruppenanfrage gegen die Schweizer Grossbank Credit Suisse. Sie wollten an die Namen von Kunden herankommen, die nach amerikanischer Auffassung mutmassliche Steuerbetrüger waren. Allerdings hatten die Amerikaner keine hinreichenden Angaben zur Identifikation der entsprechenden Personen. Also stützten sie sich – wie bei Gruppenanfragen üblich – nicht auf Kontonummern, Adressen oder andere spezifische Informationen, sondern auf einen generellen Katalog von Verhaltensweisen, aufgrund deren die mutmasslichen Missetäter ausfindig zu machen seien.

Die Frage lautete nun: Durften die so ermittelten Namen an die US-Behörden geliefert werden, ja oder nein? Die Kunden sagten nein, das Bundesgericht sagt ja. Die Rechtslage ist komplex. Seit Februar dieses Jahres erklärt sich die Schweiz im Rahmen ihres Steueramtshilfegesetzes bereit, Gruppenanfragen zuzulassen. Das Gesetz allerdings gilt erst seit seiner Inkraftsetzung vor rund fünf Monaten. Bis dahin und im fraglichen Jahr 2011 waren Gruppenanfragen nach allgemeinem Verständnis nicht erlaubt. Wie also kommt jetzt das Bundesgericht dazu, diese amerikanischen Gruppenfahndungen nach Steuerdelinquenten dennoch zu erlauben?

Aus einem Vertrag wird ein Gesetz

Allmählich wird es heikel. Die Lausanner Richter verweisen in ihrer Urteilsbegründung vom letzten Freitag überraschend auf den UBS-Vertrag von 2009. Mit diesem Abkommen wurde seinerzeit auf legalem Weg das Bankkundengeheimnis ausser Kraft gesetzt, um der Grossbank die straffreie Lieferung amerikanischer Kundendossiers an die US-Steuerbehörden zu erlauben. Das Bundesge-

richt hält jetzt in einer mündlichen Stellungnahme fest – eine schriftliche steht noch aus –, dass sich die Schweiz mit diesem UBS-Abkommen verpflichtet habe, auch in anderen «vergleichbaren Fällen» den Amerikanern Amtshilfe bei mutmasslichen Steuerdelikten zu leisten. Der UBS-Vertrag von 2009 bildet für das Bundesgericht somit die rechtliche Grundlage für allgemeine Gruppenanfragen, wobei Gruppenanfragen, so meinte man, gemäss Steueramtshilfegesetz doch erst seit Februar dieses Jahres erlaubt sind.

Tatsache allerdings ist: Der UBS-Vertrag wurde seinerzeit vom Bundesrat der Schweiz mit dem gegenteiligen Argument verkauft, es handle sich um einen Vertrag, der ausschliesslich für die UBS gelte und nicht für andere Banken. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf liess sich dazu in einer Parlamentsdebatte am 3. Juni 2010 unmissverständlich zitieren: «Dieses Abkommen entfaltet für künftige Amtshilfeanfragen mit den USA keine Wirkung. Es ist in sich abgeschlossen.» Weiter: «Das Abkommen ist auf eine bestimmte Zeit und auf eine bestimmte Anzahl von Fällen beschränkt.» Daraus folgert die Bundesrätin: «Fälle, die den gleichen Gehalt haben, werden geprüft. Aber selbstverständlich geschieht dies in einem analogen Verfahren, wie wir es heute machen. Es müsste also wieder ins Parlament.» Schliesslich verabreichte sie eine finale Beruhigungspille: «Damit enthält das Abkommen nicht wichtige rechtssetzende Bestimmungen.»

Der letzte Punkt ist entscheidend. Hätte der UBS-Vertrag «wichtige rechtssetzende Bestimmungen» enthalten, hätte er zwingend dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollen. Indem der Bundesrat den UBS-Vertrag auf die UBS begrenzte, umging er eine Volksabstimmung. Jetzt allerdings kommt das Bundesgericht zum Schluss, der UBS-Vertrag enthalte sehr wohl «wichtige rechtssetzende Bestimmungen», und behandelt ihn wie ein allgemeines Gesetz. Das freilich an Volk und Ständen vorbei installiert wurde.

Wer führt hier wen hinters Licht?

Wo liegt der Skandal? Hat der Bundesrat Parlament und Bürger mutwillig ausgetrickst? Wurde der UBS-Vertrag vorsätzlich falsch verkauft, um ihn am Volk vorbei durchzudrücken, in der festen Absicht allerdings, ihn dann doch als allgemeingültige Grundlage zur finalen Aushebelung des Bankgeheimnisses zu

nutzen? Oder aber steht der Fall sinnbildlich für eine neue Schweizer Neigung zum Richterstaat? Liegt das Lausanner Gremium falsch, wenn es das vom Bundesrat so ausdrücklich auf die UBS eingehetzte Abkommen nun einfach zum Persilschein für rückwirkende Bankgeheimnisverletzungen umdeutet? Soll der Schweizerische Gesetzes- und Verfassungsgeber – Volk und Stände – ausgeschaltet werden?

Das Bundesgericht stellt sich auf den Standpunkt, der UBS-Vertrag enthalte tatsächlich und entgegen den Beteuerungen des Bundesrates «wichtige rechtssetzende Bestimmungen». Die Richter verweisen hier vor allem auf eine Zusatzklärung zum UBS-Vertrag, die entsprechend verstanden werden könne. Die Erklärung besagt, dass die Schweiz bereit sei, «ergänzende Amtshilfesuche der US-Steuerbehörde [...] zu prüfen und zu bearbeiten, sofern sich diese auf ein Handlungsmuster



Souverän ausgebremst: Schweizer Bundesräte

und Umstände stützen, welche denjenigen im Falle der UBS AG entsprechen».

Hat der Bundesrat die Schweiz also doch hinter Licht geführt?

Im Richtergremium herrscht bei der Ausdeutung dieser Zusatzklärung keine Einigkeit. Kritiker nennen die Erklärung einen «völkerrechtlichen Zwitter», der nicht zwingend so gedeutet werden müsse, wie es eine Mehrheit im Bundesgericht nun augenscheinlich tut. Der Bundesrat habe recht, wenn er bei seiner Überzeugung bleibe, nach der aus der Zusatzklärung keineswegs hervorgehe, dass der UBS-Vertrag als Grundlage für flächendeckende Datenlieferungen dienen könne.

Tatsache bleibt: Der UBS-Vertrag, der weder Volk noch Ständen jemals vorgelegt wurde, hat heute faktisch Gesetzescharakter. Im Endergebnis wurde der Souverän ausgebremst, während sich Bundesgericht und Bundesrat gegenseitig Missverständnisse unterstellen. Was im Nebel der Schuldzuweisungen allerdings fassbar bleibt: Das heutige Durcheinander und die Ausbremsung des Souveräns sind eine direkte Folge jener überstürzten Hauruckübungen, die vor vier Jahren überhaupt zum UBS-Vertrag geführt haben. Das UBS-Abkommen ist das Symptom einer rechtsstaatlichen Verklüderung.

Die auf Langsamkeit und Sorgfalt codierte Schweiz krankt unter dem aktuell hysteriegefährdeten Bundesrat und seiner aktivistischen Finanzministerin zusehends an Pfusch und Schludrigkeit. Gesetze werden nicht als Gesetze erkannt. Vernehmlassungen und parlamentarische Prüfungen werden unter dem eingebildeten Druck ausländischer Ultimaten im Schleudertempo verkürzt oder umgangen. Das Resultat sind verunglückte Übungen wie eben der UBS-Vertrag oder jüngst die «Lex USA», bei der das Parlament über Dinge hätte abstimmen sollen, die der Bundesrat verheimlichte. Auch Gesetze sind nur so gut, wie die Verfahren, die ihrer Verabschiedung vorausgehen.

Ein zweiter Verdacht erhärtet sich: Auch das Bundesgericht entwickelt den Drang, seine Rechtsauslegung ausländischen Wünschen vorausseilend anzupassen. Der Entscheid vom letzten Freitag, den Amerikanern Gruppenanfragen zu erlauben, ist, wie Insider versichern, auch auf das Motiv zurückzuführen, die US-Behörden nicht durch eine harte Haltung in Bankfragen weiter zu reizen. Das lässt sich auch aus dem zweiten Argument folgern, das die Lausanner Richter bei ihrer Urteilsbegründung neben dem UBS-Vertrag ins Feld führen.

Wohl ahnend, dass ihre Deutung des UBS-Abkommens politische Kontroversen entfachen könnte, legten sie sich noch eine zweite Begründung zurecht. Die Gruppenanfragen und damit die Datenlieferungen an die Amerikaner seien auch aufgrund des heute gültigen Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) zwischen der Schweiz und den USA von 1996 rechtmässig. Im entsprechenden Artikel 26 heisst es: Die Steuerbehörden sollen «diejenigen Auskünfte austauschen, die notwendig sind für die Verhütung von Betrugsdelikten». Gruppenanfragen werden im DBA nicht genannt und damit weder erlaubt noch verboten. Daraus schliessen die Bundesrichter, den US-Behörden freundlich entgegenkommend, dass Gruppenanfragen gemäss DBA 1996 erlaubt seien.

Sie stossen gleich noch eine Türe auf

Mit dieser Lesart des alten Doppelbesteuerungsabkommens bewegen sich die Richter allerdings auf sehr dünnem Eis. Im Jahr 2009 verhandelte die Schweiz intensiv mit den USA über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen. Knackpunkt waren ausdrücklich die besagten Gruppenanfragen. Man einigte sich schliesslich in einem Zusatzprotokoll auf die Formel, wonach bei Amtshilfesuchen eine «hinreichende Angabe zur Identifikation» der in eine Überprüfung verwickelten Person vorzulegen sei, «typischerweise der Name oder soweit bekannt die Adresse oder Kontonummer oder ähnliche [...] Information». Hätte also das DBA von 1996 bereits umfassende Gruppenanfragen zugelassen, wären die Amerikaner mit Sicherheit nie bereit gewesen, diese Gruppenanfragen im Zusatzprotokoll von 2009 wieder einzuschränken, wie die erwähnten Bestimmungen zweifelsfrei belegen. Das Bundesgericht deutet ins DBA 96 die Möglichkeit von Gruppenanfragen hinein, welche die Amerikaner dort nie gesehen haben. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass das Zusatzprotokoll erst von der Schweiz, nicht aber von den USA ratifiziert worden ist.

Der Bundesgerichtsentscheid von letztem Freitag ist in zweierlei Hinsicht gefährlich. Erstens: Er macht den UBS-Vertrag zu einem Gesetz, über das weder Volk noch Stände jemals befinden konnten. Die direkte Demokratie bleibt auf der Strecke. Zweitens: Durch ihre amerikafreundliche Auslegung des Doppelbesteuerungsabkommens von 1996 schaffen die Bundesrichter ein explosives Präjudiz. Sie stossen die Tür für rückwirkende Gruppenanfragen auf. Nicht nur das DBA 1996 mit den USA ist betroffen. Die Schweiz hat zahlreiche ähnlich lautende Verträge mit anderen Ländern abgeschlossen, die dank dem leichtsinnigen Bundesgerichtsentscheid auf die Idee kommen könnten, die Schweizer Banken auf Jahre zurück mit Gruppenanfragen einzudecken. Auch Lausanne geht vor dem Ausland in die Knie. ○



Merz (M.), Calmy-Rey (L.), Widmer-Schlumpf informieren 2009 über das UBS-Abkommen.



Lob und Anerkennung: Bundesrat Schneider-Ammann während der Session im Ständerat.

Links hat Vortritt

Das Unbehagen in der Schweiz über die Personenfreizügigkeit spitzt sich zu. 2014 kommt es zu drei entscheidenden Abstimmungen. Linke Parteien wollen den Preis für ihre Duldung des freien Personenverkehrs in die Höhe treiben. Der Wirtschaftsminister gibt laufend nach. Von Florian Schwab

Es war ein angenehmer Termin für Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP): Am Samstag konnte er in Peking das Freihandelsabkommen mit China unterzeichnen – den ersten solchen Vertrag, den die aufstrebende Volksrepublik mit einem industrialisierten Land abschliesst. Überall erntete er für den Verhandlungserfolg Lob und Anerkennung. Der Freihandel verbilligt die gegenseitigen Importe und Exporte, was die Kosten für Handelsgüter senkt. Der Konsument profitiert am Schluss durch tiefere Preise.

Weniger positiv wäre das öffentliche Stimmungsbild, wenn Schneider-Ammann mit China den freien Personenverkehr vereinbart hätte, so wie er mit der Europäischen Union (EU) besteht: Das Wohlstandsgefälle zwischen dem Milliardenvolk der Chinesen und dem 7-Millionen-Land Schweiz würde dazu führen, dass sofort massenhaft Chinesen in die

Schweiz übersiedelten, um von den höheren Löhnen (und auch nichtökonomischen Vorzügen des Landes) zu profitieren. Dadurch würde der Schweizer Arbeitsmarkt überschwemmt mit chinesischen Putzfrauen, Computerprogrammierern und Ingenieuren, die bereit wären, auch qualifizierte Arbeiten zu einem deutlich tieferen Lohn anzunehmen als Schweizer.

In der Folge käme es über kurz oder lang zu einer Angleichung des Lohnniveaus in beiden Ländern. Selbst dann, wenn im Falle Chinas die Auswirkungen etwas abgefedert würden. Nicht jeder Chinese könnte sich das Flugticket leisten. Er müsste auch soziale Kosten in Kauf nehmen: die fremde Sprache und räumliche Distanz zu Freunden und Bekannten. Die Einwanderung in die Schweiz käme erst zum Stillstand, wenn es keine wirtschaftlichen Anreize (sprich: höhere Löhne) zum Auswandern

mehr gäbe. Dies ist die Logik des Marktes. Somit ist es kein Wunder, dass der Vorschlag der Personenfreizügigkeit mit China nicht zur Debatte steht.

Zehnmal höhere Löhne als in der EU

Im Gegensatz dazu hat die Schweiz seit 2002 mit der EU genau dieses Arrangement getroffen. Dabei ist die Ausgangslage gar nicht so unähnlich: 800 Millionen schlechter bezahlte EU-Einwohner stehen 7 Millionen besser verdienenden Schweizern gegenüber. Die Zahlen belegen das drastische Lohngefälle: Der Mindestlohn in Bulgarien beträgt weniger als 150 Euro pro Monat und in Estland weniger als 300 Euro – in der Schweiz verdient kaum jemand weniger als 3000 Franken. Im Mittel verdient ein Haushalt in der EU laut Eurostat, dem statistischen Amt der Union, 14 830 Euro im Jahr – in der Schweiz ist das mittlere Ein-

kommen laut Bundesamt für Statistik (BFS) mit 81000 Franken mehr als viermal so hoch. Unterschiede bestehen auch in Bezug auf die wohlhabenderen EU-Länder: Ein deutscher Haushalt muss sich im Mittel mit einem Einkommen von 19000 Euro zufriedengeben.

Kein Wunder, verzeichnet die Schweiz seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit eine massive Zuwanderung aus der EU. Jedes Jahr wandern im Durchschnitt knapp 40000 Personen mehr aus der EU ein als wieder in diese aus. Hält der Trend an, dann werden im Jahr 2020 dreissig Prozent mehr Menschen in der Schweiz leben als im Jahr 2000.

Schneider-Amman ist stets zu Diensten

In der Bevölkerung regt sich Widerstand. 2014 wird das Volk sich gleich dreimal zur Personenfreizügigkeit äussern können. Zuerst kommt die Masseneinwanderungsinitiative der SVP vors Volk, danach die Umweltschutzinitiative Ecopop, welche ebenfalls eine Begrenzung der Zuwanderung vorsieht. Ende 2014 (oder allenfalls Anfang 2015) muss dann über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien abgestimmt werden.

Auf den Wirtschaftsminister Schneider-Amman kommt die entscheidende Aufgabe zu, den bisherigen Konsens der Wirtschaft zu bewahren. Sowohl die Arbeitgeberorganisationen als auch die Gewerkschaften unterstützen bislang die Personenfreizügigkeit. Auf Seiten der Unternehmen ist dies nur natürlich: Sie profitieren vom günstigen und einfachen Zugang zu ausländischen Arbeitskräften und zum europäischen Binnenmarkt.

Für die gesamte Volkswirtschaft ist das Bild weniger eindeutig. Die Belastung der Infrastruktur steigt, und die Sozialwerke drohen Schaden zu nehmen, wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert. Zudem drückt der verschärfte Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt tendenziell die Löhne nach unten. Aus diesem Grund haben die Gewerkschaften Bedingungen für die Personenfreizügigkeit formuliert: In Gesamtarbeitsverträgen (GAV) sollen branchenspezifische Mindestlöhne vereinbart werden, die dann vom Bundesrat für allgemeinverbindlich erklärt werden und somit für alle Unternehmen einer bestimmten Branche gelten. Dies ist in den letzten Jahren in immer höherem Masse geschehen.

Jetzt, wo sich die politische Debatte um die Personenfreizügigkeit zuspitzt, präsentiert die Linke neue Forderungen, und der Volkswirtschaftsminister stellt sich willig in den Dienst davon. Ein erstes Zugeständnis war die Solidarhaftung auf dem Bau. Ab dem 15. Juli werden Unternehmen für GAV-Verstösse zur Verantwortung gezogen, die sie nicht selber begangen haben und von denen sie unter Umständen auch gar nichts wissen. Dies war ein langgehegter Wunsch der Gewerkschaften. Vor dem entsprechenden Entscheid erinnerte

SP-Nationalrat und Gewerkschafter Corrado Pardini die «Befürworter der Personenfreizügigkeit» an ihr «politisches Versprechen, dafür zu sorgen, dass Schutzmechanismen eingeführt werden, die den erwähnten negativen Effekt des deregulierten Arbeitsmarktes verhindern». Die Solidarhaftung ist allerdings ein von liberaler Seite stark kritisiertes Konzept. Der freisinnige Wirtschaftsminister setzte sich im Parlament dennoch prompt für den Vorschlag ein. Dies zeigt, dass die Deutungshoheit darüber, was auf dem Arbeitsmarkt zu tun ist, inzwischen bei den Gewerkschaften liegt.

Das zweite Anliegen von linker Seite betraf Schneider-Ammanns Hausverband, die Maschinenindustrie-Organisation *Swissmem*, für den er sich als Wirtschaftspolitiker im Bundesrat in Stellung gebracht hatte. Hier verlangen die Gewerkschaften schon lange, dass ein Mindestlohn im Gesamtarbeitsvertrag festgeschrieben wird. Die gewerkschaftliche Forderung wurde über die Medien direkt an Schneider-Ammann herangetragen. Und tatsächlich: Schneider-Ammann bot Jean-Luc Nordmann, den früheren Chef des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), als Mediator auf. Der Ex-Beamte, der die Bilateralen und die Personenfreizügigkeit mit ausgehandelt hatte, sollte in den Konflikt privater Inter-

Die Deutungshoheit darüber, was auf dem Arbeitsmarkt zu tun ist, liegt bei den Gewerkschaften.

essenvertreter eingreifen. Wie Beteiligte berichten, setzte sich zudem der Volkswirtschaftsminister persönlich dafür ein, dass *Swissmem* die Kröte am Ende schluckte und in den Mindestlohn einwilligte. Andernfalls, so das Argument, wäre Unfrieden an der Personenfreizügigkeitsfront zu befürchten.

Die Linke, so scheint es, kann jede Forderung präsentieren und sich auf Schneider-Ammanns Mitarbeit verlassen. Im Moment erhöht sie erneut den Preis für ihre Zustimmung zur Personenfreizügigkeit. Ziel ist eine weitere Verschärfung der flankierenden Massnahmen, welche den freien Arbeitsmarkt einschnüren. Auf Wunsch der Gewerkschaften hat das Seco, das Schneider-Ammann unterstellt ist, eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, mit dem Ziel, «eine Auslegeordnung über die Wirkungsweise der flankierenden Massnahmen zu erarbeiten». Ihr gehören drei Gewerkschaften, zwei Wirtschaftsverbände und Vertreter von Bund und Kantonen an.

Zum Übergewicht der Arbeitnehmervertreter in dem Gremium erklärt das Seco, auch der Schweizerische Gewerbeverband sei zur Teilnahme eingeladen worden. Beim Gewerbeverband war man dem Vernehmen nach über die kurzfristige Einberufung erstaunt und sieht

es als «nicht sozialpartnerschaftlich» an, dass sich das Seco als Behörde ohne Not einmischte. Auch hier tanzt das Seco offenbar nach der Pfeife der Gewerkschaften.

Keine Zeit für Erklärungen

Mehrere hohe Wirtschaftsvertreter stören sich an den Prioritäten im Wirtschaftsdepartement. Falls dieses einen Beitrag zur Erhaltung der Personenfreizügigkeit leisten wolle, dann kümmere es sich besser um volkswirtschaftlich stichhaltige Argumente. Tatsache ist: Sämtliche wissenschaftlichen Untersuchungen, welche das Seco in Auftrag gegeben hat, haben zwar einen positiven Beitrag der Personenfreizügigkeit zum Wirtschaftswachstum, aber nicht zum Wirtschaftswachstum pro Kopf ergeben – und darauf kommt es an: Es nützt nichts, wenn der Kuchen wächst und das eigene Stück schrumpft.

Der Freiburger Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger bemängelt, dass es in Sachen Personenfreizügigkeit «keinen Wettbewerb um die besseren ökonomischen Argumente» gebe. Als Kritiker komme er sich «ein wenig wie ein Hofnarr» vor. Die aktuelle Ausgabe der vom Seco herausgegebenen Zeitschrift *Die Volkswirtschaft* widmet der Personenfreizügigkeit einen Schwerpunkt. Sie legt von diesem Argumentationsnotstand Zeugnis ab. Tatsächlich gehen die meisten Beiträge nicht auf die Sorgen der Bevölkerung ein und taugen nicht dazu, sie wissenschaftlich zu entkräften.

Die Publikation wird neuerdings von zwei arbeitnehmernahen Chefredaktorinnen geleitet. Die ehemalige Journalistin Nicole Tesar war Kommunikationschefin bei der Gewerkschaft *Transfair*, und ihre Kollegin Susanne Blank war als Ökonomin beim Gewerkschaftsdachverband *Travailsuisse* angestellt, für den sie weiterhin im Verwaltungsrat der Post sitzt (gemäss Recherchen der *Berner Zeitung* darf die Seco-Frau jährlich immer noch 50000 Franken an Honoraren behalten).

Im grossen Interview in der eigenen Publikation lässt sich Bundesrat Schneider-Ammann von seinen Untergebenen befragen. In dem Gespräch erhalten gewerkschaftliche Anliegen wie die Ausdehnung der flankierenden Massnahmen viel Platz. Auch über die Mindestlohninitiative der SP wird gesprochen. Der Volkswirtschaftsminister wiegelt ab: Diese «würde das gute Funktionieren des Arbeitsmarktes gefährden und Arbeitsplätze bedrohen». Dies gilt allerdings auch für den von Schneider-Ammann beschrittenen Weg der schleichenden Aushebelung des Arbeitsmarkts durch allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge. Für die Erklärung solcher Widersprüche hatte der FDP-Bundesrat am Dienstag keine Zeit. Eine entsprechende Anfrage blieb unbeantwortet, er war noch auf wirtschaftlicher Mission in Südkorea. ○

Anwälte für alle

Asylsuchende sollen künftig in den Genuss von Gratisanwälten kommen. Der Plan stösst auf Widerstand. Denn was für «fairere» und «schnellere» Verfahren sorgen soll, könnte zu einer Beschwerdeflut und zu ausufernden Kosten führen, wie das Beispiel der Niederlande zeigt. *Von Lucien Scherrer*



«Nur mit flankierenden Massnahmen»: Justizministerin Sommaruga.

Strengere Regeln, schnellere Verfahren: Was sich die Bevölkerung in der Asylpolitik wünscht, ist klar. Am 9. Juni haben fast 80 Prozent der Stimmenden ja gesagt zu «dringlichen Massnahmen im Asylbereich» – und damit unter anderem Zentren für renitente Flüchtlinge bewilligt. Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP), die das Anliegen gegen eine Opposition aus links-grünen Kreisen verteidigen musste, frohlockte über den «Schritt hin zu beschleunigten Verfahren».

Sie hätte es auch ein «Schrittchen» nennen können, denn die «dringlichen Massnahmen» sind nur ein Nebenschauplatz in ihrem Plan, das Asylgesetz zu reformieren. Dessen Herzstück, die «Neustrukturierung des Asylbereichs», hat Sommaruga kurz nach der Abstimmung in die Vernehmlassung geschickt. Parteien, Kantone und Verbände können dazu bis zum 7. Oktober ihre Meinung abgeben.

Schon jetzt ist klar, dass das Projekt Zündstoff birgt. Denn ob damit alles schneller und besser wird, ist höchst umstritten.

Heute dauert ein Asylverfahren im Schnitt rund 400 Tage. Wer alle Rechtsmittel ausschöpft, kann über 1400 Tage bleiben. Diesem Problem will die Bundesrätin mit kürzeren Entscheidungs- und Rekursfristen beikommen. Gesuche, die keine langwierigen Untersuchungen bedingen – etwa von Flüchtlingen, die aus Dublin-Staaten einreisen –, sollen in Bundeszentren beurteilt werden, samt Abklärung, Entscheid, Rekurs und endgültigem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts. Rund 60 Prozent der Gesuche, so die Prognose, könnten in derartigen «beschleunigten Verfahren» abgewickelt werden, in maximal 140 Tagen. Nur kompliziertere Fälle, die ein «erweitertes Verfahren» verlangen, sollen weiterhin einzelnen Kantonen zugewiesen werden. Auch hier sind

verkürzte Fristen geplant, um die Verfahrensdauer auf maximal ein Jahr zu senken.

Doch Sommaruga will nicht nur kürzere Verfahren, sie will auch mehr Rechtsschutz für Asylsuchende. Künftig soll jeder Asylsuchende, der ein «beschleunigtes Verfahren» erhält, einen Anwalt bekommen. Und zwar automatisch und umsonst. Heute wird dieses Privileg nur Asylsuchenden gewährt, die nachweisen können, dass sie kein Geld haben und ihr Rekurs nicht chancenlos ist. Die Praxis ist restriktiv, und so wenden sich die meisten Rekurrenten an Hilfswerke, die Anwälte mit Spendengeldern finanzieren.

Niemand hält sich an die Fristen

Sozialdemokratin Sommaruga begründet ihren Vorschlag mit ausgleichender Gerechtigkeit: «Eine Beschleunigung darf es nur mit flankierenden Massnahmen geben», sagte sie bei der Präsentation des Gesetzesentwurfs. Professionelle Rechtsberatung werde die «Qualität der Dossiers» erhöhen, zu «faireren», besser abgestützten Entscheiden führen und eine «Beschleunigung» überhaupt erst ermöglichen.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist fraglich. Während die SP ihrer Magistratin applaudiert, sind bürgerliche Asylexperten nicht überzeugt: «Das Ansinnen wird eine Beschwerdeflut auslösen und die Verfahren noch weiter verzögern», sagt SVP-Nationalrat Heinz Brand, «da werden auch neue Fristen nichts ändern.» Fristen gebe es bereits heute, aber niemand halte sich daran. FDP-Präsident Philipp Müller und CVP-Nationalrat Gerhard Pfister sind ebenfalls «skeptisch». Und auch in den Kantonen herrscht nicht eitel Freude. «Aufgrund von Erfahrungen in Holland müssen wir damit rechnen, dass viele Entscheide angefochten werden», sagt Silvan Brandenburg, stellvertretender Leiter des Zuger Migrationsamtes.

Die Befürchtungen sind nicht aus der Luft gegriffen. Denn die Niederlande, die dem Bundesrat in Sachen Asylwesen als Vorbild dienen, haben durchgezogene Erfahrungen gesammelt mit dem unentgeltlichen Rechtsschutz. Laut Yvonne Wiggers, Sprecherin des niederländischen Justizministeriums, rekurrieren 90 Prozent der Asylsuchenden, die einen abschlägigen Entscheid erhalten – in der Schweiz sind es 51 Prozent. «Für die Behörden ist es hilfreich, wenn den Asylsuchenden ein professioneller Anwalt zur Seite steht», sagt Wiggers, «aber das System verursacht Kosten,

die uns ernsthafte Sorgen bereiten.» Gab der niederländische Staat 2007 noch knapp 22 Millionen Euro für Anwalts- und Gerichtskosten aus, waren es 2012 bereits über 43 Millionen. Die Regierung führt das darauf zurück, dass das Angebot zunehmend missbraucht wird – und will eingreifen. «Es wird darüber diskutiert, aussichtslose Rekurse nicht mehr zu vergüten», sagt Wiggers. Gewisse Rechtsbeistände versuchten nämlich, Verfahren mit Beschwerden in die Länge zu ziehen, zwecks Aufenthaltsverlängerung für ihre Klienten.

Kosten und Rechtsmissbrauch sind Probleme, die auch in Bern erkannt worden sind. Doch man gibt sich optimistisch. Die «Neustrukturierung» des Asylwesens werde Gesamteinsparungen von 169 Millionen Franken bringen, rechnet BfM-Sprecherin Gaby Szöllösy vor. Dies trotz ausgebautem Rechtsschutz. Wie viel der kostet, werde man erst «testen» müssen. Mit «Qualitätskontrollen» werde man aber dafür sorgen, «dass sich die Rechtsvertretung auf Fälle beschränkt, die nicht von Anfang an aussichtslos sind».

Wie das funktionieren soll, lässt Szöllösy offen. Tatsächlich könnte eine wirkungsvolle «Kontrolle» nur bedeuten, dass schwarze Schafe unter den Anwälten keine Mandate mehr erhielten. Ob sich das die Betroffenen gefallen lassen würden, ist eine andere Frage. Denn sie wären allein dem Klienten verpflich-

tet, nicht dem Staat. Und ein Verbot von «aussichtslosen Verfahren» gibt es in Sommarugas Gesetzesentwurf nicht. «Ob das System funktioniert, wird massgeblich davon abhängen, wer die Rechtsvertreter sind», sagt David Keller, Leiter des Schwyzer Migrationsamtes. «Geht es ihnen darum, die Fakten auf den Tisch zu bringen, oder versuchen sie, mit aussichtslosen Einsprachen dafür zu sorgen, dass ihr Mandant ein wenig länger bleiben kann?»

Richter als Bremser

Anlass zu Optimismus gibt es nicht. Sommaruga will nämlich auch Rechtsvertreter zulassen, die kein Anwaltspatent besitzen. Wer einen «juristischen Hochschulabschluss» besitzt oder «sich beruflich mit der Beratung und Vertretung von Asylsuchenden» befasst, ist als Rechtsberater im Geschäft. Kriterien, die perfekt auf juristisch gebildete Mitarbeiter von Hilfswerken passen. Für SVP-Politiker Heinz Brand ist das kein Zufall: «Das ist das Ergebnis erfolgreichen Lobbyings.»

Tatsächlich weibeln Hilfswerke wie die Flüchtlingshilfe schon lange für staatlich finanzierte Anwälte – auch, weil sie wegen rückläufiger Spenden Probleme haben, ihre Beratungsstellen zu finanzieren. Dass sich Juristen aus dem Hilfswerk-Milieu mit Beschwerden zurückhalten werden, dürfte ein frommer Wunsch bleiben. Die laufende Asyl-

gesetzrevision gilt dort als Verschärfung (abgesehen von der Rechtshilfe natürlich), die Fehlentscheide begünstigen werde.

Entscheidend wird sein, wie sich das Bundesverwaltungsgericht in der zu erwartenden Rekursflut verhält. Bisher sind die Richter vor allem als Bremser aufgefallen, die zuweilen hanebüchene Beschwerden stützen (*Weltwoche* Nr. 5/13). Gut möglich, dass sie in manchen Urteilen zum Schluss kommen werden, dass ein «beschleunigtes Verfahren» zu kurz sei, um ein Gesuch «seriös» zu beurteilen. Kommt hinzu, dass das Gericht bereits heute unter notorischer Überlastung und Schwerfälligkeit leidet. Gemäss einem Bericht des Bundes und der Kantone dauern Rekursverfahren heute bis zu 860 Tage. Der Bericht schlägt deshalb «verbindliche Behandlungsfristen» für die Bundesrichter vor, wobei 80 Prozent der Rekurse in vier Wochen erledigt werden sollen. Der Haken dabei ist, dass das Gericht von niemandem verpflichtet werden kann, auf derartige Forderungen einzugehen, selbst wenn es mit Beschwerden überschwemmt wird. Und bisher haben sich die Richter noch nie von Appellen aus der Politik beeindrucken lassen.

Ob Bundesrätin Sommaruga wegen all dieser Einwände von ihrem Plan abrücken wird, wird in Bern bezweifelt. Sie sei, so sagt ein Parlamentarier hinter vorgehaltener Hand, in Sachen Gratis-Rechtshilfe beratungsresistent. ○

Komm jetzt zu Sunrise.

Einmal wechseln, 12 Monate lang sparen.



780.^{CHF}.-

Sommer-Rabatt



Mobile



TV



Internet



Festnetz

Angebot gültig bis 24.8.2013 für Neukunden in Kombination des Mobilabos Sunrise NOW max (Grundgebühr CHF 129.-/Mt.) mit Sunrise TV Set comfort (Grundgebühr CHF 125.-/Mt.) für 24 Monate: Promo-Rabatt für Sunrise TV Set comfort (CHF 20.-/Mt.) sowie zusätzlicher Promo-Rabatt für Sunrise NOW max (CHF 20.-/Mt.) im ersten Jahr plus Kombirabatt «Sunrise Vorteil» (CHF 25.-/Mt.) über die gesamte Vertragslaufzeit. Infos auf sunrise.ch

Alles für deinen Tag. **Sunrise**



Einsatz mit Verzögerung: tödlicher Unfall vom 4. Juli in Spreitenbach.



Aus dem Elsass in den Aargau: Rega-Helikopter.

Die Rega brauchte eine halbe Stunde

Um ihre Monopolstellung zu verteidigen, behindert die Rega ihre Mitbewerber – auch dann, wenn die Konkurrenz sehr viel schneller vor Ort sein könnte. Ein aktueller Fall zeigt: Die Vormachtstellung der Rega ist nicht im Interesse der Verunfallten. *Von Christoph Landolt*

Teures Fluggerät, das den Patienten nichts nützt. Satte Gewinne, die sich in den letzten Jahren bis auf eine Viertelmilliarde Franken aufgetürmt haben. Hohe Tarife, welche die Gesundheitskosten in die Höhe treiben – diese Umstände, die die Schweizerische Rettungsflugwacht Rega betreffen, bilden den Hintergrund eines erbitterten Streits zwischen der Rega und dem Touring-Club Schweiz (TCS), welcher via seine Tochter Alpine Air Ambulance (AAA) im Kanton Aargau seit einem Jahr mit einem gelben Helikopter Luftrettungen anbietet. Wie die *Weltwoche* in ihrer letzten Ausgabe (Nr. 27/13) berichtete, nutzt Rega-Chef Ernst Kohler jedes Mittel, um die Konkurrenz zu behindern und sein Monopol zu verteidigen.

Die Rega – eine gemeinnützige Stiftung – hat sich in den 59 Jahren, in denen sie allein am Himmel war, einen legendären Ruf erworben. Ihr Name ist hierzulande Synonym für Luftrettungen, ihre Mitarbeiter geniessen Heldenstatus. Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass die kritische Berichterstattung viele Reaktionen auslöste. Mehrere Leser meldeten sich auf der Redaktion und schilderten ihre positiven Erlebnisse («Danke Rega!»). Und nachdem der *Blick am Abend* mit der *Weltwoche*-Kritik aufgemacht hatte, gingen auf der *Blick*-Website Dutzende Kommentare ein, welche die enormen Betriebskosten und die mono-

politische Geschäftspolitik rechtfertigten. Die «Helden der Lüfte», die schon manches Leben gerettet hätten, verdienten «auch eine entsprechende Entschädigung», schrieb ein Leser. «Sicherheit steht an erster Stelle, und Sicherheit ist, leider, nicht gratis!», kommentierte ein anderer. «Geiz-ist-geil-Mentalität» sei «in diesem Bereich fehl am Platz», meinte ein Twitterer.

Ist das Rega-Monopol also im Interesse der Patienten? Machen sich die enormen Einnahmen, die der Rega durch ihre Alleinstellung zufließen, in Form von geretteten Menschenleben bezahlt?

Warten auf den Startbefehl

Das Gegenteil ist der Fall. Der rücksichtslose Kampf um das Luftrettungsmonopol, den Rega-Chef Kohler führt, wird auf dem Rücken der Patienten ausgetragen. Nichts belegt dies so deutlich wie ein Ereignis vom letzten Donnerstag, 4. Juli, im aargauischen Spreitenbach. Kurz vor 18 Uhr ging bei einem Land Rover, der eben über einen Kreisel fuhr, eine Tür auf. Ein vierjähriger Junge fiel auf die Strasse. Der Lenker des nachfolgenden Autos überfuhr das Kind.

17.56 Uhr — Bei der Notfall-Einsatzzentrale 144 in Aarau geht eine Meldung ein. Sie unternimmt drei Schritte: 1. Ein Notarzt wird zur

Unfallstelle geschickt. 2. Ein sogenannter Voralarm geht an die Alpine Air Ambulance, die den nächstgelegenen Helikopter betreibt. Die Besatzung eilt zur Maschine, wo sie auf den Startbefehl wartet. 3. Der Rettungswagen des Spitals Baden wird aufgeboten – dieser ist jedoch bereits im Einsatz.

18.03 Uhr — Weil die Ambulanz nicht verfügbar ist, bittet die Aargauer Einsatzzentrale Schutz und Rettung Zürich um Hilfe, eine Behörde der Stadt Zürich, die auch im Grenzgebiet zum Aargau für Notfälle verantwortlich ist. Die Aargauer informieren sie, dass der AAA-Helikopter voralarmiert ist. Zürich schickt einen Rettungswagen aus dem Spital Limmattal in Schlieren los.

18.17 Uhr: Schutz und Rettung Zürich fordert beim Rega-Center in Kloten einen Rettungshelikopter an. Die in Dübendorf stationierte Rega 1, die nächstgelegene Rega-Maschine, ist bereits anderweitig belegt. Die noch nähere und noch schneller verfügbare AAA-Maschine erhält dennoch keinen Anruf.

18.20 Uhr — Die Aargauer Notrufzentrale informiert die wartende AAA, dass es für sie keinen Einsatz geben wird, da Zürich die Rega aufgeboten hat.

18.43 Uhr — Der Pilot von Rega 2, des Helikopters aus Basel-Mulhouse, meldet, dass er sich im Landeanflug auf Spreitenbach befindet.

Statt dass der gelbe Helikopter der AAA, der auf dem Spital Muri (15 Kilometer von Spreitenbach entfernt) stand, aufgeboden worden wäre, kam eine Maschine zum Zug, die 100 Kilometer entfernt stationiert ist – im Elsass.

Hätte Schutz und Rettung Zürich nicht einfach die AAA informieren müssen? «Wenn wir einen Helikopter brauchen, ist für uns immer die Rega der Ansprechpartner», sagt Sprecher Roland Portmann. Welcher Helikopter dann aufgeboden werde, darüber entscheide die Rega. Rega-Sprecher Sascha Hardegger sagt dazu: «Die Rega wurde von Schutz und Rettung zu diesem Einsatz aufgeboden und hat den raschestmöglich verfügbaren Helikopter aus unserem Einsatzdispositiv zum Einsatz gebracht.»

Alle Reanimationsversuche waren vergeblich, der Junge starb. Er hätte wohl auch nicht überlebt, wenn es schneller gegangen wäre. Es ist aber wohl nur eine Frage der Zeit, bis jemand stirbt, weil Behörden wie Schutz und Rettung Zürich einen Anbieter bevorzugen, der aller Gemeinnützigkeit zum Trotz nicht daran denkt, einen Mitbewerber zu berücksichtigen, der viel geeigneter wäre.

Zwei Stunden in den Ästen

Der Fall in Spreitenbach ist nicht der erste dieser Art. Der Ablauf erinnert stark an den 12. März, als in Windisch AG ein 5-jähriger Junge von einem Lastwagen überrollt wurde und

starb. Auch damals blieb der AAA-Helikopter im zwei Minuten entfernten Birrfeld am Boden. Stattdessen rückte die Rega aus Basel-Mulhouse an, eine Viertelstunde später. Nachdem die *Aargauer Zeitung* darüber berichtet hatte, forderte Gesundheitsdirektorin Susanne Hochuli (GPS) Rega und AAA dazu auf, ein gemeinsames Notfalldispositiv aufzubauen und den gelben Helikopter in die Einsatzzentrale im Klotener Rega-Center zu integrieren.

Die Gespräche scheiterten vorletzte Woche. In einem Brief an die 240 000 Gönner im Aargau warf Rega-Chef Kohler der neuen Konkurrentin vor, die «sehr hohen Standards der Rega in wesentlichen Punkten nicht zu erfüllen». Offenbar ging es um drei technische Besonderheiten, welche die AAA in den Augen der Rega nicht für Rettungseinsätze qualifizieren, darunter ein fehlender sogenannter *cabl cutter* und eine fehlende Seilwinde, die rund 400 000 Franken kostet (ständige Wartung und Training nicht eingerechnet), aber im Flachlandkanton Aargau im Schnitt nur einmal pro Jahr eingesetzt wird.

Branchenkenner gehen davon aus, dass die Bedingungen der Rega vorgeschoben sind, zumal die Walliser Air Zermatt und Air-Glacières ebenfalls auf *cabl cutter* verzichten, ohne dass die Zusammenarbeit mit der Rega darunter gelitten hätte. Im Wallis ist die Lage klar: Notrufe werden auf der kantonalen Einsatzzentrale in Siders entgegengenommen. Luftrettungsauf-

träge gehen prinzipiell an den Anbieter, dessen Helikopter am schnellsten vor Ort sein kann.

Jenseits der Kantons Grenzen aber beginnen die Probleme. Die Kantone Bern und Waadt delegieren den Notfalldienst – eine hoheitliche Aufgabe – im Bereich der Luftrettung an die Rega. Und diese berücksichtigt nicht die Helikopter, die aus Patientensicht am geeignetsten wären, sondern ihre eigenen Maschinen. Als sich zum Beispiel im letzten Herbst ein Gleitschirmflieger in Grindelwald in einem Baum verding, konnte die Rega-Zentrale nicht die in Interlaken stationierte Rega 10 aufbieten, weil diese gerade einen Einsatz in Luzern verrichtete. Rega 8 aus Erstfeld UR wurde angefordert. Während die Maschine Kurs auf das Berner Oberland nahm, wurde sie aber wegen eines schlimmeren Unfalls abgezogen. Der Gleitschirmflieger hing zwei Stunden in den Ästen, bis er endlich gerettet wurde. Die einsatzbereite Air-Glacières-Maschine in Lauterbrunnen (zehn Kilometer Luftlinie) blieb am Boden.

Fälle wie diese haben dafür gesorgt, dass das Berner Kantonsparlament im Januar einer Motion zustimmte, die verlangt, dass Anrufe auf die Nummer 144 nicht mehr automatisch an die Rega gehen und alle Anbieter die gleichen Bedingungen erhalten. Nächste Woche will Gesundheitsdirektorin Hochuli bekanntgeben, wie es mit der Luftrettung im Aargau weitergeht. Das Rega-Monopol gerät ins Wanken. ○

Die Linken wählen? Die Rechten? Die in der Mitte? Die bürgerliche Mitte? Oder die Mitte-Linken?

Gewinnen Sie ein
Relax-Weekend:
sympany.ch/win

Das Leben sollte wieder einfacher werden.

Gewisse Entscheidungen werden Ihnen leicht gemacht: Sympany bietet Ihnen einen persönlichen Service und Versicherungen, die einen umfassenden Schutz garantieren – für Singles, Familien und Unternehmen. Entdecken Sie die erfrischend andere Versicherung. www.sympany.ch

 **sympany**
versicherungen

Schuldenbremse für die AHV

Die Schweizer sind mit der Schuldenbremse für die Bundesfinanzen sehr zufrieden. Um den drohenden Kollaps des Sozialstaats abzuwenden, wünschen sich aber immer mehr Bürger, dass die Massnahme auf die Sozialwerke ausgedehnt wird. Dies zeigt eine aktuelle Studie von Economiesuisse. *Von Kurt Pelda*



Von jung zu alt: Rentner im Wallis.

Bei AHV und Bildung mehr ausgeben, im Asylwesen, in der Verwaltung und bei der Armee mehr sparen. Das ist das Fazit der diesjährigen Meinungsumfrage, die das Forschungsinstitut gfs.bern regelmässig im Auftrag des Wirtschaftsdachverbands Economiesuisse bei jeweils 1000 Stimmberechtigten durchführt. Die Ergebnisse sind allerdings nicht repräsentativ, weil die Befragten nicht nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurden. Dennoch gibt die Studie einen interessanten Einblick in die finanzpolitischen Wünsche der Bürger. So möchten die Wähler der SVP und FDP mehrheitlich im Asylwesen sparen, während Anhänger der SP und der Grünen den Rotstift am liebsten bei der Armee ansetzen würden. CVP-Wählern sind dagegen die Gehälter in der Verwaltung und besonders in der Diplomatie ein Dorn im Auge.

Fallen auf Bundesebene Defizite an, wollen die befragten Stimmberechtigten, dass der

Staat die Ausgaben kürzt. Dies ist genau die Aufgabe der Schuldenbremse, die seit 2003 äusserst erfolgreich funktioniert. 90 Prozent der Befragten sind denn auch «voll» oder «eher» einverstanden, diese Ausgabenregel beizubehalten. Nur gerade 6 Prozent wollen sie abschaffen. Der Trend bei den Schulden des Bundes gibt den Befürwortern recht. Nach 2003 ist die Verschuldung noch zwei Jahre lang gestiegen und danach deutlich zurückgegangen. Nach dem 2005 erreichten Höchststand von 130 Milliarden Franken pendelte der Schuldenberg in den letzten Jahren um den Wert von 110 Milliarden Franken, was weniger als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. In letzter Zeit nahm die Verschuldung aber sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ wieder leicht zu.

Der Bund ist der mit Abstand grösste Schuldner der Schweiz. Addiert man Kantone

und Gemeinden, kommt der Schuldenstand in die Nähe von 40 Prozent des BIP. Innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) weisen nur gerade Korea, Australien, Norwegen und Luxemburg eine tiefere Staatsverschuldung auf. Wegen der Finanzkrise sind die Staatsschulden zwischen 2007 und 2012 im OECD-Durchschnitt von 73 Prozent auf sagenhafte 107 Prozent gestiegen. Es ist allerdings nicht alleine die Schuldenbremse, die der Schweiz geringere Defizite und damit eine tiefere Verschuldung beschert. Die direkte Demokratie schränkt das Ausgabengebaren

Der Anteil der Sozialabzüge ist auf 12,5 Prozent des Bruttolohns gestiegen.

des Staats ebenfalls ein, weil die Stimmberechtigten über die Höhe der Steuersätze entscheiden können. Mässigend wirkt ausserdem der ausgeprägte Steuerwettbewerb auf der Ebene der Gemeinden und Kantone – eine Eigenschaft, die zum Beispiel in Deutschland völlig fehlt.

Deutlich mehr Rentner

Die Schuldenbremse gilt allerdings nicht für die öffentlichen Sozialwerke. So sind die Schulden der Invalidenversicherung in den letzten Jahren stark gestiegen, auf inzwischen rund 14 Milliarden Franken. Neben solchen expliziten Schulden machen den Fachleuten aber vor allem die impliziten Schulden Sorgen. Damit sind die auf Gesetzen basierenden Leistungsansprüche in der Zukunft gemeint, also Versprechen, künftige Renten und Gesundheitskosten zu bezahlen.

Die Demografie ist der Hauptmotor dieses Ungleichgewichts: Als die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) 1948 eingeführt wurde, lebte ein 65 Jahre alter Mann in der Schweiz im Mittel noch 12,4 Jahre. 60 Jahre später betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Pensionierungsalter wesentlich mehr, nämlich noch 18,8 Jahre, wie die wirtschaftsnahe Denkfabrik Avenir Suisse vorrechnet. Die AHV-Beiträge der Arbeitnehmer müssen über das Umlageverfahren heute also eine um rund die Hälfte längere Pensionierungszeit finanzieren. Hinzu kommt, dass der Anteil der Rentner an der Gesamtbevölkerung im Vergleich mit 1948 deutlich gestiegen

ist. Damals, in den frühen Tagen des Schweizer Sozialstaats, wurden noch 4 Prozent des Bruttolohns für die AHV abgezogen. Seither kamen die IV, die Erwerbsausfallentschädigung (EO) für militärdienstleistende Bürger und die Arbeitslosenversicherung (ALV) hinzu. Der Anteil der Sozialabzüge ist inzwischen auf 12,5 Prozent des Bruttolohns gestiegen, wobei die AHV den Löwenanteil ausmacht. Ausserdem wurde die Mehrwertsteuer seit 1995 um insgesamt 1,5 Prozentpunkte erhöht, um die Finanzierung der Sozialwerke sicherzustellen.

Rote Zahlen in acht Jahren befürchtet

Christoph Schaltegger, Wirtschaftsprofessor an der Universität Luzern, hat zum Thema der Sozialwerke ein Buch geschrieben. Für ihn ist absehbar, dass die AHV in etwa acht Jahren rote Zahlen schreiben wird. Um das Jahr 2030 seien dann auch die Reserven aufgebraucht, wenn am heutigen System nichts geändert werde. Glaubt man den langfristigen Finanzprognosen der Eidgenössischen Finanzverwaltung, dann werden die Sozialwerke in rund 30 Jahren zum bedeutendsten Schuldner der Schweiz noch vor Bund und Kantonen aufsteigen. Mitte des laufenden Jahrhunderts würde dadurch jener Schuldenstand von weit über 100 Prozent des BIP erreicht, der jetzt in den OECD-Ländern vorherrscht.

Laut den Umfrageergebnissen von gfs.bern wünscht sich eine klare und wachsende Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten, dass die Schuldenbremse auch auf die Sozialwerke ausgedehnt wird. Insgesamt 62 Prozent der Befragten erachten diesen Schritt als «sehr» oder «eher» sinnvoll. Noch vor drei Jahren waren es erst 39 Prozent. Parteipolitisch ist die Zustimmung am stärksten bei den Grünen (77 Prozent), der FDP (75 Prozent) und der SVP (65 Prozent). Bei der SP sind es immerhin noch 59 Prozent, während die Zustimmung mit 42 Prozent am schwächsten bei der CVP ausfällt.

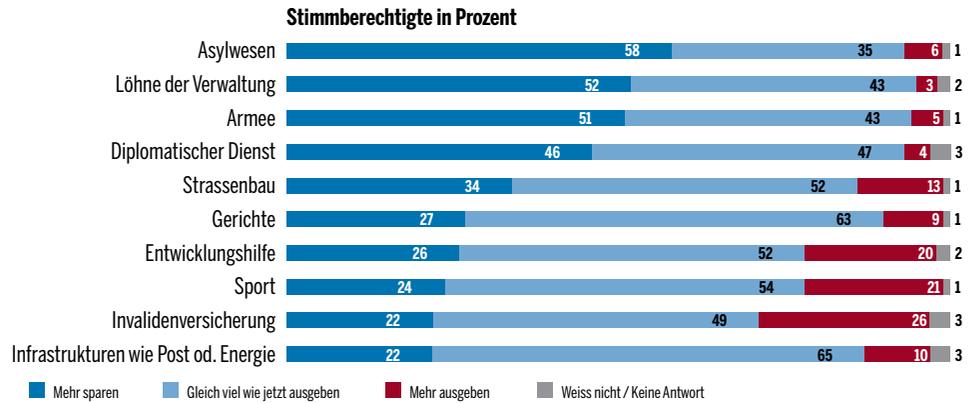
Forschungsteam ohne Ökonomen

Nicht erklärt wird in der Studie allerdings, wie dieses an sich klare Resultat mit dem Ergebnis zu vereinbaren ist, dass nur gerade 9 Prozent der Befragten bei der AHV sparen wollen. Denn die neue Schuldenbremse müsste ja die Ausgaben bei Bedarf auch beim wichtigsten Sozialwerk der Schweiz, der AHV, eindämmen. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang wirkt es erstaunlich, dass der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse ein Forschungsteam mit der Umfrage betraut, das neben fünf Politikwissenschaftlern – unter ihnen der bekannte Claude Longchamp – noch eine Germanistin umfasst, aber keinen einzigen Ökonomen. Überspitzt ausgedrückt ist das ein bisschen so, wie wenn man eine medizinische

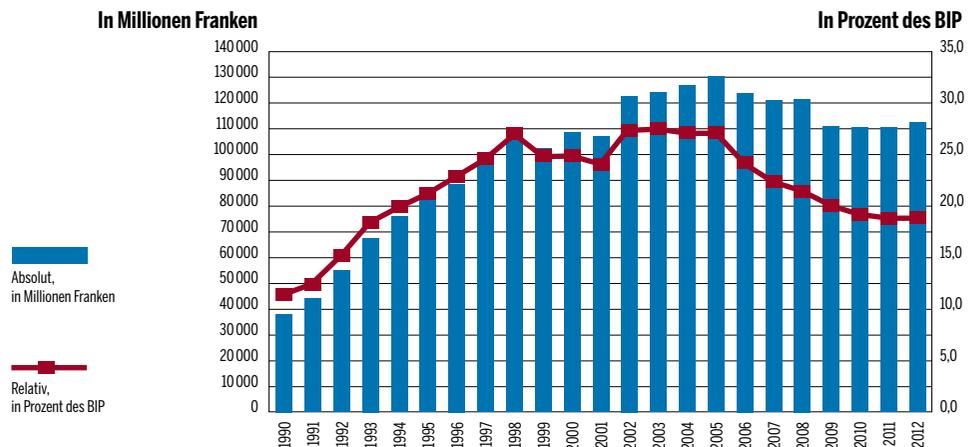
Des Schweizer Portemonnaie und der Schuldenberg

Beurteilung öffentlicher Aufgaben

«Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Bereichen, in denen der Staat Geld ausgibt. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie mehr sparen würden, gleich viel wie jetzt ausgeben oder ob Sie mehr ausgeben würden.»

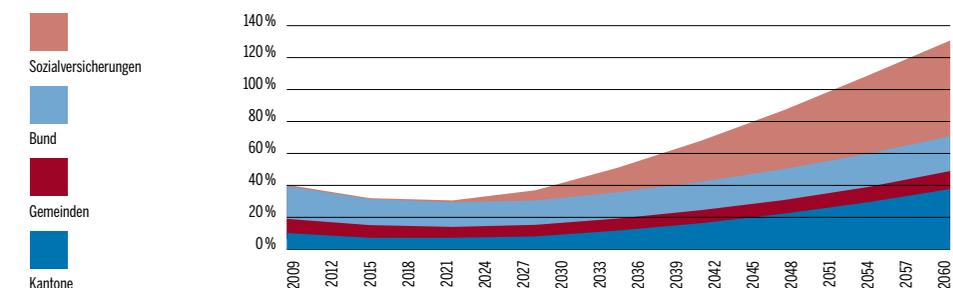


Trend bei den Schulden des Bundes (brutto)



Sozialwerke als Zeitbombe

Schuldenquote, in Prozent des BIP



Im Asylwesen, bei der Verwaltung und der Armee soll am meisten gespart werden.

Studie an fünf Psychologen und eine Ethnologin vergäbe.

Dänisches Modell

Wie aber könnte eine Schuldenbremse bei der AHV funktionieren? In Dänemark ist zum Beispiel eine fixe Rentenbezugsdauer festgesetzt. Steigt die Lebenserwartung, erhöht sich damit auch automatisch das Renteneintrittsalter. Daneben könnten auch die Rentenhöhe und der Beitragssatz angepasst werden, falls beim AHV-Fonds eine noch zu definierende kritische Schwelle unterschritten wird. Durch Veränderung der drei Parameter liesse sich verhindern,

dass die Altersvorsorge wegen der Bevölkerungsentwicklung nicht mehr zu finanzieren ist. Die politische Entscheidung über die Kombination von Rentenalter, Bezugsdauer und Beitragssatz wäre dann wohl ein für allemal gefällt. Diese Grössen könnten sich dann nur noch gemäss den Regeln der Schuldenbremse verändern. Bleiben würde aber das System, dass zukünftige Generationen die Sünden der Vergangenheit auszubaden haben: Bei fortgesetzt wachsender Lebenserwartung gingen die Jüngeren später in Pension als ihre Eltern. Das Prinzip der Umlage von Jung zu Alt, von Erwerbstätigen zu Rentnern, würde letztlich nicht angetastet. ○

Suche nach dem Killer-Gen

Was treibt Gewaltverbrecher zur Tat? Können potenzielle Serienmörder erkannt werden? «Die Saat der Sünde ist im Gehirn angelegt», sagt Neurokriminologe Adrian Raine. In seinem neuen Buch schickt er die Leser auf eine faszinierende Reise in den Körper von Verbrechern. *Von Urs Gehriger*

«Einer dieser Meinungsforscher wollte mich testen. Ich genoss seine Leber mit ein paar Fava-Bohnen, dazu einen ausgezeichneten Chianti.»
Hannibal Lecter

Nach Gewaltverbrechen bleiben die Angehörigen der Opfer und die Öffentlichkeit ratlos zurück. Warum vergewaltigte der letzte Woche zu lebenslanger Verwahrung verurteilte Martin Wenger 27 Frauen? Was hat den verurteilten Mörder Claude Dubois getrieben, als er im Mai die neunzehnjährige Marie verschleppt und erwürgt hat?

Lange galten Gewaltverbrecher ausschliesslich als Produkt widriger sozialer Umstände. Für Adrian Raine, Kriminologe an der University of Pennsylvania in Philadelphia, steht hingegen fest: «Die Saat der Sünde ist im Hirn angelegt.» Verbrecher hätten meist klar feststellbare natürliche Defekte, welche ihre Taten auslösen, schreibt er in seinem neuen Buch «Anatomy of Violence».

Gibt es tatsächlich *natural born killers* – Menschen, die als Verbrecher geboren werden? Die Debatte über das «Killer-Gen» nahm ihren Anfang vor genau 47 Jahren mit einer grausigen Bluttat, die die Welt entsetzte: In der Nacht vom 13. auf den 14. Juli 1966 überfiel Richard Speck, mit einem Messer bewaffnet, ein Schwesternwohnheim in Chicago. Er fesselte die acht anwesenden Schwesternschülerinnen, schleppte sie in verschiedene Räume und ermordete sie, eine nach der anderen. Einige erdrosselte er, andere erstach er, mindestens eine der jungen Frauen vergewaltigte er zuvor, wie eine Schwester bezeugte, die Speck entkommen war und sich unter einem Bett versteckte.

«Geboren, um Unheil anzurichten»

Nach dem Todesurteil kamen bald Zweifel an Specks Schuldfähigkeit auf. Gefängnisärzte glaubten im Erbgut des Massenmörders einen genetischen Defekt entdeckt zu haben: ein doppeltes männliches Y-Chromosom. Rund ein Jahr vor Specks Tat hatte die schottische Medizinerin Patricia Jacobs in der Fachzeitschrift *Nature* eine Studie veröffentlicht, wonach ein «überzähliges männliches Geschlechtschromosom seinen Träger aussergewöhnlich aggressiv machen» könne. Hatte seine genetische Anomalie Speck zum Serienkiller gemacht? War er wirklich «geboren, um Unheil anzurichten», wie der auf seinen linken Arm tätowierte Spruch lautete («Born to raise hell»)?

Zahlreiche Wissenschaftler haben sich seither mit dieser Frage befasst. «Heute ist die Existenz einer starken genetischen Disposition für Kriminalität fest etabliert», schreibt Raine. «Mehr als hundert Studien über Zwillinge und adoptierte Kinder haben bestätigt, dass bei rund der Hälfte der Probanden ein aggressives und antisoziales Verhalten auf genetische Ursachen zurückzuführen ist.»

Tiefer Puls als Merkmal

Besonders interessant ist der Befund einer Studie, die 1984 in Dänemark durchgeführt wurde: Untersucht wurden Kinder von kriminellen Eltern, welche bei Pflegefamilien in gutem sozialem Umfeld aufwuchsen. Sie wurden auch dann überdurchschnittlich häufig straffällig, wenn sie bereits im Säuglingsalter von gesetzestreuem Pflegeeltern adoptiert worden waren. Und: Je höher die Kriminalitätsrate bei den biologischen Eltern war, desto höher war

Statt wie normalerweise XY laute Mörder Richard Specks Chromosomen-Kombination XYY.

die Wahrscheinlichkeit, dass auch ihre Kinder – selbst unter idealen Erziehungsbedingungen – ein kriminelles Verhalten aufwiesen.

Ausschlaggebend für diese kriminelle Veranlagung sei das Gen Monoaminoxidase-A (MAOA), auch «Krieger-Gen» genannt. Es spielt eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Hirnbotenstoffen wie Serotonin. Serotonin ist ein Stimmungsstabilisator, eine der biologischen Bremsen für impulsives, gedankenloses Verhalten. So neigt ein Mensch mit tiefem Serotoninspiegel zu Gewalt.

Raine betont, dass damit der Beweis für die Existenz eines speziellen Killer-Gens nicht erbracht sei. Allerdings sei es der Wissenschaft gelungen, bei Kriminellen ein klares Defizit in gewissen Hirnregionen aufzuzeigen. Affektmörder zum Beispiel tendieren zu einem schwächer ausgebildeten Präfrontallappen. An der Stirnseite des Gehirns gelegen, ist der Präfrontallappen der «Schutzengel», der impulsives, enthemmtes Verhalten und Stimmungsschwankungen kontrolliert und zuständig ist für planvolles Handeln.

Kriminologe Raine fand in Gehirnen verurteilter Mörder eine stark reduzierte Aktivität des Präfrontallappens vor. Der Defekt hat eine emotionale Erregung bis zu extremer Gereiztheit

und Nervosität zur Folge, die nicht reguliert werden. Gewisse Mörder sind demnach also weniger als andere Menschen in der Lage, sich in Stresssituationen zu kontrollieren.

Raine nennt einen interessanten Nebeneffekt dieses Hirndefekts: niedriger Pulsschlag. So schlug etwa das Herz des als «Unabomber» bekanntgewordenen Theodore Kaczynski im Ruhezustand nur 54-mal pro Minute – 97 Prozent der Bevölkerung haben einen höheren Puls. Gemäss Raine ist ein tiefer Ruhepuls ein zuverlässiger Indikator für kriminelles Potenzial, das man so schon im Kindergartenalter feststellen könne. Als biologischer Marker für kriminelles Verhalten sei er akkurater als zum Beispiel das Rauchen für Lungenkrebs.

Nicht jeder Mensch mit einem besonderen Hirnprofil ist ein potenzieller Mörder, und nicht jeder Mörder weist dieselbe Hirnstruktur auf. Jene, die ihr Verbrechen lange im Voraus planen – wie die Zarnajew-Brüder, welche den Anschlag auf den Boston-Marathon verübt haben –, verfügen mit grosser Wahrscheinlichkeit über einen intakten Präfrontallappen. Sie müssen ihr Leben diszipliniert führen, um die Tat lange im Voraus zu planen. Ähnlich verhält es sich mit Serienmördern oder Geiselnehmern, die ihr Doppelleben und ihre Schandtaten langfristig vor der Umwelt verbergen wollen wie der Österreicher Josef Fritzl, der seine Tochter 24 Jahre lang in einer unterirdischen Wohnung gefangen hielt und vergewaltigte.

Die Entstehung der Angst

Wo hingegen liegt der Defekt bei einem kaltblütigen Psychopathen? Um dies zu erklären, stösst Raine tiefer ins Innere des Hirns, in die Amygdala, vor. Die Amygdala ist wesentlich an der Entstehung der Angst beteiligt und spielt eine zentrale Rolle bei der Analyse möglicher Gefahren. Raine verweist auf eine Studie, die er 2009 bei 27 Psychopathen durchgeführt hat, welche er in Los Angeles bei Agenturen für Temporärarbeit rekrutiert hatte. Rund ein Prozent unter uns sind Psychopathen, die typischerweise durch furchtloses, asoziales und gewissenloses Verhalten auffallen. Bei den Test-Psychopathen in Los Angeles hat Raine eine um achtzehn Prozent kleinere Amygdala vorgefunden. Weitere Forschungsstudien haben gezeigt, dass dieselbe Hirnregion bei Psychopathen signifikant weniger aktiv ist, wenn sie über moralische Themen nachdenken. Auf kognitiver Ebene wissen



«Dazu einen ausgezeichneten Chianti»: Psychopath Hannibal Lecter (Anthony Hopkins) in «Das Schweigen der Lämmer».

Psychopathen, was richtig und falsch ist, aber sie fühlen es nicht.

Einen weiteren Hinweis auf ein kriminell veranlagtes Hirn findet Raine in der Hirnmitte, dem Corpus callosum, einer grossen, quer verlaufenden Verbindung zwischen den beiden Hirnhälften des Grosshirns. Rund 250 Millionen Nervenfasern sind hier für die Kommunikation zwischen den beiden Seiten verantwortlich. Wissenschaftler sind heute in der Lage, das Corpus callosum auszumessen. Bei Psychopathen wurde ein erheblich grösseres Volumen festgestellt als bei normalen Menschen.

Welchen Einfluss hat dieser Befund auf das Verhalten eines Serienmörders? Durch das erhöhte Volumen kommt es zu einer intensivierte Kommunikation zwischen den Hirnhälften. Dadurch wird die linke Hirnhälfte überstrapaziert, die für die Verarbeitung von sprachlichen Inhalten zuständig ist. Dies erklärt, warum Psychopathen oft sehr eloquent auftreten und über eine ausgeprägte Fähigkeit zum Charmieren, Beleidigen und Manipulieren verfügen.

Eine beklemmende Kostprobe davon liefert der Serienmörder Hannibal Lecter in dem Film «Das Schweigen der Lämmer»: «Ach, Agentin Starling, denken Sie etwa, Sie könnten mich mit diesen plumpen Mitteln analysieren?», höhnt er durch das Panzerglas sei-

ner Hochsicherheitszelle. «Einer dieser Meinungsforscher wollte mich testen. Ich genoss seine Leber mit ein paar Fava-Bohnen, dazu einen ausgezeichneten Chianti.» (Auch Daniel Hofmann, der 2009 das 16-jährige Au-pair Lucie ermordete, attestierten Experten, er habe sich die Sprache der Therapeuten in frappierender Perfektion angeeignet.)

Raines Publikation ist keine bahnbrechende neue Studie, sondern ein populäres Sachbuch, in dem er die relevanten Studien zum Thema zu einer eindrücklichen Karte des kriminellen Hirns zusammenfügt. Dabei blendet Raine auch den Einfluss der Umwelt, von Armut, Vereinsamung, Bildung und Ernährung, auf kriminelles Verhalten nicht aus. So beschädigt offenbar bleihaltige Nahrung in jüngstem Alter die Stirnbeinregion, welche das Verhalten reguliert.

Jeder Mann zum Hirn-Scan

Raines Fokus jedoch liegt auf der Neurokriminalologie. Sie habe das Verständnis revolutioniert, was tatsächlich «schlechtes» Verhalten auslöse. Doch damit sieht er den Zweck der Wissenschaft nicht erfüllt. Raine plädiert dafür, das neugewonnene Wissen zum Kampf gegen das Verbrechen durch Frühdiagnosen effizient zu nutzen. Dass Prognosen funktionieren, zeigt eine aktuelle Studie an der Uni-

versität von New Mexiko. Durch Hirn-Scans bei 96 Häftlingen im Gefängnis des US-Bundesstaates konnte korrekt vorausgesagt werden, welche der Delinquenten nach der Haftentlassung erneut ein Gewaltverbrechen begehen werden.

Das Thema hat den kleinen Kreis von Kriminalisten, Ethikern und Romanautoren verlassen. Bald wird sich die Gesellschaft heikle Fragen stellen müssen: Sollten gewaltauffälligen Menschen präventiv DNA-Analysen und Hirnvermessungen verordnet werden, um Leben unschuldiger Menschen zu retten? Oder umgekehrt: Kann ein Neurowissenschaftler die Tat eines Sexualstraf Täters mit dem Argument rechtfertigen: «Er konnte nicht anders, es ist neurobiologisch bedingt», und damit auch eine Strafmilderung fordern?

Raine, der selbst einen «gefährlich» tiefen Ruhepuls von 41 aufweist, lässt keinen Zweifel, wo er steht. Zum Schluss des Buches lässt er den Blick in die Zukunft schweifen. Der einst würden sich alle Männer mit achtzehn Jahren einem Hirn-Scan unterziehen müssen. Wer eine extrem hohe Verbrechenveranlagung aufweise, müsse auf unbestimmte Zeit verwahrt werden.

Adrian Raine: The Anatomy of Violence – The Biological Roots of Crime. Pantheon, 496 S.

Das Europa der Menschenrechte

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wurde nach dem Krieg geschaffen, um die Grundrechte der Bürger zu schützen. Heute greift er immer direkter in die Gesetzgebung seiner Mitgliedstaaten ein. Auch die Schweiz ist betroffen. *Von Thierry Baudet und Rüdiger Trebels (Illustrationen)*

Nebst dem Europa in Brüssel, der EU, gibt es noch ein anderes Europa: das Europa des Europarates mit Sitz in Strassburg. Es sind zwei völlig verschiedene Organisationen, die man nicht miteinander verwechseln darf. Der Europarat hat 47 Mitgliedstaaten, die EU 28. Der Europarat hat keine Euro-Währung und beschäftigt sich nicht mit dem internen Markt. Zwar hat der Rat einen Kommissar, der Themen traktandieren kann und Rapporte produziert, und er hat einen Gerichtshof, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). An diesen können sich Einwohner der Mitgliedstaaten des Europarates wenden, wenn sie sich in ihren Menschenrechten verletzt fühlen. Dieser Gerichtshof ist das weitaus wichtigste Organ des Europarates, und er nimmt Klagen von Einwohnern der Mitgliedstaaten entgegen, welche die Verletzung derartiger Menschenrechte an den Pranger stellen. Als Idee ganz bestimmt lobenswert.

Das Problem ist jedoch, dass Menschenrechte der Inflation ausgesetzt sind. Der Gerichtshof hat mittlerweile eine Warteliste von mehr als 150 000 Verfahren. Er fällt durchschnittlich mehr als drei Entscheidungen pro Tag. Und er gerät immer öfter in Konflikt mit Regierungen von Mitgliedstaaten, wenn er demokratisch abgesegnete Verfahren für mit den Menschenrechten unvereinbar erklärt. Kürzlich gerieten beispielsweise die Schweiz, die Niederlande und Italien in Konflikt mit dem Gerichtshof. Das Vereinigte Königreich zweifelt unterdessen öffentlich am Existenzrecht des EGMR.

Aber bevor wir weiter darauf eingehen, müssen wir zuerst den Begriff «Menschenrechte» etwas näher untersuchen.

Gibt es «universelle Menschenrechte»?

Denn darüber besteht noch einige Begriffsverwirrung. Viele, die von «universellen Menschenrechten» sprechen, meinen etwas anderes, als sie tatsächlich sagen. Oft geht es nicht um Rechte im juristischen Sinn, sondern um humanitäre Grundsätze, christliche Prinzipien oder naturrechtliche Überzeugungen. «Menschenrechte» ist der gemeinsame Nenner für grundsätzliche Prinzipien der Gerechtigkeit geworden. Genozid, Unterdrückung, schwerer Machtmissbrauch – es ist zur Gewohnheit geworden, unsere Missbilligung dieser Erscheinungen als Verletzung von Rechten zu bezeichnen. Wir sprechen von schweren Menschenrechtsverletzungen, wel-

che in einem Krieg in Afrika vorkommen. Wir werfen dem Regime in Burma vor, es «trete fundamentale Rechte mit den Füßen».

Die Verwendung des Wortes «Rechte» in diesem Sinn ist metaphorisch. Es wird nicht auf real bestehende Rechte verwiesen, die man im Juristenjargon «positivierte» oder «positive Rechte» nennt (vom lateinischen «ponere», «niederlegen» oder «ausfertigen»). Von positivem Recht wird nämlich erst gesprochen, wenn Rechte in einer gesetzlichen Bestimmung festgelegt sind – wie zum Beispiel in der Europäischen Menschenrechtskonvention – und wenn man in der Folge das Recht bei einem Richter, der einen als Rechtssubjekt anerkennt, geltend machen kann.

Spricht man von «universell geltenden Menschenrechten», würde das – juristisch gesehen – bedeuten, dass alle Menschen – weltweit – den gleichen Anspruch hätten auf eine Anzahl für jedermann, immer und überall geltender Rechte. Derartige Menschenrechte wurden nie in einem Vertrag festgelegt. Es gibt ebenso wenig einen Weltrichter, welcher einheitliche Anwendung gewährleistet. Die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» von 1948 hat keine juristische Geltung. Es ist eine Erklärung und kein Vertrag. Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt, IPBPR) und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt, IPWSKR), beide 1966 geschlossen, erheben nicht den Anspruch, Menschenrechte zu kodifizieren, sondern Bürgerrechte, politische Rechte, wirtschaftliche Rechte und so weiter. Ferner haben diese Verträge auch keine Direktwirkung auf die nationalen Rechtsordnungen.

Im Übrigen umfassen diese Rechte ein derart breites Spektrum, dass von einem «universellen Kern» fundamentaler Gerechtigkeit kaum die Rede sein kann. Sogar das ominöse Recht von Gefangenen auf Besserung und Wiedereingliederung (Art. 10 Abs. 3 IPBPR) wird prokla-

miert, ebenso das Recht berufstätiger Mütter auf bezahlten Urlaub, das Recht auf einen «angemessenen Lebensstandard», das Recht, «vor Hunger geschützt zu sein» sowie das «Recht auf höchstmögliche körperliche und geistige Gesundheit» (Art. 10, 11 und 12 IPWSKR).

Es ist evident, dass diese Rechte keine universellen, äussersten Grenzen der Gerechtigkeit abstecken. Sie sind allenfalls lobenswerte Verhaltensvorschläge (auch wenn «Besserung



Eine globale Interpretation von Menschenrechten würde auf

von Strafgefangenen» an den Archipel Gulag erinnert), sie «universelle Menschenrechte» zu nennen, ist Karikatur. Noch wichtiger aber: Diese Rechte können nicht zentral erzwungen werden. Es gibt eben keinen Weltrichter, geschweige denn eine Weltpolizeimacht. Deswegen wird ihre Interpretation von Land zu Land unterschiedlich sein. Länder wie Chile oder Ghana haben andere Standards von «höchstmöglicher körperlicher und geistiger Gesundheit» als die Schweiz und Schweden. China und Saudi-Arabien verstehen unter «Besserung von Strafgefangenen» etwas anderes als wir. Von universell existierenden Rechten kann, wie auch immer, keine Rede sein.

Aber nicht nur, weil sie nie kodifiziert wurden und auch nie erzwungen werden können, gibt es keine universellen Menschenrechte. Angenommen, wir würden sie kodifizieren und zen-

tral durchsetzen, dann würden sie unvermeidbar im Widerstreit sein mit unseren demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien.

Dies deshalb, weil selbst die Anwendung der grundlegendsten Rechte immer richterliche Abwägung und Entscheidung verlangt. Die Einführung universeller Menschenrechte würde nicht nur einen regelrechten Vertrag sowie einen Weltgerichtshof voraussetzen, sondern auch eine kulturelle Einheitlichkeit erfordern. Angenommen, man macht aus dem «Recht auf Leben» ein universelles Menschenrecht: Bedeutet dies dann ein Verbot von Abtreibung und Euthanasie? In vielen Kulturen ist dies die herrschende Auffassung. Oder bedeutet es ein Verbot der Todesstrafe? Europäer (zumindest die Angehörigen der europäischen Elite) sind sehr wohl dieser Meinung, viele Amerikaner nicht. Für Sozialisten würde

Recht auf Leben in jedem Fall natürlich kostenlose Gesundheitsversorgung und Gratismedikamente für jedermann bedeuten. Erfordert Recht auf Leben bei näherer Betrachtung nicht, dass der Staat die primären Lebensbedürfnisse für alle garantiert? Passiv zuzuschauen, während jemand stirbt, ohne ihm Hilfe zu leisten, käme doch Mord gleich?

Oder nehmen wir das Diskriminierungsverbot. Würde das nicht die Abschaffung aller Erbmonarchien bedeuten? Eigentlich schon – genau wie die Vorschrift, dass amerikanischer Präsident nur werden kann, wer in Amerika geboren ist. Weil kein einziger Mensch genau gleich ist wie ein anderer, ist das Diskriminierungsverbot theoretisch endlos in seiner Anwendung (und ebenso kollidiert «Chancengleichheit» beispielsweise mit der Existenz von Familien und Privateigentum). Das Diskriminierungsverbot gerät fortwährend in Konflikt mit klassischen Freiheitsrechten wie der Vereinsfreiheit, der Meinungsäußerungsfreiheit, der Gewissens- und der Religionsfreiheit. Wo genau liegt die Grenze? Wie müssen wir diese miteinander kollidierenden Prinzipien gegeneinander abwägen?

Kurz und gut: Ein juristisches Konzept universeller Rechte erfordert ein zentralisiertes Interpretationssystem. Und eine solche Interpretation ist derart abhängig von regionalen Kulturunterschieden und der Interpretation durch Richter, dass eine globale («universelle») Interpretation von Menschenrechten auf eine Diktatur im Weltmassstab hinauslaufen würde.

Darum ist es nur gut, dass im juristischen Sinn keine universellen Menschenrechte existieren – es würde das Ende unserer Freiheit bedeuten.

Das Problem der Verfassungsgerichtsbarkeit

Wohl gibt es in den meisten Ländern Grundrechte. Sie haben dieselbe Form wie das, was oft unter Menschenrechten verstanden wird: Sie betreffen Meinungsäußerungsfreiheit, Gewissensfreiheit, das Recht auf ein korrektes Gerichtsverfahren und Derartiges. Sie sind indes fundamental anders als Menschenrechte, weil sie keinen Universalitätsanspruch haben, sondern nur Geltung beanspruchen für das Land, in dem sie gelten – und in dessen Kontext.

Und eine der wichtigsten konstitutionellen Debatten, welche seit der Einführung von modernen Verfassungen im Lauf des 18. und 19. Jahrhunderts gewütet haben, wurde über genau denselben Punkt geführt: nämlich über den Status der Grundrechte. Denn auch Grundrechte sind nicht unproblematisch.

Grob unterscheidet man zwei Schulen: Die einen vertreten die Auffassung, Grundrechte müssten Direktwirkung auf die nationale Rechtsordnung haben, die andern wollen den Grundrechten nur eine indirekte Wirkung zuerkennen. Oder auch: diejenigen, welche finden, dass Grundrechte dem Bürger ermöglichen sollten, den Richter anzurufen, um ein konkretes Verhalten oder dessen Unterlassung zu erzwingen (Direktwirkung), und diejenigen, welche der Meinung sind, Grundrechte hätten den Charakter eines Auftrages an den Gesetzgeber, den in den Grundrechten formulierten Prinzipien ernstlich Rechnung zu tragen (indirekte Wirkung).

Was hat man denn von Rechten, so argumentieren viele, die man nicht vor dem Richter durchsetzen kann? Das Problem ist indessen, dass Grundrechte immer mehrfach interpretierbar sind. Ihre Bedeutung ist nie evident. Kurzum, Grundrechte erfordern eine politische Entscheidung. Das ist dann umso eher der Fall, wenn Grundrechte miteinander kollidieren, wie etwa das Diskriminierungsverbot und die Meinungsäußerungsfreiheit bei der Debatte über das multikulturelle Zusammenleben.

Die Frage, wo hier präzise die Grenzen zu ziehen sind, werden viele zu Recht mit politischen und nicht mit juristischen Abwägungen beantwortet sehen wollen, und dies ist denn auch exakt der Grund, warum viele führende Politikphilosophen Gegner der Direktwirkung von Grundrechten waren. Der Gesetzgeber, nicht der Richter, müsse diese Abwägung machen, so lautet die Argumentation. Der Richter wendet Gesetze an, welche die Grundrechte konkretisieren, aber er hält sich fern von politischen Erwägungen über die Reichweite der Grundrechte selbst.

Ein gutes Beispiel für die Gefahr, welche die Verfassungsgerichtsbarkeit mit sich bringt, sind



eine Diktatur im Weltmassstab hinauslaufen.

Bundesgericht

Völkerrecht

Die Lausanner Richter wollen sich mit einem Trick neue Kompetenzen aneignen.

Letzte Woche wurde an dieser Stelle auf einen folgenschweren inneren Widerspruch der schweizerischen Bundesverfassung hingewiesen. Die Verfassung hält einerseits fest, dass Volksinitiativen und Bundesgesetze streng genommen nur dem «zwingenden Völkerrecht» gehorchen müssen. Unter zwingendem Völkerrecht sind vor allem zu verstehen: Folterverbot, Verbot der Todesstrafe, Verbot der Rückweisung von Flüchtlingen in Länder, in denen sie an Leib und Leben gefährdet sind. Schweizer Gesetzesinitiativen, die gegen diese Punkte verstossen, wären zu verbieten.

Gleichzeitig fordert dieselbe Verfassung, dass alle rechtsanwendenden Behörden inklusive Bundesgericht nicht nur ans zwingende, sondern ans Völkerrecht insgesamt gebunden sind. Damit ist nun ein viel weiterer Bereich an internationalem Recht gemeint, zum Beispiel bilaterale Verträge oder die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zusehends expansiv genutzt wird, um sich in nationale Rechtsprechungen einzumischen (siehe nebenstehenden Artikel).

Auch in der Schweiz löst der Konflikt zwischen Völkerrecht und Landesrecht heftige Debatten aus. Was auch nicht verwundert, denn die Schweiz definiert sich als Rechtsgemeinschaft, in der letztlich Volk und Stände und nicht die Richter, schon gar nicht ausländische, das Sagen haben sollen. Die doppelzüngige Bundesverfassung löst diesen Konflikt weniger, als dass sie ihn verschärft.

Wie man nun aus gutunterrichteten Quellen hört, gibt es im Lausanner Bundesgericht einflussreiche Strömungen, die den Verfassungswiderspruch mit einem einfachen Trick lösen wollen: Der Begriff «zwingendes Völkerrecht» soll künftig weiter gefasst werden, um damit völkerrechtliche Bestimmungen insgesamt über den Schweizer Verfassungsgeber zu stellen. Befürchtungen in diese Richtung werden selbst innerhalb des Bundesgerichts als «real» beschrieben. Sollte es tatsächlich so weit kommen, gäbe die Schweiz ihre direkte Demokratie und gesetzgebende Autonomie zu einem erheblichen Teil auf. (RK)

die Vereinigten Staaten von Amerika, wo die Ernennungen der Richter des Supreme Court – exakt wegen ihrer Macht auf diesem Gebiet – politische Ernennungen sind. Diese Richter können nämlich via ihre Rechtsprechung weitreichende Entscheidungen treffen auf Gebieten wie der nationalen Sicherheit (Praktiken auf Guantánamo Bay als «Folterungen» qualifizieren), Ethik (Abtreibung und Euthanasie zulassen oder verbieten), Strafrecht (Todesstrafe zulassen oder verbieten), Immigration (Ausweisung von Asylsuchenden zulassen oder verbieten) und des internationalen Rechts (Verträge als verfassungsmässig erklären oder nicht). Amerikanische Präsidenten, die neue Richter vorschlagen dürfen, wählen Richter aus, deren Auffassungen mit den ihrigen übereinstimmen. Der Senat, der die Ernennungen bestätigen muss, kann sich querlegen, wenn die Mehrheit eine andere politische Auffassung hat, so wie es mit dem von Ronald Reagan vorgeschlagenen Konservativen Robert Bork geschah, dessen Ernennung 1987 vom Senat abgelehnt wurde.

Amerikaner wissen, wo die Richter ihres Supreme Court politisch stehen, und wägen ihre Chancen ab, um bestimmte gewünschte politische Änderungen durchzusetzen, wenn ein Richter ersetzt wird. Um dieser Politisierung des Rechts zu begegnen, kennen beispielsweise die Schweiz und die Niederlande die Verfassungsgerichtsbarkeit nicht.

Der Europäische Gerichtshof

Aber das führt uns unvermittelt wieder zurück zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Entgegen dem ursprünglichen Sinn auch der niederländischen Verfassung wird eine Überprüfung der Verfassungsmässigkeit niederländischer Gesetze durch diesen Gerichtshof ermöglicht, weil die Niederlande 1953 – mit lediglich einfacher Mehrheit – die Europäische Menschenrechtskonvention ratifizierten. Diese verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Auffassungen einer Gesellschaft von «Richtern» (in Anführungszeichen, weil man gemäss Art. 21 EMRK nicht einmal Richter sein muss, um «Richter» in Strassburg werden zu können) eines Gerichtshofs in Strassburg zu akzeptieren.

Gegenwärtig hat der Gerichtshof 47 Mitgliedstaaten, die je einen Richter stellen. Diese Richter werden auf Vorschlag der Mitgliedstaaten durch die parlamentarische Versammlung des Europarates ernannt. Mit einem Richter aus jedem Mitgliedstaat haben Länder wie Monaco und Aserbaidschan gleich viel zu sagen wie Deutschland und Grossbritannien (wobei alles, was bei den Beratungen gesagt wird, natürlich übersetzt werden muss). Die EMRK umfasst einen breiten Fächer von Rechten (in 15 Artikeln) und wird ergänzt durch eine Anzahl Protokolle mit noch mehr Rechten.

Einwohner aus allen Mitgliedstaaten (Bürger und Nichtbürger) können beim EGMR eine

Klage einreichen – immer gegen einen Mitgliedstaat gerichtet. Durch seine Rechtsprechung hat der Gerichtshof in den letzten Jahren überdies seine Jurisdiktion auf militärische Angehörige der Mitgliedstaaten in besetztem Gebiet ausgedehnt. So wurde beispielsweise das Vereinigte Königreich 2011 verurteilt, nachdem irakische Staatsangehörige eine Klage gegen das Verhalten britischer Soldaten während einer Nachtpatrouille in der irakischen Provinz Basra eingereicht hatten.

Die Kriterien, ob eine Klage an die Hand genommen wird oder nicht, sind dabei rein formeller Art: Der innerstaatliche Rechtsweg muss erschöpft sein (Art. 35 Ziff. 1 EMRK), Klagen dürfen nicht anonym eingereicht werden und so weiter. Von einer inhaltlichen Beschränkung der Jurisdiktion des Gerichtshofs beispielsweise auf «ausschliesslich sehr schwere Fälle» ist nicht die Rede.

In Diskussionen über die Legitimität des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte machen die Befürworter oft als Erstes geltend, der Gerichtshof stehe aufkommenden Demokratien wie Bulgarien, Russland und der Türkei bei. Der Gerichtshof biete Journalisten und Dissidenten die Chance, frei an der Debatte teilzunehmen, er trage zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Gefangenen bei, und er stärke die Position von Frauen.

Es trifft in der Tat zu, dass der Gerichtshof den erwähnten Staaten regelmässig auf die Finger klopft – wobei die Entscheide oft negiert werden, indem die zugesprochenen Schadenvergütungen nicht ausbezahlt werden oder indem ein verlangter Zusatz zur Gesetzgebung nicht zustande kommt.

Der Gerichtshof macht aber viel mehr, als nur aufkommenden Demokratien beizustehen. Er richtet sich oft auf Westeuropa und zwingt erwachsene Demokratien mit einem funktionierenden Rechtsstaat dazu, ihre demokratisch zustande gekommenen Verfahren zu überprüfen. Der EGMR greift nicht nur bei Folterungen oder dem Verschwinden von Menschen ein, bei obskuren Behördenpraktiken oder bei unverhüllten ethnischen Säuberungen, sondern auch bei so alltäglichen Themen wie dem Stimmrecht für Gefangene, Einrichtungen im öffentlichen Schulwesen, Verfahren bei Hausgeburten, Vorschriften betreffend Hausdurchsuchungen und Polizeiverhöre. Überdies bemüht sich der Gerichtshof um wichtige innerstaatliche Fragen wie Asyl- und Immigrationspolitik, nationale Sicherheit und Terrorismusbekämpfung.

Die Frage ist, warum die Richter in Strassburg freie Bahn haben sollten, ihre Auffassungen zu diesen Themen dem Rest von Europa aufzuzwingen – und das findet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte selbst eigentlich auch.

Der Gerichtshof anerkennt, dass die Richter ein äusserst kleines Grüppchen bilden, welches

ausserhalb der Kontrolle nationaler Parlamente steht. Darum hat der Gerichtshof die Doktrin der «margin of appreciation» entwickelt, als Hilfsmittel zur Unterscheidung zwischen fundamentalen Fragen, welche weiterhin unter die Jurisdiktion des EGMR fallen sollen, und weniger fundamentalen, eher alltäglichen Fragen, welche der nationalen Ebene von Rechtsprechung und Politik vorbehalten bleiben sollten.

Gemäss der «margin of appreciation» behalten Mitgliedstaaten ihren eigenen Interpretationsspielraum. Der Gerichtshof würde so nur eine «marginale Prüfung» vornehmen und ausschliesslich als ultimativer Wachhund über das grundsätzlichste Recht zum Einsatz kommen. In den Worten des niederländischen Richters am EGMR, Egbert Myjer, gewährt der Gerichtshof eine Art Garantie für europäische Minimalstandards: «solange ein Staat nur nicht durch die europäische Minimalnorm fällt». Das tönt natürlich prächtig. Das Problem ist allerdings, dass der Gerichtshof den Spielraum dieser «margin of appreciation» selbst bestimmt. Mit der Folge, dass der Gerichtshof immer mehr Fragen in seinem Kompetenzbereich ansiedelt.

Leonard Hoffmann, vormaliger Richter am britischen Supreme Court, formuliert es so: «In der Praxis hat der Gerichtshof für Menschenrechte die Doktrin von der «margin of appreciation» lange nur ungenügend angewendet. Er konnte der Versuchung nicht widerstehen, die Jurisdiktion stets weiter auszudehnen und den Mitgliedstaaten uniforme Regeln aufzuerlegen.» So hat der Gerichtshof Grossbritannien wegen der Weigerung verurteilt, verurteilten Straftätern während ihres Gefängnis-aufenthalts das Stimmrecht zu gewähren. Und dies, während der britische Supreme Court befunden hatte, es bestehe in demokratischen Gesellschaften ein breites Spektrum von Einschränkungen und das Vereinigte Königreich sei irgendwo in der Mitte dieses Spektrums. Im Verlauf der Zeit werde diese Haltung verschoben werden können, aber die Position innerhalb dieses Spektrums sei ganz klar eine Sache des Parlaments und nicht der Gerichte.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sah dies anders und hielt zudem fest, es gebe keinen Beweis dafür, dass das Parlament je versucht habe, zu einer Abwägung widersprüchlicher Interessen zu kommen oder die Verhältnismässigkeit eines allgemeinen Stimmverbotes für verurteilte Gefangene zu überprüfen; möglicherweise könne angenommen werden, dass das Parlament, indem es sich dafür ausgesprochen habe, noch nicht verurteilte Gefangene von der Aberkennung des Stimmrechts

auszunehmen, implizit die Notwendigkeit bekräftigt habe, die Einschränkungen des Stimmrechts für verurteilte Gefangene weiterzuführen. Dennoch könne nicht behauptet werden, die Mitglieder der gesetzgebenden Gewalt hätten auch nur eine einzige substanzielle Debatte geführt im Lichte der heutigen Strafrechtspolitik und der heutigen Massstäbe für Menschenrechte über die dauernde Rechtfertigung des Weiterführens einer so allgemeinen Einschränkung des Stimmrechts von Gefangenen.

Es ist, zurückhaltend ausgedrückt, bemerkenswert, dass ein supranationaler Gerichtshof sich nicht nur ein Urteil über das Strafrechtssystem eines Mitgliedstaates anmasst, sondern sich auch noch in weitläufigen Betrachtungen ergeht über die Qualität nationaler parlamentarischer Beratungen.



Verhaltensvorschläge werden zu «universellen Menschenrechten».

2010 konstatierte der EGMR, das Vereinigte Königreich habe seine Gesetzgebung über das Stimmrecht von Gefangenen – entgegen dem Willen des Gerichtshofs – immer noch nicht angepasst, worauf er die eigenen Auffassungen in dieser Sache noch einmal bekräftigte und zum Schluss kam, dass «der beklagte Staat Gesetzesvorschläge [...] einzureichen hat innert sechs Monaten nach dem Datum, an welchem dieses Urteil rechtskräftig wird». Einige Tage vor dieser Entscheidung des Gerichtshofs hatte der britische Premier David Cameron erklärt, er werde «physisch unpässlich» beim Gedanken, dass Gefangene ein Stimmrecht erhalten sollten, und er erhielt für seinen Widerstand gegen die Anpassung der entsprechenden Bestimmungen im britischen Strafrecht die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit des Parlaments. Aber dies war für den Gerichtshof kein Anlass, seinen eigenen Standpunkt zu überdenken.

Das britische Parlament stimmte im Februar 2011 mit einer Mehrheit von 234 gegen 22 für die Anwendung des Stimmrechtsverbots für Gefangene. Im April 2011 verwarf der EGMR mit einer anonymen Kammer von fünf Mitgliedern das britische Ersuchen, bei der Grossen Kammer Berufung einzureichen, womit das angefochtene Urteil rechtskräftig und dem Vereinigten Königreich die Verpflichtung auferlegt wurde, vor dem 11. Oktober seine Gesetzgebung zu ändern.

In der Sache Tyrer versus Vereinigtes Königreich erklärte der Gerichtshof 1978 erstmals, dass «die Konvention ein lebendiges Instrument ist, welches [...] im Lichte der heutigen Verhältnisse ausgelegt werden muss» – was bedeutete, dass sich der Gerichtshof nicht mehr länger einer strikt wörtlichen Interpretation des Konventionstextes verpflichtet fühlte.

Die Folge war, dass der Gerichtshof die unter seine Jurisdiktion fallenden Rechte immer grosszügiger interpretierte. «Der Strassburger Gerichtshof hat sich selber eine ausserordentliche Macht verliehen, um in den Rechtssystemen der Mitgliedstaaten des Europarates Mikromanagement zu betreiben», so Lord Hoffmann im Jahre 2011.

So urteilte der Gerichtshof, der somalische Asylbewerber Salah Sheekh dürfe nicht aus den Niederlanden ausgewiesen werden, weil eine Ausweisung einen Eingriff in sein Recht, nicht gefoltert zu werden, bedeuten würde. Die niederländische Immigrationsbehörde war zuvor zum Schluss gelangt, dass für Salah Sheekh kein Risiko bestand, gefoltert zu werden. Und so wurde ein nationales Immigrationsverfahren, das nach einer ausgedehnten öffentlichen Debatte zustande gekommen und schliesslich durch ein demokratisch gewähltes Parlament ausgeformt worden war, schlicht ausgehebelt.

Auf der gleichen Linie liegt der Entscheid, mit welchem die Kleine Kammer des Gerichtshofs unlängst der Schweiz mit 5 gegen 2 Stimmen untersagte, einen mehrfach verurteilten nigerianischen Drogendealer und Sozialhilfeempfänger auszuweisen. Da der Mann mit seiner Ex-Frau Zwillingstöchter habe, sei es «von übergeordnetem Interesse», dass die Kinder in der Nähe ihres Vaters aufwachsen könnten. Der Beispiele sind Legion, und das Spannungsfeld zwischen nationalen Abwägungen und den ethischen Anwandlungen des Gerichtshofs ist endlos.

So entschied der EGMR in der Rechtssache Lautsi versus Italien anfänglich, dass die obligatorischen Kruzifixe in den Klassenzimmern öffentlicher Schulen in Italien eine Verletzung des Rechts auf Religionsfreiheit (Artikel 9

EMRK) darstellten, zusammen mit Artikel 2 des ersten Protokolls, welches verlangt, dass «der Staat das Recht der Eltern auf Erziehung und Unterricht in Übereinstimmung mit ihren eigenen religiösen und philosophischen Überzeugungen respektieren soll», und verurteilte Italien zur Bezahlung von 5000 Euro für «immateriellen Schaden».

Das Urteil erfolgte einstimmig, und die Wahl des Entscheids war sehr dezidiert und kritisch: «Der Gerichtshof erwägt, dass die Anwesenheit eines Kreuzifixes in Klassenzimmern die Verwendung von Symbolen in einem spezifischen historischen Kontext übersteigt [...]. Der Gerichtshof erkennt, wie ausgeführt, dass es unmöglich ist, Kreuzifixe in Klassenzimmern nicht zu bemerken. [...] Die Anwesenheit eines Kreuzifixes kann durch Schüler jeden Alters leicht als religiöses Symbol gedeutet werden [...]. Was für manche religiöse Schüler ermutigend sein kann, kann für Schüler, welche einem anderen Glauben oder gar keiner Religion anhängen, emotional störend sein. Dieses Risiko ist insbesondere bei Angehörigen einer religiösen Minderheit hoch.»

Im Berufungsverfahren warf der Gerichtshof seine eigene Schlussfolgerung völlig über den Haufen. Mit einer grossen Mehrheit von 15 gegen 2 kam der Gerichtshof nunmehr unvermittelt zum Schluss, es liege keine Verletzung der Menschenrechtskonvention vor.

Diesmal urteilte der Gerichtshof, dass «der Entscheid, eine Tradition fortzusetzen oder nicht, im Prinzip in den Ermessensspielraum des beklagten Staates fällt». Überdies befand der Gerichtshof, dass «ein Kreuzifix an der Wand im Wesentlichen ein passives Symbol ist». Er fügte dann noch folgende Schlussfolgerung an:

«Der Gerichtshof verfügt über keinen Beweis, dass das Anbringen eines religiösen Symbols an den Wänden eines Klassenzimmers Einfluss auf die Schüler haben kann, und kann deshalb redlicherweise nicht feststellen, ob dieses Symbol einen Effekt hat oder nicht auf junge Menschen, deren Überzeugungen noch nicht ausgeformt sind.»

Der Gerichtshof erinnerte die Klägerin überdies daran, dass sie «als Elternteil das volle Recht behält, ihre Kinder aufzuklären und zu beraten, ihre natürlichen Funktionen als Erzieherin auszuüben und sie entsprechend ihren eigenen philosophischen Überzeugungen zu leiten».

Zwei andere Beispiele der Ambivalenz des Gerichtshofs sind die Verfahren von *Pye versus Vereinigtes Königreich* und *Hatton versus Vereinigtes Königreich*. Im ersten Verfahren beugte sich der Gerichtshof über die Frage, ob die britischen Verjährungsregeln für Grundbesitz im Widerstreit seien mit dem Recht auf

Schutz des Eigentums (Artikel 1 des ersten Protokolls). Anfänglich lautete der Entscheid des Gerichtshofs, es liege tatsächlich ein Widerstreit vor, aber in der Folge fand die Grosse Kammer, England habe doch das Recht, selber über derartige Fragen zu bestimmen.

Im zweiten Verfahren entschied der Gerichtshof mit 5 gegen 2 Stimmen, dass die Nachtflugverordnung für den Flughafen Heathrow, welche der zuständige britische Minister aufgrund seiner Einschätzung der nationalen wirtschaftlichen Interessen und in Absprache mit dem Parlament erlassen hatte, das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens der Anwohner in der Umgebung des Flughafens verletze (Artikel 8 EMRK). Erneut machte die Grosse Kammer diesen Entscheid zunichte, und zwar mit einer Mehrheit von 12 gegen 5.



Nationale Abwägungen sind für den Gerichtshof oft zweitrangig.

Wenn die beiden Kammern des Gerichtshofs derart unterschiedliche Auffassungen haben, wie «universell» können dann die fundamentalen Prinzipien sein, aufgrund derer sie die Streitsache beurteilt haben? Ist es nicht ein Ausgangspunkt eines supranationalen Menschenrechtsgerichtshofs – und war das nicht der Ausgangspunkt des EGMR –, dass er sich ausschliesslich mit den grundlegendsten Prinzipien der Gerechtigkeit befasst? Mit selbstverständlichen oder evidenten Prinzipien sozusagen, mit welchen kein vernünftiger Mensch uneins sein kann?

Die Idee eines supranationalen Menschenrechtsgerichtshofs ist es, dass es bestimmte «fundamentale» Werte gibt, über welche wir uns allemal einig sind – und dass der Gerichtshof diese Werte zu schützen hat –, während eher alltägliche oder diskutabile Fragen in der Befugnis der nationalen Politik bleiben sollen. Es wird immer deutlicher, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sich nicht zum

Ziel setzt, diese bescheidene und äusserst beschränkte Rolle zu spielen.

In einer beträchtlichen Anzahl von Verfahren macht der Gerichtshof mehr, als nur die universellen moralischen Prinzipien, welche unmittelbar von jeder zivilisierten Nation anerkannt werden, in Worte zu fassen. Unverdrossen beginnt der Gerichtshof die EMRK ganz normal als Gesetz auf die Verfahren anzuwenden, die ihm vorgelegt werden – und damit akzeptiert der Gerichtshof diese Gruppe von Richtern aus 47 Staaten faktisch als die höchste Autorität in Fragen, welche einen stets alltäglicheren Charakter erhalten.

Einer der Richter des Gerichtshofs hat sich letzthin sogar dahin gehend geäussert, Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Autobahnen könnten die Verletzung eines universellen Menschenrechts bedeuten. Er bemerkte, dass «es mir schwerfällt, das Argument zu akzeptieren, dass sich Hunderte von Schnellfahrern irren und nur die Regierung im Recht ist».

In anderen Fällen ignoriert der Gerichtshof nicht nur die Regierungen der Mitgliedstaaten, sondern auch deren Richter. So legte der EGMR den Entscheid des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom Tisch, wonach Fotos der Prinzessin von Hannover in der Regenbogenpresse publiziert werden durften. Gemäss dem Europäischen Gerichtshof verletzte das ihr Recht auf Privatleben. Die Fotos bildeten gemäss dem Gerichtshof keinen «Beitrag zu einer Debatte von allgemeinem Interesse». Deutschland, das wohl noch immer seine besondere Vergangenheit beim Beschneiden der Meinungsäusserungsfreiheit im Hinterkopf hat, hatte anders darüber gedacht. Einige werden der Ansicht sein, man könne diese Fotos durchaus publizieren. Andere werden diese Meinung nicht teilen. Wir können trefflich darüber debattieren; diese Fragen sind «der Stoff, aus dem die Politik gemacht ist», um Prospero zu paraphrasieren.

In seinem zustimmenden Votum zur Mehrheitsmeinung bei diesem Entscheid ergriff der slowenische Richter Zupancic übrigens die Gelegenheit, einmal darzulegen, was er von der Meinungsäusserungsfreiheit so hält:

«Ich glaube, die Gerichte haben bis zu einem gewissen Mass und unter amerikanischem Einfluss aus der Pressefreiheit einen Fetisch gemacht [...]. Es ist Zeit, dass das Pendel wieder in die andere Richtung ausschlägt, nach einer Art Gleichgewicht zwischen dem, was privat und abgeschirmt ist, und dem, was öffentlich und nicht abgeschirmt ist. Die Frage ist, wie wir diesem Gleichgewicht Gestalt geben und das kontrollieren können.»

Nett, zu wissen, dass dieser Slowene offenbar so darüber denkt. Meinungsäusserungsfrei-

heit als amerikanischer «Fetisch». Abgesehen von seiner zweifellos politischen Stellungnahme, es sei «Zeit, dass das Pendel wieder in die andere Richtung ausschlägt», ist es auch sehr bemerkenswert, dass er es als eine Aufgabe des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erachtet, diesem Thema Gestalt zu geben und es kontrollieren zu können.

Aus solchen Urteilen geht hervor, dass Strassburg nicht nur immer mehr Jurisdiktion über immer mehr Fragen und in immer mehr Details an sich zieht, sondern für sich auch eine Rolle vorgesehen hat, welche mit dem demokratischen Rechtsstaat ganz bestimmt auf gespanntem Fuss steht. In der Praxis reichen die Entscheide des Gerichtshofs viel weiter. Das kommt daher, dass die Rechtsprechung des Gerichtshofs von nationalen Richtern in nationalen Gerichten als Präzedenz angewendet wird, und zwar auch in Ländern, welche in den betreffenden Verfahren gar nicht Partei waren.

Verbesserungsvorschläge

Diese Situation kann so nicht bestehen bleiben. Just für diejenigen, deren Herz für die Grundrechte schlägt, ist dies tragisch. Der EGMR wurde einst gegründet, um als massgebende Instanz über Menschenwürde und eine anständige politische Ordnung zu wachen. Gerade die Menschen an der Peripherie von Europa, etwa in Rumänien und Bulgarien, und, darüber hinaus, etwa in der Türkei, in Aserbaidschan und Georgien, werden wegen der Enthusiasten eines fortwährend auswuchernden Gerichtshofes im Stich gelassen. Wenn diese Instanz Haupt- und Nebensachen nicht mehr voneinander unterscheiden kann, wenn der Gerichtshof nationale öffentliche Debatten unterminiert und in politischen Fragen Partei ergreift, unterminiert er sich selbst.

Darum ist es Zeit, über Möglichkeiten nachzudenken, den Europäischen Gerichtshof zu reformieren. Inzwischen mache ich einen Anfang mit fünf Vorschlägen:

1 — Richter und Europarats-Offizielle nehmen politisch nicht Stellung

Nebst den bereits erwähnten Stellungnahmen von Richter Stanislav Pavloschi (Geschwindigkeitsbussen als Rechtsverletzung) und Bostjan Zupancic (Meinungsausserungsfreiheit als Fetisch) denke ich hier beispielsweise auch an eine Stellungnahme des niederländischen Richters am Europäischen Gerichtshof, Egbert Myjer, in einem Interview mit *de Volkskrant* (14. Januar 2011). Er erklärte darin, er bedauere, dass man «stets intoleranter» werde. Er schien sich zu stören an der «billigen Rhetorik von Leuten, die sich Menschen mit einer andern

Glaubensüberzeugung [...] überlegen fühlen». Dergleichen Aussagen passen nicht zu einem über den Parteien stehenden Gericht und erfolgen auf Kosten der Autorität der Urteilsprüche dieses Gerichts.

2 — Zweidrittelmehrheit

Weil es ein Angelpunkt eines Menschenrechtsgerichtes ist, dass es über Dinge urteilt, über die man billigerweise nur eine Meinung haben kann, ist es eigentlich nicht mehr als logisch, solche Fragen mit Zweidrittelmehrheit zu entscheiden. Zurzeit erfolgt das jedoch mit einfacher Mehrheit. Um die Schwelle für eine Verurteilung zu erhöhen, soll in Verfahren von untergeordneter Bedeutung oder in denen man getrost geteilter Meinung sein kann, weniger schnell eine Konventionsverletzung an-



Die Richter in Strassburg eignen sich immer mehr Kompetenzen an.

genommen werden können. Damit bleiben die «universellen» Ansprüche des Gerichtshofes besser gewährleistet.

3 — «Inhalt» als Nichtzulassungskriterium

Man kann auch über eine eher formelle Einrede nachdenken, welche Mitgliedstaaten gegen die Zulassung einer Anklage vorbringen können. Dabei könnte, um triviale Verfahren zu verhindern, in den Konventionstext aufgenommen werden, dass eine Sache von «ausreichendem materiellem oder immateriellem Interesse» sein und beispielsweise eine «ernstliche» Verletzung von Rechten darstellen muss (anstelle einer blossen «Verletzung»).

4 — «Politische Debatte» als Nichtzulassungskriterium

Ein weiteres überlegenswertes Nichtzulassungskriterium ist, wenn das Recht oder die

Politik, welche wegen eines möglichen «Widerstreits mit den Menschenrechten» zur Diskussion stehen, Gegenstand einer politischen Debatte sind. Wenn Fragen wie beispielsweise die Asylproblematik oder der Islam und die Integration explizit im Fokus einer aktuellen politischen Debatte sind, dann hat der Gerichtshof weniger Bewegungsfreiheit, sich darüber auszulassen. Wir kennen bereits die Norm, dass sich die Politik nicht zu einem rechtshängigen Verfahren äussern sollte. In Bezug auf den Europäischen Gerichtshof könnten wir an das umgekehrte Prinzip denken: Ist eine nationale politische Debatte im Gang, stehe dem Europäischen Gerichtshof zu, zu schweigen.

5 — Evaluation der Entscheide

Weil der Gerichtshof jährlich Tausende von Verfahren erledigt, wird die Rechtsprechung schon bald unübersichtlich. Hier kann durch eine Evaluation der Entscheide des Gerichtshofs durch die nationalen Parlamente ein beispielsweise jährlicher Check eingebaut werden, wobei sich die nationalen Parlamente explizit zur Wünschbarkeit des vom Gerichtshof eingeschlagenen Kurses äussern können. Das könnte eventuell auch an eine stärkere Rolle des Ministerkomitees oder der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gekoppelt werden.

Schlussfolgerung

Diese Anpassungen sollten die Gefahr eines Wucherns und damit – schlussendlich – einer Aushöhlung des Europäischen Gerichtshofes grösstenteils abwenden. Eine grosse Anzahl der Geschäfte, in welche sich der Gerichtshof heute einmisch, wird er dann als «gemäss nationalen

Vorlieben unterschiedlich» abtun können. Der ursprüngliche Sinn der «margin of appreciation», des Ermessensspielraums also, würde auf diese Weise wiederhergestellt, die zentnerschwere Arbeitslast des Gerichtshofs vermindert, und dieser würde nur noch bei evidenten Formen von Staatsterror eingreifen, solchen von der Art, welche kein zivilisiertes Land gutheissen und kein normaler Mensch billigen könnte. Das war schliesslich auch die Absicht des Gerichtshofs, und allein darin liegt seine Legitimität.

Thierry Baudet, geboren 1983, studierte Recht und Geschichte an der Universität Amsterdam. Nach seiner Promotion dozierte er Rechtsphilosophie, Enzyklopädie der Rechtswissenschaft und Rhetorische Fertigkeiten an der Universität Leiden und der Academia Vitae in Deventer. Baudet ist Verfasser wissenschaftlicher Werke und Kolumnist für das *NRC Handelsblad*. Ferner publizierte er in der französischen Zeitschrift *Commentaire* und dem amerikanischen *City Journal*.

Aus dem Niederländischen von **Christian Huber**



Vollbeschäftigung: Öl-Arbeiter in Williston, North Dakota.

Amerikas Comeback

Die Gas- und Ölförderung durch die Fracking-Technik befeuert den Wirtschaftsaufschwung der USA. Die Supermacht steht besser da als die meisten EU-Staaten, die Arbeitslosigkeit sinkt, die Zuversicht wächst. Die geostrategischen Kräfteverhältnisse verschieben sich. *Von Matthias Rüb*

Sie suchen ein Hotelzimmer in Bismarck? Versuchen Sie es gar nicht erst in Dickinson, etwa anderthalb Autostunden weiter westlich gelegen: Dort ist schon mancher auf der Suche nach einer Ausweichmöglichkeit vollends gestrandet – von Williston, wohin man von Bismarck aus über stark befahrene Strassen in nordwestlicher Richtung rund vier Stunden unterwegs ist, ganz zu schweigen. Gehen Sie lieber nach Manhattan oder in einen anderen New Yorker Stadtteil, dort ist die Suche nach einer Unterkunft im Vergleich zu Bismarck, Dickinson oder Williston ein Kinderspiel. Das gilt für Hotels wie für dauerhafte Bleiben.

Noch vor ein paar Jahren hätten allenfalls in Landeskunde besonders beschlagene Amerikaner zu sagen gewusst, wie die Hauptstadt des Bundesstaates North Dakota heisst. Bismarck nämlich. Die Stadt wurde 1872 gegründet an einem Ort, der damals Missouri Cross-

ing hiess. 1873 taufen die Eisenbahnbarone von der Northern Pacific Railway die Stadt – eigentlich ein Bahnhof – in Bismarck um, zu Ehren des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck. Sie hofften, nach Land hungernde deutsche Einwanderer und vor allem reiche Anleger aus Deutschland nach North Dakota locken zu können. Sie hatten nur mässigen Erfolg dabei. Stattdessen kamen vor allem Habenichtse und Abenteurer, die ihr Glück in den nahegelegenen Black Hills zu machen hofften, wo man Gold gefunden hatte. Der Goldrausch kam und ging.

Magnet für Einwanderer

Und dann wurde North Dakota, was es für Jahrzehnte bleiben sollte: ein Magnet für hartgesottene Immigranten aus Deutschland und Norwegen, aus Böhmen und Russland und sogar aus Island. Die Einwanderer fürchteten

sich nicht vor den langen, kalten Wintern in der Prärie. Die Indianer waren längst in Reservate gepfercht worden, die Büffelherden niedergemäht, und das Land wurde an die Einwanderer buchstäblich verschenkt. Die machten den Präriestaat zur Kornkammer, wo neben allen möglichen Getreidesorten auch Sonnenblumen, Bohnen und Zuckerrüben gediehen. 1890 lebten rund 190 000 Menschen in North Dakota, 1920 waren es schon mehr als 630 000. Das ist nicht viel für einen Flächenstaat, der fast fünfmal so gross ist wie die Schweiz. 1990 lebten in North Dakota genau so viele Menschen wie siebzig Jahre zuvor; an der Einwohnerzahl gemessen, lag der Präriestaat auf einem der letzten Ränge der amerikanischen Bundesstaaten.

Dass Städte wie Bismarck, Dickinson und Williston heute aus allen Nähten platzen, dass North Dakota auch in den schlimmsten Jahren der Rezession von 2007 bis 2009 ein robustes

Wirtschafts- und Jobwachstum verzeichnete, dass dort heute Vollbeschäftigung, ja Arbeitskräftemangel herrscht, hat vor allem einen Grund: Fracking. Zwar wurde die Technik des *hydraulic fracturing*, kurz Fracking, zum Herauslösen von Erdgas und Erdöl aus Schiefer mittels ins Gestein gepresster Flüssigkeit schon vor gut sieben Jahrzehnten entwickelt. Doch den Durchbruch zur industriellen Grossanwendung verdankt das Fracking der erst vor wenigen Jahren entwickelten Technik der horizontalen Tiefbohrung. Dabei werden Bohrlöcher erst kilometertief vertikal ins Erdreich getrieben, ehe dann in grosser Tiefe horizontal weitergebohrt wird. So können riesige Schieferformationen, in denen ungeahnte Mengen an Öl und Gas enthalten sind, erschlossen und profitabel ausgebeutet werden.

Unter North Dakota, dem nördlichen Nachbarstaat Montana sowie der kanadischen Provinz Saskatchewan verläuft die Bakken-Formation. In der Schieferschicht des gut 520 000 Quadratkilometer grossen Gesteinsfeldes sind nach Schätzungen 24 Milliarden Fass (Barrel) Öl und riesige Mengen Erdgas enthalten. Die seit langem bekannte Formation gilt als der weltweit zweitgrösste Ressourcenfund der letzten dreissig bis vierzig Jahre, dessen Öl- und Gasvorräte heute rentabel erschlossen werden können. Allenfalls die Ölreserven in tiefen Gewässern vor der Küste Brasiliens mit einem Umfang von 30 oder gar bis zu 50 Milliarden Barrel sind noch grösser: doch die Brasilianer hinken den Amerikanern Jahre hinterher, was die Ausbeutung ihrer Energieträger betrifft.

Der «schwarze Goldrausch»

Schon jetzt hat die Ölförderung aus der Bakken-Formation dem Bundesstaat North Dakota einen «schwarzen Goldrausch» und den USA insgesamt eine bemerkenswerte wirtschaftliche Renaissance beschert. Unter den zehn amerikanischen Landkreisen mit dem rasantesten Bevölkerungswachstum des vergangenen Jahres sind allein fünf in North Dakota. Aber auch in Texas, wo das Schiefergestein der Eagle-Ford-Formation rund 3 Milliarden Fass Öl enthalten soll, ebenso in Kansas und in Pennsylvania boomt die Energieindustrie. Der Energieboom schafft nicht nur Hunderttausende direkter Arbeitsplätze, er kurbelt die Wirtschaft insgesamt an – von der Stahl- und Schwerindustrie über das Baugewerbe und die Konsumgüterbranche bis zum Bankensektor und zu den Dienstleistungen.

Die Regierung von Präsident Barack Obama schmückt sich gerne mit den beeindruckenden Wachstumswahlen bei der heimischen Energieförderung. Es sind bei genauer Betrachtung aber fremde Federn. Denn fast alle der 150 Bohrtürme, die in North Dakota rund um die Uhr mit drei Schichten betrieben werden und pro Jahr rund 1800 neue Bohrlöcher in

die Bakken-Formation treiben, befinden sich auf Privatland. Anders als in Deutschland und in den meisten anderen europäischen Staaten verfügen in den USA die Besitzer des Landes – in North Dakota meist Farmersfamilien – auch über die Bodenschätze unter ihrem Eigentum. Die allermeisten Farmer lassen die Ölunternehmen gerne auf ihrem Land bohren, denn sie erhalten von der geförderten Menge eine hübsche Lizenzgebühr. Diese Gebühren fliesen auch dann noch, wenn die *rigs* zum Bohren der Löcher längst abgebaut sind – je nach Bohrloch viele Jahre oder gar Jahrzehnte.

Farmer, die in wenigen Monaten zu Millionären werden; frischgebackene College-Absolventen mit Einstiegsgehältern von 100 000 Dollar im Jahr; neue Jobangebote für Facharbeiter, Kraftfahrer und auch ungelernete Arbeiter, wohin das Auge schaut – dies alles hat seinen Preis. Weil es nicht genügend Wohnraum gibt, setzen die Ölfirmen Containersiedlungen in die Landschaft; das Zusammenleben meist junger Männer ohne Familie auf engem Raum führt zu Problemen – von Alkoholmissbrauch über Schlägereien bis zur Zunahme von Prostitution, die fast überall in den USA verboten ist. Der Wasserverbrauch zum Herstellen der Fracking-Flüssigkeit ist enorm, und dass die Mischung aus Wasser und Chemikalien so unbedenklich für die Umwelt ist, wie die Ölindustrie behauptet, glauben nicht alle. Schliesslich ist der Verkehr eine gewaltige Belastung: Weil Pipelines fehlen, wird das Öl mit Lastwagen abtransportiert und dann mit Güterzügen zu den Raffinerien geschafft. Die Kesselwagen, die am Samstag in Lac-Mégantic in der kanadischen Provinz Québec explodierten, hatten Rohöl aus Bakken geladen, das zur Raffinerie Saint John hätte geliefert werden sollen. Die Katastrophe hat der Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerufen, dass der Ölsegen in kilometerlangen Zügen transportiert wird, von denen täglich Dutzende durchs Land fahren.

In der politischen und gesellschaftlichen Debatte über den neuen Energieboom aus Schieferöl und -gas sind die Umweltschützer und Befürworter einer Energiewende in den USA aber in der Minderheit. Widerstand gegen das Fracking gibt es allenfalls in den Ostküstenstaaten New York und Pennsylvania, wo demokratische Gouverneure herrschen und die Ausbeutung der Marcellus-Formation vorerst bremsen. In den republikanisch geprägten Staaten des Mittleren Westens und des Südens, wo der Energieboom zu einem Wirtschaftsaufschwung geführt hat, der zunehmend auf die ganze Nation ausstrahlt, ist ein Ende der Begeisterung für die wiedererstarkten klassischen Energieträger Öl und Gas nicht abzusehen. Dort wächst auch der Druck auf Washington, endlich dem Bau der Keystone-Pipeline zuzustimmen, durch die Öl aus den Ölsanden in Kanada sowie Öl und Gas aus

der Bakken-Formation zu den Raffinerien und Terminals in Texas transportiert werden kann.

Alte Industrie statt Silicon Valley

Es ist vor allem der Energieboom, der die Überwindung der Rezession ermöglicht oder jedenfalls beschleunigt hat: Mitte 2013 steht Amerika deutlich besser da als die meisten Staaten der EU und auch als die Tigerstaaten in Asien und Lateinamerika. Die Banken sind nach der Finanzkrise von 2008 besser konsolidiert als in Europa und Asien. Die Arbeitslosenrate ist auf zuletzt 7,5 Prozent gesunken. Die Wirtschaft dürfte in diesem Jahr um etwa 2 Prozent, im kommenden Jahr um bis zu 3 Prozent wachsen. Beim Bau und beim Privatkonsum nimmt die Zuversicht zu. Günstige Preise für Erdgas haben die verarbeitende Industrie beflügelt und dazu geführt, dass die Volkswirtschaft wieder mehr Güter herstellt, anstatt den Trend zur reinen Dienstleistungswirtschaft fortzusetzen. Kürzlich hat das Energieministerium grünes Licht gegeben für den Bau einer Anlage zur Verflüssigung von Erdgas und zur Ausfuhr von Flüssiggas in Freeport in Texas. Schon bald werden die USA Erdgas, das in Asien mehr als dreimal so teuer ist wie in Amerika, in grossem Umfang exportieren. 1973 hat Präsident Richard Nixon als Reaktion auf die Ölkrise die Energieunabhängigkeit der USA zum geostrategischen Ziel erklärt. Dieses Ziel hat seither jeder Präsident bekräftigt – ob Republikaner oder Demokrat. Nach Einschätzung der amerikanischen Geheimdienste ist dieses Ziel heute nicht mehr unrealistisch, sondern könnte «schon in zehn oder zwanzig Jahren» erreicht werden.

Der Niedergang Amerikas wurde schon vorausgesagt, als die junge Nation ihren Aufstieg zur Weltmacht gerade erst begonnen hatte. Nachrufe zu Lebzeiten sind immer verfrüht. Das jüngste Comeback der Supermacht hat seinen Ausgang im amerikanischen Herzland – und nicht im Silicon Valley oder an der Ost- und Westküste, wo die selbsternannte gesellschaftliche Elite sitzt. Der neue Aufstieg wird befeuert vor allem von Öl, Gas und alter Industrie – und erst in zweiter Linie von Windkraft, Solarenergie und Hochtechnologie. Die globalisierte Welt, die aufstrebenden Mächte Asiens und der südlichen Hemisphäre brauchen eine zuverlässige und preisgünstige Energieversorgung, wenn dort weitere Milliarden Menschen in die Mittelschicht aufsteigen wollen. Amerikas Energieunabhängigkeit bedeutet eine tektonische Verschiebung der geostrategischen Kräfteverhältnisse: Die Ölscheichs des Nahen Ostens, die Gasokratie Russland, die Petrodiktatur Venezuela verlieren absolut an Einfluss, das auf wachsende Energieeinfuhren angewiesene China wird jedenfalls relativ schwächer. Wer zu den Gewinnern gehören wird, kann man in Bismarck sehen. Oder in Dickinson oder in Williston. ○

Im medialen Darkroom

Ist im Vatikan eine «mächtige Schwulenlobby» am Werk? Medien kritisieren die angeblich schwulenfeindliche Haltung der Kirche – und bedienen dabei selber homophobe Ressentiments.

Von Peter Keller



Den Kritikern voraus: Papst Franziskus an der italienischen Bischofskonferenz im Vatikan.

Lobbyisten haben an sich schon ein Imageproblem. In Bundesbern gelten sie als Hinterzimmerflüsterer, die undurchsichtig ihre Fäden ziehen. Nun soll auch im Vatikan eine spezielle Seilschaft wirken. «Papst Franziskus beklagt «Schwulen-Lobby»», titeln *Luzerner Zeitung* und *Berner Zeitung* im Chor. Der *Blick* legt noch ein Scheit drauf: «Papst gibt zu: Schwulenlobby im Vatikan!»

Die ganze Erregung fusst auf einem angeblichen Gespräch zwischen dem neuen Kirchenoberhaupt und Ordensleuten aus Lateinamerika. Dort habe Franziskus bestätigt, dass es in der Kurie neben heiligen Leuten auch eine korrupte Strömung gebe. «Man spricht von einer «Schwulen-Lobby», und es stimmt, sie existiert.»

Gesehen hat diese Mitschrift keiner. Der Vatikan hat die kolportierten Aussagen umgehend dementiert – was die mediale Berichterstattung eher noch befeuerte. Dabei lässt sich ein erstes Fazit ziehen: Die Frage, ob sich der Papst im kleinen Kreis über eine mögliche «Schwulenlobby» geäußert hat oder nicht, ist zweitrangig. Viel interessanter ist, wie jene Medien, die sonst jedes homosexuelle Anliegen als Grundrecht verteidigen, sich schwulenfeindliche Muster erlauben, sobald es um die katholische Kirche geht.

Die *Frankfurter Rundschau* frotzelt von «Sex and the Vatican City» und von einer «rosa Pries-

ter- und Prälaten-Szene». *Spiegel* online weiss: «Gemunkelt wird über die Existenz eines schwulen Netzwerkes im Vatikan seit langem. Benedikt XVI. soll gar wegen der mächtigen Strippenzieher aus dem Amt geschieden sein.» Würde man sich erlauben, in anderen Zusammenhängen von einem «schwulen Netzwerk» zu schreiben und über eine «mutmasslich mächtige Schwulenlobby» in der Politik, beim Fernsehen, im Theater oder Ballett zu spekulieren? Würde ein Medium in diese Richtung fantasieren, stünden der linksliberale *Spiegel* und die zu 40 Prozent der SPD gehörende *Frankfurter Rundschau* zuvorderst, um die Berichterstattung als homophob anzuprangern.

Mit aufgesetzter Besorgnis fragt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: «Wusste Franziskus, was er tat, als er Pomp und Prunk im Vatikan für beendet erklärte?» Gleich zwei «mächtige Kräfte» habe er sich mit diesem Schritt zu Feinden gemacht, so der FAZ-Autor: «Die «Lobby gay» und die Traditionalisten.»

Eine seltsame Koalition, könnte man meinen. Was bringt die Traditionalisten, die in der Homosexualität eine schwere Abirrung des Menschen sehen, mit den klerikalen Schwulen gemeinsam gegen den neuen Papst auf? Die FAZ klärt auf: Die Traditionalisten befürchteten, Franziskus könnte die Lateinmessen nach tridentinischem Ritus wieder erschweren.

Diese Sorge, schreibt der Autor weiter, würden auch die Homosexuellen teilen, wenn auch nicht primär aus liturgischen Gründen. «Keine Gruppe wird von der Ästhetik der alten Messe stärker angezogen als Männer, die Männer lieben.»

Der bilderstarke Katholizismus als Schwulenzauber? Offenbar ja, glaubt man der deutschen Qualitätszeitung. «Der Kult um kostbare Gewänder und üppige Spitzen [...], die asexuellen Darstellungen der Gottesmutter Maria und eine überbordende Reliquienverehrung» seien die seit Benedikt wieder erlaubten Gegenstücke einer privaten – schwulen – Parallelwelt: der Marienverehrung entspreche der Kult um Magermodels; dem frauenfreien Altarraum die Männersauna und der Darkroom; dem Hochamt «mit Goldbrokat, Manipel und Spitzenrochetts das Tunttenballett». Vor solcher Do-it-yourself-Psychologie würde selbst Freud übel.

«Verstoss gegen das natürliche Gesetz»

Man gibt vor, die Doppelmoral der Kirche anzuprangern, und wadet selber darin. Letztlich lässt man jenen Ressentiments freien Lauf, die man sich sonst verkneifen muss. Schwulenfeindlich ist nicht die Kurie, sondern ihre Kritiker, indem sie mit schwülstigen Anspielungen homophobe Fantasien bedienen.

Was sagt die Kirche? Nach der Missbrauchsdebatte erliess der damalige Papst Benedikt XVI. 2005 eine Weisung, wie mit schwulen Priesteramtskandidaten umzugehen sei. Dort wird zwischen homosexuellen Handlungen und homosexuellen Tendenzen unterschieden. Homosexuelle Handlungen seien schwere Sünden und ein Verstoss gegen das natürliche Gesetz. «Sie können daher in keinem Fall gebilligt werden.»

Homosexuelle Tendenzen jedoch, so die päpstliche Weisung, seien auch für die Betroffenen selbst oft eine Prüfung. «Diesen Personen ist mit Achtung und Takt zu begegnen; man hüte sich, sie in irgendeiner Weise ungerecht zurückzusetzen.» Vom Priesteramt ausgeschlossen wird diese Gruppe nicht grundsätzlich. Doch die negativen Folgen, die aus der Weihe von Personen mit tiefsitzenden homosexuellen Tendenzen erwachsen können, seien nicht zu übersehen. Mit Blick auf die Missbrauchsfälle eine durchaus vertretbare Position. Die Kirche verurteilt Homosexualität, nicht aber den homosexuellen Menschen – zumindest in diesem Punkt ist sie ihren Kritikern voraus. ○

Erstens bewaffnet, zweitens zornig

Seit dem Sturz des Islamisten Mursi ist der Frieden in Ägypten bedroht. Der Streit über die künftige Politik spaltet das Land. Die wirtschaftliche Situation verschlechtert sich rapide. Viele Ägypter sind zwar verzweifelt, aber immer noch für einen guten Witz zu haben. *Von Pierre Heumann*

Wenn ich zu Hosni Mubaraks Zeiten nach Kairo kam, fragte mich jeweils ein ägyptischer Freund: «Welche Veränderungen kannst du feststellen?» Ich sagte ihm dann, dass ich seit meinem letzten Besuch keinen nennenswerten Wandel ausmachen könne. «Leider hast du recht», pflegte er zu sagen. Uns beiden war klar: Stabilität reicht für ein Land wie Ägypten nicht aus. Um die ständig wachsende Bevölkerung ernähren und den Bürgern einen höheren Lebensstandard ermöglichen zu können, ist das Land auf eine expandierende Wirtschaft angewiesen.

Seit dem arabischen Frühling kann davon keine Rede sein. Am Nil ist die Wirtschaft in den letzten zwölf Monaten unaufhaltsam geschrumpft.

Als Mubarak abgesetzt worden war und die Bürger vor einem Jahr erstmals einen Präsidenten wählen konnten, fasste mein ägyptischer Freund neue Hoffnung. Die Zeit der Stagnation, der Armut und der Korruption sei jetzt vorüber, schwärmte er.

Daraus wurde nichts. Heute wäre er schon froh, wenn das Land stagnieren würde, sagte er mir diese Woche, als ich ihn in einem Strassencafé unweit des Tahrir-Platzes traf.

Er machte mich zwar auf eine positive Veränderung aufmerksam. Mit der Revolution sei die Angst verschwunden, die in Mubaraks Diktatur zu Apathie geführt hatte. «Die Menschen spüren jetzt ihre Macht und genießen ihre Fähigkeit, Dinge zu verändern.» Vor allem die jungen Leute seien seit ihrem Erfolg durch den Sturz Mubaraks selbstsicherer geworden.

Das Land muss den Umgang mit dem neuen intellektuellen Klima allerdings erst noch lernen. Unter Mubarak hatte es nur eine richtige Meinung gegeben. Jetzt streiten sich die Bürger über den richtigen Weg – und greifen zu Gewalt, weil ihnen die Kraft zum Dialog fehlt.

Nach der Entmachtung von Mubaraks Nachfolger Mohammed Mursi haben die Muslimbrüder offen zum Widerstand gegen das Militär aufgerufen, das Mursi unter Hausarrest gestellt hatte.

Diese Drohung müsse man ernst nehmen, sagt der Politologe Gehad Auda von der Universität Helwan in Kairo, ein Experte für radikalislamische Gruppen. Die Muslimbrüder seien erstens bewaffnet. Und sie seien zweitens zornig, weil das Militär einen der ihren abgesetzt hat. Dies sei eine gefährlich-explosive Mischung. An eine baldige Beruhigung seines Landes glaubt Auda nicht.

Mursis Anhänger treffen wir vor der Rabea-al-Adawiya-Moschee im Stadtteil Nasr City. Unweit der Moschee steht das Gebäude der republikanischen Garde, wo Mursi angeblich festgehalten wird. Der Stadtteil ist deshalb ein Wallfahrtsort für bärtige Männer und verschleierte Frauen. Sie solidarisieren sich mit ihrem abgesetzten Präsidenten, tragen Poster mit seinem Bild und haben den finsternen Blick von Menschen, die soeben alles verloren haben, was ihnen lieb war.

Viele sind allerdings froh, Mursi los zu sein. Ägypten sei unter dem Islamisten «wie ein Dschungel» geworden, sagt Naguib Abadir, der ein mittelgroßes Familienunternehmen leitet: «Seit Mursi haben wir eine gesetzlose Situation.» Verbrecher haben keine Angst, beim Schmuggeln oder Bestechen von Beamten und Polizisten erwischt zu werden. Die Zahl der Diebstähle nimmt zu, aber die Polizei steht abseits. Im Land mit den rund achtzig Millionen Einwohnern zirkulieren rund zehn Millionen Kleinwaffen. Verbrechen bleiben oft ungeahndet.

Nicht nur die persönliche Sicherheit der Menschen hat sich rapid verschlechtert, sondern auch die ökonomische. Die realen Einkommen sind im letzten Jahr gesunken, der Wert des ägyptischen Pfundes war im freien Fall, die Preise für importierte Nahrungs-

mittel sind entsprechend gestiegen. Pro Tag verlieren 2200 Menschen ihren Job. 77 Prozent der Jungen sind arbeitslos, bei den Uni-Absolventen beträgt die Quote sogar 83 Prozent.

Ohne Hilfe von Regierungen, die gegenüber den Muslimbrüdern positiv eingestellt sind, hätte der Staat Anfang 2013 den Konkurs anmelden müssen. Allein Katar überwies acht Milliarden Dollar. Aber diese Geschenke erwiesen sich als fatal. Sie hielten Mursi davon ab, mit den Wirtschaftsreformen Ernst zu machen.

Bevor das interimistische Regime die wirtschaftlichen Probleme angehen kann, muss es die politischen Wunden heilen. Auch wenn die neue Mannschaft am Dienstagabend ernannt worden ist: Derzeit sieht es nicht danach aus, als ob der Abbau der Spannungen eine Sache von ein paar Tagen wäre. Zu tief ist die Kluft zwischen Mursis Anhängern und Gegnern. Und wenn Mursi, wie angedroht, wegen mehrerer Vergehen der Prozess gemacht wird, steht dem neuen Regime bald eine ernste Belastungsprobe bevor, wenn die Muslimbrüder erneut auf die Barrikaden steigen.

Die Ägypter, die stets für einen guten Witz zu haben sind, haben bereits eine neue Pointe zum Sturz Mursis. Er, der nach seiner Verurteilung die Gefängniszelle mit Mubarak teilen soll, sagt zu seinem Vorgänger: «Rück doch zur Seite, und mach mir Platz.» ○



Gefährlich-explosive Mischung: Kundgebung von Mursi-Anhängern in Kairo.

«Wie ein politischer Scharfschütze»

Timo Soini ist der Chef der jungen Anti-EU-Partei «Wahre Finnen». Seine Gegner sehen in ihm einen dreisten Populisten. Er versteht sich als Vertreter der kleinen Leute. «Wenn du bloss provozierst», sagt der erfolgreiche Politiker, «erreichst du nichts.» Von Urs Gehrig, Roger Köppel und Aleksii Poutanen (Bild)

Seit Stunden wirkt das finnische Parlament wie ausgestorben. In alle Himmelsrichtungen sind die Volksvertreter davongestoben, um in ihren Blockhütten das grösste Ereignis des Jahres zu feiern: Juhannus, das legendäre Mittsommerfest. Ein einziger Parlamentarier hat ausgeharrt, um der *Weltwoche* Audienz zu geben: Timo Soini, 51.

Soini ist Kopf, Aushängeschild und Mitbegründer der «Wahren Finnen». Der Politologe hat die Partei innert weniger Jahre zur drittstärksten Fraktion aufgebaut. Zwei Jahre sass er im Brüsseler EU-Parlament und versuchte, «den Schaden für Finnland einzudämmen», wie er sagt. Soini ist ein vehementer Befürworter eines Austritts Finnlands aus der Euro-Zone, und er kämpft dafür mit einer Hartnäckigkeit, wie sie den Finnen offenbar seit Jahrtausenden eigen ist.

Bereits Tacitus ist das Volk nicht entgangen. «Bei den Finnen ist wunderbare Wildheit, schauernde Armut», schwärmt der römische Historiker mit einer Portion Mitleid, wobei die Bewunderung überwiegt: «Sicher vor Menschen, sicher vor Göttern, haben sie das schwerste der Dinge erreicht, dass sie es nicht einmal nötig haben, etwas zu wünschen.»

Mit der Armut ist es in Finnland längst vorbei, mit der Abgeschiedenheit und Autarkie ebenso. Die Finnen gelten als Europas wirtschaftlicher Musterschüler, und sie sind die Klassenbesten bei der Pisa-Studie. Von Profiteuren europäischer Binnenmarktstrukturen sind sie zu Nettozahlern südländischer Bankrotteure geworden.

Geblichen ist indessen die Kauzigkeit, die bereits Tacitus aufgefallen ist. Die Finnen haben ein Faible für Paradiesvögel und seltsame Rituale: Wolfsheulen zum Beispiel, Luftgitarrenduelle oder Sumpffussball, selbst Weltmeisterschaften im «Weibertragen» werden von dem bemerkenswerten Volk am Polarkreis ausgetragen.

Timo Soinis Erscheinung passt perfekt in das Bild des etwas schrägen Finnen. Er ist ein Hüne von Gestalt, massiv übergewichtig, hat flüchtig gekämmtes Haar und eine Knollennase, die wie aus dem Erdreich geknetet scheint. Auch seine Kleidung sei unorthodox für einen Parlamentarier, ist in manchen Presseporträts über ihn zu lesen. Zu Parlamentsdebatten erscheine er meistens in schweren Cowboystiefeln. Der Mann, der uns nun durch den langen Parla-

mentskorridor entgegenschreitet, scheint diesem Klischee allerdings nicht zu entsprechen. Gewandet in dunklen Anzug und helles Hemd, grüsst er, breit lächelnd, mit weichem Händedruck.

Herr Soini, wo sind denn Ihre Cowboystiefel?

Hier. *(Zieht seine Hosenbeine hoch)* Heute trage ich Schwarz, aber ich habe auch braune.

Ein Cowboy im Land der Elche im hohen Norden Europas, wie passt das zusammen?

Die Stiefel sind sehr praktisch und bequem. Ausserdem habe ich zwei Pferde, die an Trabrennen teilnehmen. Aber meine Schuhe sind auch ein Symbol. Wie die meisten Finnen komme ich ursprünglich vom Land. Wer in der Stadt lebt, denkt oft, er sei anders als das Landvolk. Die Stiefel erinnern mich auf Schritt und Tritt an meine Herkunft. Ich trage sie jeden Tag, sogar im Parlament. Bloss wenn ich eine Audienz beim Präsidenten habe, ziehe ich Halbschuhe an.

«Wir hielten Kriegsrat in der Sauna, wo wir beschlossen, neu anzufangen.»

Sie sind der Präsident der «Wahren Finnen». Erklären Sie uns, warum Ihre Parteifreunde wahre Finnen sind als der Rest der Finnen?

«Das Grundlegende» heisst auf Finnisch «perus» – dies umfasst auch «das Bodenständige», «Gewöhnliche», «Waschechte». Aber Ihre Frage ist berechtigt, unser Parteiname hat auch hier etwas Verwirrung ausgelöst. Deswegen haben wir unsere Partei vor einem Jahr auf «Die Finnen» umgetauft. Aber es hat nichts genützt, alle nennen uns weiterhin die «Wahren Finnen».

Haben Sie den Namen erfunden?

Der Name ist 1995 in einer Sauna mitten in Finnland entstanden, als ich zusammen mit drei Freunden am Schwitzen war. Wir waren in der Bauernpartei. Wir zogen uns ins Landesinnere zurück, weil wir herbe Verluste erlitten hatten. Wir besaßen nur noch einen einzigen Sitz im Parlament. Wir hielten also Kriegsrat in der Sauna, wo wir beschlossen, neu anzufangen und eine eigene Partei zu gründen.

Was war der tieferliegende Grund für den politischen Neustart?

Die EU: Wir waren entschieden gegen einen Beitritt Finnlands. Wir waren überzeugt,

dass es unsere Unabhängigkeit einschränken würde und wir unter das Joch Brüssels gerieten.

Wie viele Finnen standen in dieser Frage hinter Ihnen?

Bei einem Referendum 1994 waren es 44 Prozent. Einer der Gründe, weshalb eine Mehrheit für den Beitritt stimmte, war die Angst vor dem Einfluss der Russen. Man suchte Unterschlupf in der Europäischen Union. Ohne diesen Hintergrund wären wir wohl nicht der EU beigetreten.

Bei den Parlamentswahlen vor gut zwei Jahren haben die «Wahren Finnen» 19 Prozent erreicht, knapp hinter der Sammlungspartei und den Sozialdemokraten. Ihr Erfolg war ein Desaster für die Demoskopen und ein echter Schock für die Europäische Union. Für wen genau spricht eigentlich Ihre Partei?

Unsere Anliegen sind simpel und landverbunden. Wir orientieren uns an den typischen Werten Finnlands, an kleinen, unabhängigen Bauernfamilien, Sägereibetreibern, Blumenzüchtern, Kleinunternehmern ohne Staatssubventionen. Wir sind eine Arbeiterpartei ohne Sozialismus. Unsere Klientel lässt sich mit der Arbeiterklasse in England vergleichen, die für die Tories stimmt.

Wenn wir Schweizer an Finnland denken, kommen uns Stereotype in den Sinn wie Saunas, Langläufer und endlose verschneite Tannenwälder. Finnland ist eine junge Nation, dennoch scheint ein zäher Widerstandsgeist euch zu einen. Woher stammt die stoische Unbeugsamkeit?

Von der einzigartigen Sprache, einer Unterfamilie des Uralischen. Und dem Widerstand gegen die Sowjetunion. Vor der Staatsgründung 1917 waren wir Teil von Schweden, später von Russland. Aber im Kern waren wir selbst während der Fremdbestimmung immer Finnen. Die Schweden zwangen uns, Schwedisch zu sprechen. Noch heute müssen wir Schwedisch lernen, obwohl nur sechs Prozent der Bevölkerung Schwedisch als Muttersprache haben. Unter den Russen hatten wir es etwas besser.

Was machte die Russen erträglicher?

Die Russen wollten den schwedischen Einfluss brechen, versetzten die Hauptstadt von Turku nach Helsinki. Wir hatten das erste parlamentarische System unter den Russen. Wir hatten unsere eigene Währung, die finnische Mark, und die Erlaubnis, Finnisch zu sprechen. Wir waren nicht so rebellisch wie



«Selbst die Leute, die mich nicht mögen, wollen mir zuhören»: Abgeordneter Soini in Helsinki.

die Polen oder die Balten. Zehn Jahre vor der russischen Revolution begann die Lage zu ändern. Die Unterdrückung und die Kontrolle nahmen zu.

Vielleicht waren eure Vorfahren nicht rebellisch wie die Polen, aber dennoch ausgesprochen wehrhaft. Während des Zweiten Weltkriegs waren die Schweizer fasziniert vom finnischen Winterkrieg. Welche Rolle spielt er für eure Geschichte?

Er ist noch heute identitätsstiftend. Während der russischen Revolution 1917 kam es auch bei uns zu einem Bürgerkrieg. Doch während in Russland die Roten gewannen, siegten bei uns die Weissen. Als die Sowjets 1939 versuchten, uns zu erobern, haben wir uns mit allen Mitteln dagegen gewehrt.

Angeführt von Freiherr Mannerheim, der seine letzten Jahre in der Schweiz verbrachte.

Carl Gustav Mannerheim hatte seine Karriere als Offizier in der Nikolajewischen Kavallerieschule in Sankt Petersburg begonnen. Unser ganzes Volk ist unter seinem Oberbefehl aufgestanden. Meine beiden Onkel haben gekämpft, jede Familie hatte jemanden, der in jenem Winter aufgestanden ist. Selbst die Kommunisten gingen unter finnischer Flagge an die Front. Das war entscheidend, denn die baltischen Staaten hatten kapituliert. Es gab drei Hauptstädte in Europa, die nicht erobert wurden: London, Moskau und Helsinki [Bern hat Soini vergessen zu erwähnen, Anm. d. Red.].

Allerdings verbündete sich Finnland mit den Nazis.

Wir waren in einer beklemmenden Lage. Im Winterkrieg waren wir ganz auf uns allein gestellt gewesen. Auch im Fortsetzungskrieg 1941–1944 standen wir allein, als uns die Sowjets ein zweites Mal angriffen. Was blieb uns anderes übrig, als mit den Nazis einen Pakt zu schliessen?

Hitler hat Mannerheim zu dessen 75. Geburtstag sogar einen Besuch in Helsinki abgestattet. In jedem anderen Land wäre dies der Todeskuss gewesen. Warum hat es Mannerheim nicht geschadet?

Mannerheim war nicht sehr begeistert, als Hitler am Flugplatz von Immola eintraf. Um den Anschein eines Staatsbesuchs zu vermeiden, fand das Treffen unter weitgehender Geheimhaltung in der Nähe einer Eisenbahnstation statt. Mannerheim war immer bemüht, die Sowjetunion nicht allzu sehr zu provozieren. So weigerte er sich unter anderem, finnische Truppen zur Belagerung von Leningrad zu entsenden und die strategisch wichtige Eisenbahnstrecke von Murmansk nach Leningrad zu kappen.

Wie stand Stalin zu Mannerheim?

Stalin bewunderte Mannerheim. Wir wissen nicht genau, was er über ihn dachte.

Mannerheims Geschick trug wesentlich dazu bei, dass es Finnland als einziger Verbündeter Deutschlands und zugleich als einziger Nachbarstaat der Sowjetunion schaffte, seine Unabhängigkeit und demokratische Verfassung zu erhalten. Es wurde aber weit mehr bestraft als andere deutsche Alliierte, hatte sehr hohe Reparationen zu zahlen, und ein Zehntel seines Territoriums ging verloren. 1944 wurde Mannerheim für zwei Jahre Präsident von Finnland. Doch er war kein Politiker, aber durch seine Rolle im Krieg unantastbar.

Später haben die Finnen mit den Sowjets einen Pakt geschlossen. In Westdeutschland hat man despektierlich von «Finnlandisierung» gesprochen.

Das war nicht sehr nett. Aber die Sowjetunion war sehr repressiv. Unsere Anführer versuchten so unabhängig wie möglich zu bleiben. Im Kalten Krieg versuchte Moskau, Schritt für Schritt seinen Einfluss auf Finnland auszudehnen.

Angeblich gibt es eine lange Liste von Finnen, die in Diensten der Sowjets spionierten.

So geht das Gerücht, ja. Es war eine Art Spiel. Es war wie in Leonard Cohens Lied: «Everybody knows the boat is leaking, everybody knows that the captain lied». Ich glaube, es war eine Art zu überleben. Es gibt jedoch keinen einzigen Finnen, dem man Spionage für den KGB nachweisen konnte.

Zwanzig Jahre nach der Sitzung in der Sauna, was hat Ihre Partei erreicht?

In einem Satz: Als wir begannen, waren wir vier Männer, heute haben wir 10 000 Mitglieder, 39 Parlamentssitze und 1200 Bürgermeister. Letzte Woche war ich in Washington. In Amerika, ja auf der ganzen Welt sind wir die einzige Partei Finnlands, die man kennt. Ich habe für das *Wall Street Journal* geschrieben, war auf Fox News, trat in BBCs «Hardtalk» auf und war Gast bei den meisten grossen Nachrichtensendern.

Noch 2007 stellten die «Wahren Finnen» erst fünf Parlamentarier. Wie habt ihr quasi über Nacht die Sitzzahl verachtfacht?

Durch unsere klare Ablehnung des Rettungsschirms. Wir akzeptieren nicht, dass die finnischen Steuerzahler für die Fehler der französischen und deutschen Banken zahlen. Die Finnen, die nicht der Euro-Zone beitreten wollten, aber ihre Meinung nicht in einem Referendum kundtun konnten, haben uns gewählt. Die Stimmung war aufgeladen. Die Finnen spürten, es braucht einen Mann, um das Feuer zu entzünden.

Und der Mann waren Sie?

Genau. Als unser Stimmenanteil die Decke durchbrach, hätte ich sogar Finanz- oder Aussenminister werden können. Die Bedingung jedoch war, dass ich im nationalen Interesse für den Rettungsschirm hätte stimmen müssen. «Kommt nicht in Frage»,

habe ich gesagt. Das hätte unseren Prinzipien widersprochen. Ich bin nicht in die Politik eingestiegen, bloss um die Karriereleiter emporzuklettern. Also sind wir in der Opposition geblieben.

Dafür wurden Sie 2009 ins EU-Parlament gewählt ...

... mit dem höchsten Stimmenanteil aller Abgeordneten in Brüssel.

Was war Ihr erster Eindruck, als Sie im Brüsseler Parlament einzogen?

Ich dachte mir: «Was zum Teufel habe ich getan?» Ich hatte eine Familie und eine Partei zu Hause. In Brüssel hatte ich keinen Klub, keinen Raum, ich hatte nichts. Ich wanderte durch die endlosen Korridore des Parlaments. Aber ich hatte den Auftrag eines Teils des finnischen Volkes. Meine Botschaft war: «Wir Finnen wollen eure europäische Flagge nicht auf unseren Dächern hissen, wir wollen nicht eure Hymne hören, wir wollen nicht nach eurem Recht leben.»

Haben Sie das Herrn Barroso ins Gesicht gesagt?

Ich sagte es in den Plenarsitzungen, aber kaum einer hörte hin.

Unter den Bürgern Europas wurde Ihre Botschaft durchaus wahrgenommen. Sätze von Ihnen wie: «Ich habe einfach keine Lust mehr, mit hart erarbeiteten finnischen Euros für griechische Nachtklubrechnungen geradezustehen», zeugen von einer dezidiert populistischen Sprache. Sie haben sogar Ihre Magisterarbeit über Populismus geschrieben. Was sind die Qualitätsmerkmale eines erfolgreichen Populismus?

Wichtig ist, dass du über Themen sprichst, die die Leute interessieren, und zwar in einer Sprache, die sie verstehen. Wenn du bloss provozierst, erreichst du nichts. Deshalb kritisiere ich nicht nur, sondern biete auch Optionen an. Und unsere Partei hält sich darin zurück, Kleine und Schwache anzugreifen, stattdessen nehmen wir die Mächtigen, die Kartelle, die Banker ins Visier. Schliesslich ist wichtig, dass man seiner Linie treu bleibt. Ich bin ein grosser, wüst aussehender Kerl. Aber das spielt keine Rolle. Selbst die Leute, die mich nicht mögen, wollen mir zuhören.

Zuhören schon, aber nicht Sie wählen. Als Sie letztes Jahr für das Präsidentenamt kandidierten, erreichten Sie nicht einmal zehn Prozent der Stimmen.

Vierzig Prozent der Finnen sind gegen mich. Sechzig Prozent hingegen sind der Meinung, ich sei ein talentierter Politiker, aber wollen nicht für mich stimmen.

Liegt das an Ihrer Person oder an Ihrer Partei?

Eher an der Partei.

Einige Parteimitglieder haben wiederholt mit rassistischen Aussagen Schlagzeilen gemacht. Teuvo Hakkarainen sprach von

«Niggern» und wollte Asylanten und Schwule auf eine Insel verfrachten. Jussi Halla-aho sagte über die Krise in Griechenland, es wäre besser, wenn man das Land wieder unter eine Militärdiktatur stellen würde. Wie gross ist der Schaden für Ihre Partei? Haben Sie eigentlich noch die Kontrolle über Ihre Partei?

Vier von 39 Abgeordneten unserer Partei haben solch niederträchtige Aussagen gemacht. Das Parlament hat einen von ihnen, Jussi Halla-aho, für fünf Monate von der Abgeordnetenkammer suspendiert. Wir unsererseits haben einige Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen. Es hat gewirkt. In den letzten zwei Jahren ist es zu keinen solchen Verbalentgleisungen mehr gekommen, doch das einst Gesagte bleibt natürlich kleben und wird von den Medien immer wieder ventiliert. Bei der Kritik an den «Wahren Finnen» geht es nicht in erster Linie um solche «faulen Äpfel». Wenn du gegen die EU bist, giltst du per definitionem als Extremist. Schaut die United Kingdom Independence Party oder die Dänische Volkspartei an, überall wird EU-Kritikern das Extremisten-Etikett umgehängt.

Hat Finnland ein Ausländerproblem?

Der Prozentsatz der Ausländer in Finnland ist sehr klein, bloss 3,5 Prozent. Und die meisten Ausländer, die sich hier niederlassen, integrieren sich gut. Die vietnamesischen Bootsflüchtlinge zum Beispiel oder Esten.

Warum funktioniert die Integration so gut? Weil ihr nur wenige Ausländer habt oder wegen der Integrationspolitik?

Wegen beidem. Wir sagen ihnen: «Um in dieser Gesellschaft zu überleben, müsst ihr Finnisch sprechen. Es ist eine schreckliche Sprache zum Lernen, aber ihr kommt nicht darum herum.»

Wie steht es um die Kriminalität?

Ehrlichkeit ist eine der grossen Qualitäten der Finnen. Gemessen am Rest der Welt, ist die Korruption gering. Die meiste Gewalt wird von Betrunknen verursacht. Nicht die Kriminalität, sondern der Alkohol ist ein Problem. Die Finnen lieben Bier und starkes Zeug wie Wodka. Trinken ist eine typisch finnische Tradition. Wenn du immer hart arbeitest, denkst du, du seist berechtigt, zu saufen.

Der Regisseur Aki Kaurismäki hat in seinen Filmen das wohl bekannteste Porträt des Finnen gezeichnet. Es ist ein sehr schweisgsamer Mensch mit dem Hang zur Melancholie. Stimmt das Bild?

Ja, er trifft es nicht schlecht. Das hat mit den langen Wintern zu tun, in denen die Sonne kaum aufgeht. Wenn du Arbeit und eine Familie hast, kannst du das überstehen. Aber wenn du alleine bist, kann es schon sehr deprimierend sein.

Timo Soini wippt nervös mit den Stiefelspitzen. Auch ihn zieht es ins Mökki, sein Blockhaus am See, wo er mit seiner Frau, der Ärztin Tiina Maarit, und seinen zwei halbwüchsigen Kindern das Johannis-Fest feiern will. Damit die Abreise etwas schneller geht, hat er seinen roten Volvo schon vor dem Parlament geparkt. «Ein wahrer Finne fährt einen Wagen des Erzrivalen Schweden?» – «Ja», meint er etwas kleinlaut, leider hätten die Finnen kein eigenes Modell. An der Wand hinter ihm winkt Papst Johannes Paul II. Soini gehört zu den 11 000 Katholiken im Land, einer kleinen Minderheit unter den 5,5 Millionen lutheranischen Finnen. Dazu ist er konvertiert. Umso eifriger vertritt er eine rigorose Linie.

Sie lehnen Homo-Ehen ab und sind gegen Abtreibung, ohne Ausnahme. Was hat Sie zum Hardliner gemacht?

Es gab ein Schlüsselerlebnis in der Schulzeit. Wir hatten ein Mädchen in der Klasse, das mit vierzehn schwanger wurde. Alle redeten auf sie ein, sie solle das Kind unbedingt wegmachen, sie würde ihre ganze Zukunft ruinieren. Doch sie blieb standfest und gebar das Kind. Ihr Wille, gegen allen Widerstand ja zum Leben zu sagen, hat mich sehr beeindruckt.

«In Amerika, ja auf der ganzen Welt sind wir die einzige Partei Finnlands, die man kennt.»

Wie geht es den beiden heute?

Blendend. Wessen Recht ist grösser: das Recht der Frau, die ein Kind austrägt, oder dasjenige des Kindes, das sich nicht wehren kann? Wenn ich mich mit Abtreibungsbefürwortern streite, frage ich meine Kontrahenten manchmal: «Lebt deine Mutter noch? Geh zu ihr und danke ihr, dass sie dich nicht abgetrieben und dir stattdessen das Leben geschenkt hat.»

Wie reagieren die Finnen auf Ihre strenge Moralvorstellung?

Einige schreien mich nieder, allen voran Feministinnen. Nach meiner Wahl habe ich sogar Todesdrohungen bekommen. Eine Woche lang wurde ich von der Sicherheitspolizei zur Arbeit eskortiert. Dann wurde mir die Entourage zu mühsam. Heute habe ich keine Angst mehr. Die schweigende Mehrheit schätzt es, wenn jemand ausspricht, was viele denken.

Wie wissen Sie, was die schweigende Mehrheit denkt?

Ich erfahre es, wenn ich ins Pub oder zum Pferderennen gehe. Ich bin nicht auf Facebook, ich suche den menschlichen Kontakt.

Wenn Sie Ihrem Volk den Puls nehmen, welches sind die grössten Sorgen der Finnen?

Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung, Bildung, Verteidigung, innere Sicherheit, Pros-

perität, das Wohl der Kleinunternehmer.

Gibt es etwas, worüber sich die Finnen nicht sorgen?

Ja, die meisten sorgen sich nicht so sehr um den Klimawandel. Er ist die neue Art von Hölle.

Hölle?

Ja, etwas, woran man nicht glaubt. Ich persönlich bin entschieden für Atomstrom. Er ist sicher. Was ist die Alternative? Kohle? Windmühlen reichen nicht aus.

Bei all diesen Dissonanzen scheint ihr trotzdem ein harmonisches Volk zu sein. Was schweisst die Finnen eigentlich zusammen?

Die gemeinsame Geschichte. Unsere Erfolge. Jeder dritte Mensch, der in der höchsten Wohlstandsklasse lebt, ist ein Finne. Wir haben ein gutes Gesundheits- und Schulsystem aufgebaut, und wir haben Nokia, jetzt ist sie zwar auf Schlingerkurs, aber sie gehört zu den nationalen Erfolgsgeschichten. Und dazu gehört natürlich auch die Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Wir hatten eine Premierministerin, und unsere Frauen hatten als Erste das Wahlrecht in Europa und als Zweite weltweit, nach den Neuseeländerinnen.

Gibt es einen finnischen Mythos? Eine ähnliche Figur wie unseren Wilhelm Tell?

Wir bewundern echte Menschen, Sportler oder die Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Aber wir haben auch unsere Heldensage: Das «Kalevala», ein im 19. Jahrhundert auf der Grundlage von mündlich überlieferter finnischer Mythologie zusammengestelltes National-epos. Es zählt so zu den wichtigsten literarischen Werken in finnischer Sprache. Der wichtigste Protagonist des «Kalevala» ist der alte und weise Sänger Väinämöinen. In ihm verbinden sich die Züge eines Sagenhelden, eines Schamanen und einer mythischen Gottheit. Er ist ein so fantastischer Sänger, dass die Feinde bei seinem Gesang im Sumpf ertrinken.

In der Presse wird auch der Untergang der «Wahren Finnen» eingeläutet. Eine Fehleinschätzung?

Ja, die Medien haben keine Ahnung. Gemäss neusten Umfragen stehen wir bei 18,6 Prozent und sind sogar zweitstärkste Partei. Als Parteichef gehe ich Schritt für Schritt. Ich bin sehr geduldig, wie ein politischer Scharfschütze.

An Ihrer Unerschrockenheit und Ihrem inneren Feuer zweifelt niemand. Dennoch monieren Kritiker, Ihr Zunder sei aus monothematischem Stroh gebunden. Sind Sie breit genug aufgestellt, um die finnische Politik langfristig zu prägen?

Ich bin seit sechzehn Jahren Parteichef, ich war zwölf Jahre Stadtpräsident in meiner Heimatstadt, ich leite nun die Stadtverwaltung von Espoo, der zweitgrössten Stadt Finnlands. Ich sitze seit zehn Jahren im Parlament. Ich leite das Aussenpolitische Komitee des Parlaments. Ich denke, ich habe bereits bewiesen, dass ich keine Eintagsfliege bin. Aber urteilen Sie selbst. ○



«Blickmagie»: Selbstporträt des Malers, 1813.



Graffs Ehefrau Elisabeth Sophie Auguste, 1771.



Schriftsteller Friedrich

Superstar der Auftragskunst

Der Schweizer Anton Graff war der grösste Porträtist der deutschen Aufklärung. Alles, was Rang und Namen hatte, liess sich von ihm abbilden: Könige, Fürsten, Dichter, Geheimräte, Offiziere. Jetzt wird der vergessene Maler der Mächtigen wiederentdeckt. *Von Rico Bandle*

Es sollte der Transfer des Jahrzehnts werden. Im Frühjahr 1788 versuchte der preussische Minister Friedrich Anton von Heynitz den Schweizer Maler Anton Graff vom sächsischen Hof in Dresden abzuwerben. Er bot ihm ein jährliches Gehalt von 1200 Talern an – mehr als doppelt so viel, wie Graff in Leipzig verdiente. Der umworbene Künstler lehnte ab: Zu sehr schätzte er die Freiheiten, die er in Dresden genoss. In Berlin hätte er für jede grössere Reise eine Bewilligung des Königs einholen müssen. Die Reisefreiheit war für ihn wichtig: Dank ihr konnte Graff Aufträge von Königshäusern und Privatleuten aus ganz Europa annehmen, und dank ihr blieb ihm die Möglichkeit, jederzeit in seine geliebte Heimat zu reisen, die er so sehr vermisste.

Anton Graff war das, was heute «Promi-Fotograf» genannt wird: der Mann, der die Schönen, Mächtigen und Reichen abbildete – und dadurch selbst Berühmtheit und Wohlstand erlangte. Er galt zu seiner Zeit als der beste Porträtmaler im deutschsprachigen Raum. Sein Gemälde des Preussenkönigs Friedrich des Grossen (1712–1786) wurde zur Ikone, unzählige Male reproduziert, zweimal auf einer Briefmarke der deutschen Bundespost fest-

gehalten und vom US-Künstler Andy Warhol 1986 im Grossformat paraphrasiert. Fast alle bedeutenden Figuren der deutschen Aufklärung liessen sich von Graff malen: G.E. Lessing, Moses Mendelssohn, Johann Georg Sulzer, Henriette Herz, Friedrich Schiller, Heinrich von Kleist und viele andere mehr. Über 1000 Persönlichkeiten hat er porträtiert, sein Œuvre umfasst rund 2000 Werke.

Auf die Hosen gezeichnet

Geboren wurde Anton Graff 1736 als siebtes von neun Kindern einer einfachen Winterthurer Zinngiesserfamilie. Über seine Kindheit ist wenig bekannt; etwa, dass er ein schlechter Schüler gewesen sei und dass er sich immer die Hosenbeine mit Figuren vollgezeichnet habe, da auf das wertvolle Schulpapier nur zu schreiben erlaubt gewesen sei. Der Pfarrer setzte sich dafür ein, dass Graff mit siebzehn Jahren gegen den Widerstand des Vaters eine Lehre als Zeichner und Maler machen konnte.

Mit zwanzig Jahren zog Graff nach Augsburg, machte eine weitere Ausbildung beim bekannten Kupferstecher Johann Jacob Haid, der einer seiner wichtigsten Förderer werden sollte. Sein herausragendes Talent brachte

Graff allerdings auch Ärger ein: Die Augsburger Malerzunft fürchtete die Konkurrenz des Ankömmlings; der zurückhaltende Schweizer sah sich genötigt, die Stadt nach einem Jahr wieder zu verlassen.

Graff reiste viel, kehrte zurück nach Augsburg, war aber auch immer mal wieder in der Schweiz. Der gutaussehende Maler hatte zeitlebens das Glück, zur richtigen Zeit den richtigen Leuten zu begegnen. Die vielleicht wichtigste Bekanntschaft machte er 1764 in Augsburg: Er traf den Mathematiker und Philosophen Johann Georg Sulzer, der sich mit dem Schweizer Gelehrten Johann Caspar Lavater, Felix Hess, Johann Caspar Füssli und Christoph Jezler auf der Durchreise nach Berlin befand. Sulzer stammte wie Graff aus Winterthur, war ein bedeutender Philosoph der Aufklärung und wurde von König Friedrich dem Grossen persönlich als Professor nach Berlin berufen. Was der junge Graff damals noch nicht ahnen konnte: Er hatte mit Sulzer nicht nur einen grossen Bewunderer seiner Kunst kennengelernt, sondern auch seinen künftigen Schwiegervater.

Ein Jahr später kam es in Zürich zu einer weiteren wichtigen Begegnung: Graff lernte



Schiller, 1791.



Dichter Gotthold Ephraim Lessing, 1771.



Preussenkönig Friedrich II., 1781/1786.

den Maler, Dichter und Gründer der *Zürcher Zeitung* (später NZZ), Salomon Gessner, kennen. Es entstand eine Freundschaft, die ein Leben lang hielt. Gessners Schwager, ein Hauptmann mit besten Beziehungen zum sächsischen Hof, empfahl Graff nach Dresden. Der Künstler schickte eines seiner Selbstbildnisse hin – worauf er sogleich eine Stelle als Hofmaler des Kurfürsten und späteren Königs Friedrich August III. von Sachsen angeboten bekam.

1766 traf der Schweizer in Dresden ein. Sein Jahreslohn betrug in den ersten Jahren 400 Taler, dafür musste er jährlich ein Porträt für den Hof malen und einen Lehrling betreuen. Alle weiteren Arbeiten wurden zusätzlich abgegolten: Für «eine halbe Figur mit oder ohne Hand» erhielt er 50 Taler, für eine «mit zwei Händen» 100 Taler, für die grossen Ganzkörperbilder waren die Tarife offen. Die Preise widerspiegelten den Arbeitsaufwand: Für ein Porträt ohne Hände benötigte der Schnellmaler Graff einen Nachmittag, mit Händen zwei Nachmittage, Ganzkörperbilder konnten bis zu eine Woche in Anspruch nehmen.

Das aufstrebende Bürgertum und der neue Geniekult liess Dichter und Literaten zu Medienstars avancieren – und die Nachfrage nach Porträts stark ansteigen. Die Werke wurden oft von anderen Künstlern kopiert; durch Reproduktionsdrucke erhielten sie zusätzlich eine weite Verbreitung. Graff wurde bis nach St. Petersburg zu einem gefragten Mann.

Seine guten Beziehungen waren dabei immer hilfreich. Durch die Heirat von Johann Georg Sulzers Tochter Elisabeth Sophie Auguste 1771 stieg der Zinngiessersohn aus

Winterthur auch in der preussischen Hauptstadt Berlin in die höchsten gesellschaftlichen Kreise auf. «Durch Sulzer wurde ich bey Hofe und den Vornehmen bekannt und bekam dadurch viel Arbeit», schrieb er.

Er dringt «ins Innere der Seele»

Graff stand im Ruf, die Physiognomie der Porträtierten wie kein Zweiter zu analysieren und den Charakter der Menschen in den Bildnissen sichtbar werden zu lassen. Von einer «Blickmagie» war die Rede, davon, dass seine Bilder Einsicht in das Innerste der Menschen böten. Tatsächlich besass Graff die Fähigkeit, seine Modelle in kürzester Zeit mit seine nAugen

Anton Graff war das, was heute «Promifotograf» genannt wird.

präzise «abzutasten». Dies konnte für die Porträtierten auch unangenehm sein, wie Sulzer 1777 schrieb: «Ich habe mehrmals bemerkt, dass verschiedene Personen, die von unserem Graff, der vorzüglich die Gabe hat, die ganze Physiognomie in der Wahrheit der Natur darzustellen, haben malen lassen, die scharfen und empfindungsvollen Blicke, die er auf sie wirft, kaum vertragen können; weil jeder bis in das Innere der Seele zu dringen scheint.»

Dass der Betrachter bei Graff-Bildern den Eindruck erhält, eine tiefere Einsicht in einen Menschen erhalten zu können, hat auch mit Graffs Technik zu tun: Die Augenpartie ist meist etwas zu gross gemalt, oft schauen die

Porträtierten direkt nach vorne – es wirkt, als könnte man ihnen in die Augen schauen. Die Stirn ist meist erleuchtet, was den Personen einen erhabenen Eindruck verleiht. Graff wusste genau, worauf es ankommt, um eine maximale Wirkung zu erreichen, alles andere vernachlässigte er. Die Fingernägel zum Beispiel sind bei seinen Figuren meist nur angedeutet.

Was aber vor allem neu war bei Graff: Er entfernte sich vom klassischen Standesporträt. Könige und Fürsten wurden nicht mehr nur vor Samtvorhängen oder erhabener Architektur abgebildet, sondern auch in alltäglicherer Umgebung. In dieser Hinsicht bringen seine Bilder den Geist der Aufklärung zum Ausdruck, wo nicht mehr nur die Herkunft zählte, sondern auch Kaufleute, Wissenschaftler und Künstler aufsteigen konnten.

Anton Graff starb am 22. Juni 1813 in Dresden. Er hinterliess ein stattliches Vermögen von 400 000 Talern, was heute etwa 2,5 Millionen Franken entspricht. In Winterthur erinnert noch eine nach ihm benannte Strasse an den Starmaler. Anlässlich seines 200. Todestages ist ihm nun in seiner Heimatstadt endlich wieder eine Ausstellung gewidmet – die erste in der Schweiz seit fast dreissig Jahren.

Anton Graff: Gesichter einer Epoche. Museum Oskar Reinhart, Winterthur, bis 29. September. Ab 25. Oktober in der Nationalgalerie Berlin

Wir Frauen sind einfach perfekt

Man muss den Tatsachen ins Auge blicken: Der Mann hat sein Verfallsdatum erreicht. Die Frauen sind ihm überlegen. Weil das so ist, hat sich ein australischer Soziologe kürzlich geschlechtsumwandeln lassen. Was zweifelsfrei beweist: Jeder Mann ist nur eine genetisch veränderte Frau. Von Kathy Lette

Gott hat, offenbar aus Jux, zwei Geschlechter erfunden und sie als «entgegengesetzt» bezeichnet. Männer und Frauen unterscheiden sich zwar nur durch fünf Chromosomen, aber die Kluft zwischen ihnen ist so gigantisch, dass heutzutage jede Universität, die etwas auf sich hält, Gender Studies im Angebot hat. Einer der renommiertesten Experten auf diesem Gebiet ist der Soziologe Robert William «Bob» Connell.

Die Konsequenz, die sich ihm nach Jahrzehnten intensiver Geschlechterforschung aufdrängte, hat die akademische Welt zutiefst erschüttert. Aus seiner langjährigen Beschäftigung mit den Unterschieden zwischen den Geschlechtern (unseren Unzulänglichkeiten und Mängeln, unseren Attributen und Attraktionen, Stärken und Schwächen), dargestellt in so berühmten Studien wie «Gender and Power», «Male Roles, Masculinities and Violence. A Culture of Peace Perspective» und «Masculinities» (deutsch: «Der gemachte Mann»), der meistzitierten Studie über «hegemoniale Männlichkeit», hat Professor Connell nämlich die Folgerung gezogen, dass Frauen das überlegene Geschlecht sind. Der Beweis? Er wurde eine Frau.

Die Beweise

«Bob» Connell, nunmehr Mrs Raewyn Connell, lehrt an der Universität Sydney, berät die Unesco in Fragen der Beziehung zwischen Männlichkeit, Gewalt und Friedenspolitik und befasst sich als weithin anerkannte Soziologin inzwischen auch mit Transsexualität.

Für uns Frauen ist das eine tolle Nachricht. Seit Jahrtausenden tobt der Geschlechterkrieg, aber Professor Connells Entscheidung, zur anderen Seite überzulaufen, lässt den Schluss zu, dass die Zeit reif ist für einen Waffenstillstand und ihr Jungs anfangen solltet, über die Kapitulationsbedingungen nachzudenken.

In den 1970ern und 1980ern glaubten wir Feministinnen, dass die Unterschiede zwischen den Geschlechtern nicht natur-, sondern erziehungsbedingt sind. Doch heute wissen wir, dass es die Natur ist – und dass wir Frauen einfach von Natur aus überlegen sind. Warum stehen Männer auf kluge Frauen? Weil sich Gegensätze anziehen.

Bevor ihr mich jetzt an den Brüsten aufknüpft, Jungs, schaut euch einfach die Beweise an. Was wollen die meisten Frauen? Liebe, Treue und ewiges Glück. Was will der durchschnittliche Mann? Einen «ordentlichen»

One-Night-Stand, am besten mit sieben bisexuellen Nutten. Gewiss, es gibt Gattungen, bei denen das Männchen treu bleibt bis in den Tod – meist nachdem es vom Weibchen nach dem Paarungsakt aufgefressen wurde. Aber gestehen Männer uns Frauen die gleiche sexuelle Freiheit zu? Ein sexuell aktiver Mann gilt als Don Juan, als Schwerenöter, als Lebemann, eine Frau mit ähnlichem Appetit ist eine Schlampe, ein Luder, eine Hure. Die meisten Männer – Anwärter auf olympisches Gold in der Disziplin Doppelmoral – erwarten nach wie vor, dass Frauen unerfahren sind. Wenn ein Paar zum ersten Mal intim wird, fragt der Mann üblicherweise: «Schatz, bin ich der erste Mann in deinem Leben?» Worauf die Frau erwidert: «Natürlich! Warum müsst ihr Männer immer diese blöde Frage stellen?!»

Bier, Fussball, Pornos

Wer einen schlüssigen Beweis für die Unbrauchbarkeit von Männern haben will, muss nur schauen, wofür sie sich am meisten begeistern – Bier, Fussball und Pornos. Das Dumme ist, dass wir Frauen uns für nichts begeistern und ihn dann heiraten. Männer be-

Wenn ihr wirklich das Ende des Mannes verhindern wollt – es gibt eine Alternative.

haupten, Frauen könnten keine Witze erzählen – aber liegt das womöglich daran, dass wir mit ihnen verheiratet sind? Jede zweite Ehe wird heutzutage geschieden, meistens auf Betreiben der Frau. Viele Ehen scheitern aus religiösen Gründen. Er hält sich für einen Gott, und sie, nun ja, sie wundert sich. Und weil der Mann bekanntlich mehr von der Ehe hat als die Frau (verheiratete Männer leben länger, haben weniger Herzkrankheiten und psychische Probleme, während unverheiratete Frauen länger leben und weniger Herzkrankheiten und psychische Probleme haben als ihre verheirateten Geschlechtsgenossinnen), ist bei Frauen das Prämonogame Syndrom (PMS) zu beobachten.

Es gibt ja ganz viele Gründe, warum Frauen das Zusammenleben mit einem Mann nicht sonderlich aufregend finden – Professor Raewyn Connell, die mit einer Partnerin zusammenlebt, wird mir gewiss zustimmen. Die Verteilung von schlechten Gewohnheiten unter Männern und Frauen entspricht einem Ver-

hältnis von 100:1. Männer pinkeln auf die Kloschüssel. Sie sitzen auf dem Klo, als wäre es eine Freizeitveranstaltung. Sie denken sich Namen für ihr Geschlechtsteil aus. Sie spielen Luftgitarre. Und lieber sterben sie, als dass sie nach dem Weg fragen. (Darum ist bei Flügen ins Weltall auch immer eine Frau dabei, richtig?)

Die Kränklichkeit der Männer ist ein weiteres Symptom ihrer Unterlegenheit. «Hypochonder» muss das griechische Wort für «Mann» sein. Welcher Mann hat schon einen «Schnupfen», er hat immer eine «Grippe», stimmt's? Wenn ein Mann protestiert, er sei kein Hypochonder, dann ist Hypochondrie die einzige Krankheit, die er nicht hat.

Den ultimativen Beweis für die Unterlegenheit des Mannes liefert die Biologie. Der Mann ist nämlich schlicht und einfach eine genetisch veränderte Frau. Und nun haben Biologen auch noch herausgefunden, dass Eizellen unter Verwendung anderer Eizellen befruchtet werden können, also ganz ohne Spermien. Auf die fortpflanzungstechnischen Dienste des Mannes könnte künftig also verzichtet werden. Biologen weisen ausserdem darauf hin, dass das männliche Chromosom immer schwächer wird. Jungs, euch bleiben nur noch etwa 120 000 Jahre – es sei denn, ihr beschliesst, an Land zu krabbeln und euch per Evolution zu entwickeln.

Ja, wir leben noch immer in einer männlichen Welt. Obwohl Frauen 50 Prozent der Beschäftigten stellen, entfallen 99 Prozent der Hausarbeit und Kindererziehung auf sie. Wir werden schlechter bezahlt. Wir holen uns dauernd eine Gehirnerschütterung, weil wir mit dem Kopf an die gläserne Decke stossen, und müssen dort oben auch noch sauber machen. Und trotzdem stellen wir bei der Kindererziehung und am Arbeitsplatz unsere männlichen Rivalen mühelos in den Schatten.

Es tut mir leid, Jungs, aber wie Professor Connell ganz klar erkannte: Der Mann hat sein Verfallsdatum erreicht. Dem Buch «Das Ende der Männer und der Aufstieg der Frauen», das die US-Bestsellerlisten stürmte, ist zweifelsfrei zu entnehmen, dass die Zukunft weiblich ist. Aufgrund des Niedergangs von traditionell männlichen Berufen wie Handwerk und Fabrikarbeit stellen Frauen heutzutage 50 Prozent der Beschäftigten. In jeder dritten Familie sind Frauen die Ernährerinnen. In Amerika liegt das Zahlenverhältnis von Studentinnen und Studenten bei 3:2.



Tolle Nachrichten: Wissenschaftler Robert William Connell, jetzt Mrs. Raewyn Connell.

Nachdem wir Frauen also ökonomisch unabhängig sind und uns selbst befruchten können und wenn unsere Vibratoren Spinnen im Badezimmer töten, den Grill anwerfen und uns mit einem Kuss versichern könnten, dass wir in *stretch lycra* nicht unmöglich aussehen – wären Männer dann überhaupt noch erforderlich?

Gut, ich gebe zu, dass Männer ein paar Sachen besser können – in zweiter Spur parken, Spinnen töten, Gläser öffnen, Elche jagen und Karten lesen ... Schleierhaft ist uns aber, warum Männer den Benzinverbrauch für eine Fünf-Stunden-Fahrt an der Côte d’Azur exakt berechnen können und mühelos das verschlafene Fischerdorf finden (das nicht einmal auf der Landkarte eingezeichnet ist) – nicht jedoch unseren G-Punkt.

Jungs, wenn ihr nicht als überflüssige Rudimente (wie etwa Steissbein und Blinddarm) angesehen werden wollt, aber keine Lust habt, euch wie Professor Connell für den chirurgischen Weg zu entscheiden, dann solltet ihr euch an eurem psychologischen Riemen reißen. Schliesslich verlangen wir nicht so wahnsinnig viel. Dass Problem beim Hetero-Sex ist nicht, dass Frauen den Orgasmus vortäuschen, sondern dass Männer das Vorspiel vortäu-

schen. Kapiert endlich, dass Kamasutra kein indischer Schnellimbiss ist. Wenn ihr im Bett weiterhin solche Egoisten seid und ohne ein Verzeichnis essbarer Beeren plus Kompass unseren G-Punkt nicht findet, wird eure Partnerin die Doggy-Position einnehmen (dann könnt ihr schön Männchen machen) und sich einfach tot stellen.

Er zuckt mit den Schultern

Ich würde ausserdem vorschlagen, dass ihr mehr im Haushalt mitarbeitet. Die Organisation der Berliner Luftbrücke war ein Klacks gegen den Alltag einer berufstätigen Mutter, die morgens die Kinder wecken und zusehen muss, dass sie rechtzeitig in der Schule sind. Wenn ich meinen Mann bitte, sich mehr an der Hausarbeit zu beteiligen, zuckt er nur mit den Schultern und sagt, dass er das gern tun würde, als Mann aber leider nicht multitasken könne. Das ist natürlich eine plumpe Ausrede. Bei einer Orgie hätte kein Mann ein Multitasking-Problem oder? Also, fangt vielleicht am besten in der Küche an, kocht etwas Vernünftiges mit frischem Gemüse. Das ist nicht zu viel verlangt, denn Liebe geht bekanntlich durch den Magen, auch bei Frauen. Es ist übrigens wissenschaftlich erwiesen, dass noch kein

staubsaugender Mann von seiner Frau erschossen wurde.

Und redet mit uns! Ich glaube, mein Dünndarm spricht öfter mit mir als mein Mann. Für Frauen ist Wortspiel schliesslich Vorspiel. Würde Woody Allen sonst noch flachgelegt werden?

Aber wenn ihr wirklich das «Ende des Mannes» verhindern wollt – es gibt eine Alternative, die nicht ganz so drastisch ist wie die chirurgische Methode von Professor Raewyn Connell. Ihr könnt euch wahrhaft unentbehrlich machen – indem ihr euch um die Erkenntnis bemüht, dass wir Frauen einfach perfekt sind.

Kathy Lette ist Autorin von zwölf Romanen über den Krieg der Geschlechter, darunter «Wie man seinen Mann umbringt» und «The Boy Who Fell to Earth» (nur auf Englisch; Kindle-Edition als E-Book bei Amazon). Lettes jüngster Roman «Besser als Liebe» erschien 2012 im Bertelsmann-Verlag.

Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork**





Schau-Effekt: Schauspielerin Monica Bellucci, fotografiert von Helmut Newton in Monte Carlo, 2001.

Stil & Kultur

Tagebuch eines Vampirs

Von *Daniele Muscioni*

Helmut Newton verstehen heisst die Macht der Inszenierung erkennen. Und dieses Talent hilft in jeder Lebenslage, im Sommer mehr als im Winter, keine Frage. Oder doch, eine Frage der Lage ist es wohl, der Bauchlage oder der Seitenlage, wenn man beim Badengehen nun Waden sehen kann, oder mehr, Sie wissen, was ich meine. Es geht um den Showeffekt und den Schaufekt. Denn im Grunde wollen wir ja alle nur

das eine, als Vampir, der wir sind. Unersättliche Mitesser mit einer vermeintlichen *All-you-can-eat*-Erlaubnis am grossen Buffet des Lebens. Wir wollen sehen und gesehen werden. Ohne gehtes nicht. Und Helmut Newtons Bilder liefern uns den Rausch dazu. Auch zehn Jahre nach seinem Tod. Je mehr der Mensch Newton in Vergessenheit gerät, umso stärker treten seine Bilder in den Vordergrund und die Begabung des Meisters: die Trennschärfe zu kennen zwischen Kunst und Pornografie.

Den Newton-Schwips zum Sommer kann erfahren, wer nach Koblenz fährt. Weit ist das nicht, zumindest wenn man dort losfährt, wo der Mittelschweizer wohnt, im Mittelland. Das Ludwig-Museum in Kob-

lenz zeigt einen repräsentativen Querschnitt aus Newtons Werk, darunter seine wichtigsten Serien «Big Nudes», «Domestic Nudes», «Cyberwoman». Allein die Titel verdienen, dass man den Künstler für seine Gabe ehrt. «Big Nudes», man erinnert sich: Die zwischens 1980 und 1993 entstandenen, zweier grossen Frauenakte wurden angeregt durch lebensgrosse Fahnungsfotos von der Baader-Meinhof-Gruppe. Newton reagierte auf seine Zeit, und mehr, als dass es den Zeitgenossen bewusst war.

Welcher Serie ist dieses Bild zuzuordnen? Die Schauspielerin Monica Bellucci als surrealistischer Vampir. Eine Venus im Pelz ihrer Beute, den sie um die schöne Büste spazieren

trägt. Sie hat ihr letztes Opfer eben in kleinen Happen erledigt, die Lippen blutrot, die Reste des erlegten Halses samt Kragen dienen ihr als Serviette. «Bon App'», wünschte der Franzone, der die Bedeutung eines warmen Essens auch in heissen Tagen zu schätzen weiss.

Wer der Kunstgeschichte mächtig ist, erkennt auch eine andere Allusion oder Illusion. Unser Meretlein, Meret Oppenheim als Muse von Man Ray, wieso nicht. Helmut Newton hat seine Kunden nie unterschätzt. Unterschätzen wir uns auch nicht. Und die Flüchtigkeit des Sommers. Er ist in jedem Fall zu kurz, um schlechte Weine zu trinken.

Helmut Newton: Some like it nude, Ludwig-Museum in Koblenz, bis 11. August

Belletristik

- 1 (1) **Martin Suter:** Allmen und die Dahlien (*Diogenes*)
- 2 (2) **Dan Brown:** Inferno (*Bastei Lübbe*)
- 3 (7) **Blanca Imboden:** Wandern ist doof (*Wörterseh*)
- 4 (4) **Jonas Jonasson:** Der Hundertjährige ... (*Carl's Books*)
- 5 (3) **Donna Leon:** Tierische Profite (*Diogenes*)
- 6 (5) **Jean-Luc Bannalec:** Bretonische Brandung (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 7 (8) **Jean-Luc Bannalec:** Bretonische Verhältnisse (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 8 (10) **Martin Walker:** Femme fatale (*Diogenes*)
- 9 (6) **Stephen King:** Joyland (*Heyne*)
- 10 (–) **Susan Elizabeth Phillips:** Wer Ja sagt, muss sich wirklich trauen (*Blanvalet*)

Sachbücher

- 1 (1) **Bronnie Ware:** 5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen (*Arkana*)
- 2 (2) **Eben Alexander:** Blick in die Ewigkeit (*Ansata*)
- 3 (3) **Barbara Kopp:** Laure Wyss (*Limmat-Verlag*)
- 4 (7) **Jamie Purviance:** Weber's Grillbibel (*Gräfe und Unzer*)
- 5 (–) **Duden:** Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut*)
- 6 (5) **Wilfried Meichtry:** Mani Matter (*Nagel & Kimche*)
- 7 (4) **Jacky Gehring:** Body Reset – Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)
- 8 (–) **Alain de Botton:** Religion für Atheisten (*S. Fischer*)
- 9 (8) **Rolf Dobelli:** Die Kunst des klaren Denkens (*Hanser*)
- 10 (6) **Lukas Fischer:** 1001 Ausflugsziele (*Weltbild*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Vater und Tochter

Der Vater regt sich über Asylanten auf: «In der Stadt werden sie alle kriminell, weil sie hier leicht an Drogen kommen.» Da antwortet die Tochter, 30: «Auf dem Land gibt es doch auch Drogen, Papi. Ich glaub, die Asylsuchenden werden weder auf dem Land noch in der Stadt kriminell, wenn sie eine gute Zeit haben.» Dieser der Völker- und Generationenverständigung dienende Wortwechsel entstammt einer Kolumne der vielgelobten Theaterautorin Laura de Weck im *Tages-Anzeiger*. Ihre Kurzdialoge erinnern an die Zeitschrift *Musenalp*, wo Teenager ihre selbstverfasste Herzschmerz-Poesie einsenden durften. Dass die Kolumne gestrichen wird, ist trotzdem unwahrscheinlich: Mit der neuen, vehement auftretenden Frauengruppe beim *Tagi* will sich niemand anlegen. Und auch sonst: Wer getraut sich schon, die Tochter des SRG-Generaldirektors und früheren *Tagi*-Chefredaktors Roger de Weck rauszuschmeissen? (rb)

«Musik des Überlebens»

Der grosse Multistilist und Sänger Al Jarreau kommt ans Jazzfestival St. Moritz. Hier spricht er über seine Laufbahn und die Urkräfte des Universums, mit denen er sich intensiv beschäftigt. *Von Roger Köppel*

Herr Jarreau, nach all diesen Jahren, nach all diesen Erfolgen: Was bleibt Ihre grösste musikalische Herausforderung?

Es ist weniger eine musikalische als vielleicht eine charakterliche Herausforderung des persönlichen Mutes und der Inspiration. Es geht darum, die Musik weiter zu lieben und das Risiko der künstlerischen Tätigkeit auf sich zu nehmen. Die Herausforderungen sind dann ganz konkret: die nächste grosse Tournee im Sommer, unter anderem in St. Moritz, dann mein Auftrag, die Leute zum Lächeln zu bringen, sie glücklich zu machen.

Worin unterscheidet sich der 72-jährige vom 35-jährigen Al Jarreau, der Mitte der siebziger Jahre einen raketenhaften Aufstieg erlebte?

Womöglich rede ich es mir ein, aber ich will keine grossen Unterschiede feststellen. Mich treibt die Leidenschaft an, jene Musik zu spielen, die mich berührt und inspiriert. Das ist eine Musik, die jazzy ist und Rhythm and Blues und Pop verbindet. In diesem Planetensystem bin ich nach wie vor unterwegs.

Ist der Publikumsgeschmack in den letzten 25 Jahren besser oder schlechter geworden?

Natürlich gibt es viele Leute, die Qualität schätzen und die Spreu vom Weizen zu trennen wissen. Auf der anderen Seite beobachte ich sorgenvoll einen Trend zur Verdummung. Es findet eine Feier des Vulgären statt, die mir nicht gefällt, ein Wühlen in der Geschmacklosigkeit. Davon gibt es heute jede Menge.

Was ist der Grund?

Amerika ist die führende Wirtschaft und gibt in vielerlei Hinsicht den Ton an. Man öffnet nach, was wir Amerikaner vormachen. Musik ist ein wichtiger Teil der Bildung, sie hat auch einen erzieherischen Auftrag wie jede Kunst. Doch das Erzieherische, die Bildung stehen in den USA unter Druck. Bildung hat einen schlechten Namen bekommen. Die USA sind nicht bereit, den Lehrern ein genügendes Auskommen zu verschaffen. Als Folge zelebrieren wir die Dummheit, die schlechten Seiten der menschlichen Natur. Ich muss an diesem Punkt jetzt aufhören, weil wir uns lieber über Musik unterhalten sollten.

Können Sie sich an den Moment erinnern, als Ihnen klar wurde, dass Sie ein enormes

Talent besitzen und professioneller Musiker werden müssen?

Ich merkte schon als Vierjähriger, dass die Leute zu lächeln begannen, wenn ich mit dem Singen anfang. Ich wollte immer Sänger werden. Ich musste Sänger werden. Ich war bereit, auch ohne jede Bezahlung zu singen, an einer Strassenecke, auf dem Schulhof, an der Hotelbar, im Zirkus. Um nicht zu verarmen, studierte ich Psychologie, arbeitete ich als Sozialhelfer. In gewissem Sinn bin ich das auch als professioneller Sänger geblieben. Ich bin eine Art Rehabilitationsspezialist der Musik, indem ich den Leuten vor allem Freude bereiten möchte.

Was ist der schwierigste Aspekt des Singens?

Gesund zu bleiben! Opersänger werden geschützt, ihre Auftritte bleiben dosiert. Als Jazzsänger bist du dauernd beansprucht, du

«Es findet eine Feier des Vulgären statt, ein Wühlen in der Geschmacklosigkeit.»

betreibst Raubbau an deiner Stimme, und je länger deine Karriere dauert, desto anspruchsvoller wird es, die Gesundheit zu bewahren. Eigentlich war ich verrückt, diese Laufbahn einzuschlagen.

Wie muss man sich Ihre Beziehung zu Ihrer Stimme vorstellen?

Es ist eine Beziehung der Dankbarkeit. Ich schreibe Liebesbriefe an meine Kehle, an meine Stimmbänder!

Was ist der tiefere Grund, dass Sie so erfolgreich waren?

Liebe zum Handwerk, Liebe zur Arbeit, es begeistert mich, ein gutes Lied zu schreiben mit dem Ziel, den Leuten ein erhebendes Gefühl zu geben, sie glücklich zu machen; es ist eine Berufung wie in der Kirche. Die Leute kommen zu meinen Konzerten, um mitzusingen, sich fast die Hände zu halten. Aus allem spricht die Botschaft, dass es Gott gibt.

Es muss sicher auch harte, dunkle Momente gegeben haben. Wie haben Sie sie überwunden?

Fragen Sie mich nicht danach. Ich bin ein Glückskind, ich hatte ein so enormes Glück und das Privileg, mit einer Arbeit, die ich nun wirklich liebe, meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Wenn Sie in so einer Lage sind, denken Sie nicht an dunkle Momente. Sie sind einfach nicht der Rede wert. Jeder Mor-



«In jedem grossen Song steckt eine Kirche»: Jazzsänger Jarreau.

gen ist glorios. Ich habe vor bald vierzig Jahren angefangen und bin immer noch da. Das löst einfach nur Glücksgefühle aus.
Wenn Sie – für einen Tag – ein anderer Sänger sein könnten, wer würden Sie sein wollen?

Miles Davis: Er sang mit seiner Trompete. Seine Soli waren Deutungen der Songtexte jener Lieder, die er interpretierte. Er spielte sogar den Humor in seinen Soli nach. Was sind andere bedeutende Sänger? Jon Hendricks im Jazz, dann als Balladier Nat Cole und Johnny Mathis, das sind meine Helden. R'n'B: Aretha Franklin, Stevie

Wonder. Als Songschreiber: die Beatles, Joni Mitchell, Bob Dylan. Die beeindruckendsten Musiker sind George Benson und George Duke. Ihre Basics sind hervorragend, Duke ist unglaublich vielseitig, er kann klassische Musik, Funk und Jazz spielen, er komponiert auch klassische Stücke.

Kann Musik die Welt verbessern?

Das wird immer so sein. Die Musik hat die Welt immer schon verbessert. Wenn die Leute sich eine Sinfonie von Dvořák anhören oder einen Chaplin-Film anschauen, dann lächeln sie. Es hebt ihren Geist an. Es geht um Heilung. Man muss die Leute heilen, sie

füttern, sich ganz grundsätzlich um die Menschen kümmern, das ist das Wichtigste im Leben.

Was ist für Sie der Unterschied zwischen einem guten Lied und einer religiösen Erfahrung?

Es gibt keinen. In jedem grossen Song steckt eine Kirche.

Was kam zuerst bei Ihnen: die Religion oder die Musik?

Ich wurde sicher mit einer bestimmten Gabe geboren. Eines der ersten Bilder, an das ich mich erinnern kann, ist dieses: Ich sitze in der Kirche neben meiner Mutter, wie sie in der Kirche Orgel spielt. Sie war professionelle Kirchenorganistin. Mein Vater, ein Pfarrer, war ein hervorragender Hobbysänger. Beides gehörte bei uns zu Hause zusammen, die Musik und die Religion. Sie sind unauflöslich verbunden. Wer an meine Konzerte kommt, soll durch die Musik Gott spüren als Erfahrung von Liebe. So ist das.

Was interessiert Sie ausserhalb der Musik?

Mich interessiert die Theorie des Ganzen, die Kosmologie, wenn Sie so wollen, die Kräfte des Universums – wobei mich speziell die Frage fasziniert, was genau da war, bevor durch den Urknall unsere Welt entstand. Es

«Ich schreibe Liebesbriefe an meine Kehle, an meine Stimmbänder!»

ist die Theorie des Geistes, der Wurzel von allem.

Das sind unbeantwortbare Fragen.

Leider haben Sie recht. Deshalb fürchte ich, dass ich noch ziemlich lange daran herumstudieren muss. (*Lacht*)

Was ist das Geheimnis ewiger Kreativität?

Kreativität ist ewig, sie ist immer vorhanden. Das ist so etwas wie das erste Gebot: Die Dinge bewegen sich kreativ, weil sie von einer göttlichen Intelligenz, an der wir teilnehmen können, getragen werden. Als Mensch und Künstler muss ich in Berührung bleiben mit der grossen göttlichen Kraft, die durch den Menschen wirkt. Solange ich dies tue, bleibe ich kreativ.

Wie bleibt man mit der Urkraft in Berührung?

Das kann auf sehr viele Weisen geschehen: Ein Bauer, der einen Samen pflanzt und die Pflanze wachsen sieht, ist mit dieser Kraft in Berührung. Oder nehmen Sie einen Schreiner, der aus einem Stück Holz einen Tisch zimmert, auch er ist in Berührung mit dieser Kraft. Indem wir tätig sind, sind wir in Berührung mit dieser kreativen Quelle. Das grösste Kunstwerk ist das Leben, dem wir eine Form geben. Die Kraft ist da draussen.

Haben Jazzmusiker gegenüber Popstars einen Minderwertigkeits- oder einen Über-

legenheitskomplex, weil sie, die Popstars, zwar oft schlechtere Musiker sind, aber massiv besser verdienen?

(Lacht) Ich sollte Sie als Psychologen in mein Team holen! Lassen Sie mich die Frage ernsthaft angehen: Die Gefahr ist, dass wir uns alle zu ernst nehmen. Das trifft auf alle Berufsgattungen zu. Dieser Versuchung könnte ich jetzt möglicherweise erliegen, indem ich Ihre Frage mit Ja beantwortete, dass Jazzmusiker eben tatsächlich einen solchen Minderwertigkeits/Überlegenheits-Komplex hätten. Deshalb: Ich schwinde den Mahnfinger in meine Richtung und warne mich davor, diese Frage zu beantworten!

Welches ist der grösste Song, den Sie selbst nie gesungen haben?

Es gibt Bruchstücke von Melodien oder Anspielungen auf Musiker, aus denen ich gerne ein Lied komponiert hätte, es aber noch nicht getan habe. Sie haben aber keine konkreten Namen.

Was ist Ihr grösster Song?

Es gibt ein paar wunderbare persönliche musikalische Erlebnisse, die ich auch den Produzenten David Foster und Jay Graydon verdanke: «Roof Garden», «Boogie Down», «Mornin'», «After All».

Welche Assoziationen verbinden Sie mit dem Wort Schweiz?

Geld, Bankkonto. *(Lacht)* Ich weiss, wir Amerikaner sind schreckliche Klischeemenschen! Natürlich ist die Schweiz auch: Montreux, Claude Nobs, der Erfinder des Jazz-Festivals. Alles, was ihr Schweizer anfängt, wird ein Erfolg, selbst in Gebieten wie der Musik, wo man es euch nicht gleich zutrauen würde. Montreux ist fantastisch, und daraus leite ich, mir selber widersprechend, ab: Die Schweiz ist viel mehr als Geld und Bankkonten!

Sagen Sie uns etwas über Al Jarreau, was niemand erwartet.

Ich bin ein Verrückter, ein *crazy man*, ein Maniac, und zwar ein Jarreauniac. Ausserdem: Seit vier Jahren rauche ich nicht mehr. Davor waren es zehn bis zwölf Zigaretten täglich. Ich hoffe, das ist unerwartet genug.

Wir wussten gar nicht, dass Sie als Sänger jemals so unvorsichtig waren, überhaupt zu rauchen.

Sie sagten es ja: Ich solle etwas sagen, dass niemand für möglich halten würde.

Was bedeutet Älterwerden?

Ich hoffe, es bedeutet, klüger zu werden, schlauer und weiser zu werden, die Dinge und die Menschen besser zu verstehen. Persönlich wächst die Hoffnung, so gesund zu bleiben wie auch immer möglich. Kennen Sie die Geschichte «Die Meuterei auf der Bounty»?

Klar, aus dem Film mit Marlon Brando.

Al Jarreau

Geboren als Alwyn Lopez Jarreau, kam der Sänger als fünftes von sechs Kindern am 12. März 1940 in Milwaukee zur Welt. Sein Vater war Pfarrer, seine Mutter Organistin in der Kirche. Seine ersten Auftritte hatte Jarreau bereits als Kleinkind, doch er machte auch einen Studienabschluss in Psychologie, um in den sechziger Jahren als Sozialarbeiter zu wirken, was er einst als seinen Traumberuf bezeichnete. Seinen Durchbruch schaffte er 1975, als er Dave Brubecks Jazz-Klassiker «Take Five» in einer artistischen Gesangsversion interpretierte. Die achtziger Jahre brachten eine Reihe legendärer Platteneinspielungen, unter anderem «Breakin' Away». Al Jarreau gewann als einziger Künstler überhaupt insgesamt sieben Grammy-Preise in den unterschiedlichen Musikrichtungen Jazz, Pop und Rhythm and Blues. Vor neun Jahren nahm Jarreau eine hervorragende Jazzplatte auf («Accentuate the Positive»), für seine Zusammenarbeit mit dem Gitarristen George Benson wurde er erst kürzlich ausgezeichnet, so dass man sagen kann, er sei unvermindert erfolgreich unterwegs trotz inzwischen leicht vorgerücktem Alter. (RK)

Sie sagen es. Es kommt für jeden Menschen eine Zeit, wo in seinem Körper eine «Meuterei auf der Bounty» stattfindet. Plötzlich lassen Sie Ihre besten Leute im Stich, der erste Offizier geht von der Fahne, der Steuermann gibt den Geist auf, die Matrosen, die früher, ohne dass Sie es gemerkt hatten, die Segel hochgezogen haben, liegen plötzlich betrunken auf Deck, wenn sie sich nicht schon längst verzogen haben. Irgendwann haben Sie das Gefühl, Sie sind alleine an Bord.

Ist es so schlimm? Sie wirken mit Ihren 72 Jahren sehr beschwingt und jugendlich.

Ich hatte ein solches Glück im Leben, ich bin gesegnet mit diesem besonderen Talent, und dazu gehört eben auch der Versuch, die Quelle, die Wurzel zu verstehen. Meine Religiosität ist somit immer auch Dankbarkeit, dass ich dieses Leben führen durfte. Und mein künstlerischer Auftrag besteht darin, diese Freude über das eigene Glück mit möglichst vielen Menschen zu teilen. Das Religiöse fliesst somit direkt in meine und aus meiner Arbeit. Uns wurde ein Geist gegeben, damit wir kreativ sein und etwas schaffen können. Mit diesem Geist sind wir in der Lage, die Zukunft zu gestalten. Dieser Geist ist eine Rakete zum Mond, zum Jupiter, zu anderen Sternen. Dafür sollten wir alle dankbar sein.

Das klingt jetzt fast ein bisschen wie Selbst-motivation. Denken Sie das wirklich? Oder

müssen Sie es sich einreden, weil Sie im Grunde, wie viele Musiker, ein sentimentaler, melancholischer Mensch sind?

Was für eine Frage! Natürlich, mein Freund! Glauben Sie, ich will Sie veräppeln?

Welches Buch hat Sie zuletzt am meisten bewegt?

«The Science of Mind» des amerikanischen Religionsgründers Ernest Holmes. Er ist der Gründer einer religiösen wissenschaftlichen Bewegung, die davon ausgeht, dass sich Gott in allen Dingen offenbart als Ausdruck einer göttlichen Intelligenz. Gott ist nicht nur im Himmel, sondern in allem. In diesem Buch geht es auch um die Kraft des positiven Denkens und um die Fragen, die wir vorhin besprochen haben: «Wie kann ich mir die Kräfte zunutze machen? Wie kann ich als Mensch mehr erreichen, indem ich mit der Quelle in Verbindung bleibe?» Das ist enorm anregend.

Was machen Sie, wenn Sie eines Tages – was wir Ihnen nie wünschen – nicht mehr singen können?

Dann hätte ich natürlich viel mehr Zeit, über die letzten Dinge nachzudenken und über die Macht, die auch mit Ihnen sein möge! *(Lacht, weil es sich um eine Anspielung auf «Star Wars» handelt: «May the force be with you»)*

Wenn Sie Ihre Musik auf eine Botschaft her-unterbrechen würden, wie lautete sie?

Meine Musik ist Musik des Überlebens, *uplifting*, erhebend, eine Hymne aufs Leben, inspirierend fürs Herz. Mich begeistert Musik, die sagt: «Du bist okay, wir sind «born good», nicht in Sünde geboren, wie es bestimmte Religionen sagen, was ich, Pardon, für groben Unfug halte. Es gibt eine Kraft, die die Dinge heilt und reinigt. Es gibt da draussen eine kreative Kraft, die wir in uns entdecken können, und diese Kraft wird nicht verschwinden.

Die Welt ist nicht verdammt. So lautete auch die Botschaft der Reformatoren Zwingli und Luther.

Genau das, allerdings sagte Luther auch ein paar Dinge, die ich nicht unterschreiben würde, aber in einem hatten die Reformatoren recht: Der Mensch wird durch eine göttliche Kraft getragen, an die er glauben kann. Das ist die Botschaft meiner Musik.

Was ist Ihre wichtigste Botschaft an die eigenen Kinder?

Dass sie sich nie lange bei dunklen Gedanken aufhalten sollen, irgendwann steigt selbst der Mond wieder auf!

Tourneedaten in Europa, 14. 7.: London; 18. 7.: Batumi, Georgien; 20. 7.: Wiesen, Österreich; 21. 7.: Neckarsulm, Deutschland; 23. 7.: Alicante, Spanien; 28. 7.: Krakau, Polen; 31. 7.: St. Moritz; 2. 8.: Oristano, Sardinien; 4. 8.: Marciac, Frankreich; 6. 8.: Girona, Spanien

Der Traum vom Kaffee mit Scarlett

Ein französischer Erfolgsautor fantasiert in seinem Roman über Scarlett Johansson. Der Filmstar reagiert anders als erhofft. Von Stefan Brändle

Es war, als hätte sich der Glamour von Hollywood in die tiefste französische Provinz verirrt. Arthur, Mechaniker in der platten und leeren Picardie, öffnet in Unterhemd und Schlümpfe-Socken die Tür, als es klingelt, und allmählich dämmert es dem Liebhaber üppiger Frauenformen: «Vor ihm stand Scarlett Johansson.» Das behauptet zumindest die Dame. Sie sucht Unterschlupf, will ein paar Tage von der Bildfläche verschwinden. Nach nicht allzu langem Zögern bittet sie Arthur rein.

So beginnt der Roman «La première chose qu'on regarde» des Bestsellerautors Grégoire Delacourt. Der Franzose war im Deutschen – und in 46 anderen Sprachen – schon mit «Alle meine Wünsche» aufgefallen. Sein neuester, bislang nur auf Französisch erhältlichlicher Wurf wird von der Kritik zum Teil als «Sirup» (*Le Monde*) zerrissen, hat sich aber in wenigen Wochen bereits 100 000 mal verkauft.

Nach sechzig Seiten erfahren die Leser, was sie geahnt haben: Scarlett heisst gar nicht Scarlett, sondern Jeanine. Die Doppelgängerin mit der frappierenden Ähnlichkeit mit dem Hollywoodstar schlägt sich in Wahrheit als Animatorin an Hochzeiten und in Supermärkten durch und hat genug davon, nur wegen ihres Äusseren aufzufallen.

Arthur spürt bald Jeanines, wie es in dem Buch heisst, «Porzellanrisse» einer schweren Kindheit – Missbrauch durch den Vater, Säuglingstod, wahnsinnige Mutter. Nichts ist ihr erspart geblieben, und gerne erwidert sie die Gefühle, die Arthur für sie zu entwickeln beginnt. Die reizenden Äusserlichkeiten verschwinden langsam zugunsten der tiefen Einblicke in die Dramen des Lebens, die in die Liebe münden. «Sie gingen langsam nebeneinander her und schwankten ein wenig wegen ihres Grössenunterschiedes, aber auch, weil es nie leicht ist, zu Beginn einer Liebesgeschichte perfekt synchronisiert zu sein», schreibt Delacourt. Immer mehr weicht die Projektion Scarlett der Person Jeanine, die innerlich, wenn schon, Marilyn Monroe gleicht. Delacourt erklärte im *Figaro*, er hätte Scarlett Johansson gerne zu einem Kaffee getroffen, nachdem er ihr die Roman-Hommage erbracht habe.

Die US-Schauspielerin («Iron Man 2», «Match Point») scheint daran aber kein Interesse zu haben. Ihre Anwälte klagten gegen Delacourts Verlag JC Lattès. Sie verlangen Wiedergutmachung für «Verletzung und betrügerische Ausbeutung der Personenrechte» und wollen jede filmische Umsetzung verbieten lassen.



«Fantasien unserer Epoche»: Autor Delacourt.

Der Kinostar geht nicht zum ersten Mal gegen die Verwendung seines Namens durch andere vor. Die 32-jährige Amerikanerin schützt ihn umso rigoroser, weil sie millionenschwere Verträge mit Firmen wie Reebok, Mango, Dolce & Gabbana und in Frankreich mit Louis Vuitton oder Moët & Chandon hat, die mit ihrem Namen werben. Im Film «The Island», in dem Johansson die Hauptrolle spielt, ist sogar eine Reklame ihres Hauptkunden Calvin Klein zu sehen.

Marke der Zahnpasta

Delacourt hält die Klage für absurd: Eine Verurteilung würde jede Nennung berühmter Personen oder Marken in der Literatur untersagen, argumentiert er. In seinem Roman kommen auch andere VIP-Namen wie Ryan Gosling – er gleicht dem Buchheld Arthur –, Angelina Jolie oder Gene Hackman vor; und Ex-Werber Delacourt scheut sich nicht, selbst die Marke der benützten Zahnpasta anzugeben. So sei nun einmal der Zeitgeist, meint er: «Das entspricht den Fantasien unserer Epoche; all diese berühmten Leute leben mit uns. Scarlett Johansson ist eine öffentliche Person, sie tritt in den Medien auf.» Vielleicht schon. Aber sie will selbst bestimmen, wo – wohl zuletzt in einem Nest der Picardie.

Grégoire Delacourt: La première chose qu'on regarde. JC-Lattès-Verlag.

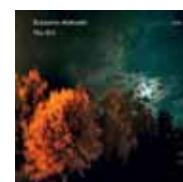
Schattenlieder, Nachtgesänge

Von Peter Rüedi

Susanne Abbuehl, 43, halb Schweizerin, halb Holländerin, in Bern geboren und im Haag ausgebildet, ist eine Künstlerin, die ihre Zeichen mit Bedacht setzt. Sie bedeuten etwas, im Zweifelsfall nicht weniger als die Welt. Es verwundert nicht, dass sie als Sängerin in ihren Liedern zu Texten greift, die alle auch als Lyrik abendfüllend sind. Allein, wer setzt sich heute hin und horcht Gedichten von Emily Dickinson, Emily Brontë, Sara Teasdale nach? Oder einem Text von Wallace Stevens, dem das Kunststück gelang, die Existenz des Vizepräsidenten einer amerikanischen Versicherungsgesellschaft mit der eines bedeutenden Lyrikers unter einen Hut zu bringen? Einer seiner Texte beginnt so: «In my room, the world is beyond my understanding; / But when I walk I see that it consists of three or four / hills and a cloud.»

Die meisten Texte stammen allerdings von Emily Dickinson. Da könnten Abbuehls beschwörend intime, behutsam seidene Interpretationen die richtige Einstiegsdroge sein für die, die sich einen Lyrikband (etwa die neuen Übersetzungen von Gunhild Kübler bei Hanser) denn doch nicht greifen würden. Sie erwartet ein besonders kostbares Vergnügen. (Nebenbei: Welch überraschende Planungen sich in den Rhizomen von Motiven und Anspielungen einer mit viel Zeit operierenden Künstlerin offenbaren, zeigt Abbuehls vorletztes Stück, ihre Interpretation von Dickinsons «Sepal» [«Blütenblatt»]: «A sepal, petal, and a thorn / Upon a common summer's morn – / A flask of Dew – A Bee or two – / A Breeze – a caper in the trees – / And I'm A Rose!» «I Am Rose» hiess 1997 Abbuehls Erstling – nach einem Gedicht von Gertrude Stein.)

Doch da wir hier nicht in einem Literaturseminar sind: Abbuehl ist eine Lyrikerin im Quadrat, also auch in den Innenräumen ihrer Musik: mit Wolfert Brederode am Piano, Olavi Louhivuori am Schlagzeug und Matthieu Michel als herzausreissendem «Soul Brother» am Flügelhorn. Unüberhörbar ist die Schule von Jeanne Lee. Von deren epochalem Album «The Newest Sound Around» mit dem Pianisten Ran Blake führt eine Direttissima zu diesen Nachtgesängen.



Susanne Abbuehl: The Gift. ECM 2322 372 7084

Top 10

Knorrs Liste

1	Child's Pose Regie: Calin Peter Netzer	★★★★★
2	Monsters University Regie: Dan Scanlon	★★★★★
3	Before Midnight Regie: Richard Linklater	★★★★☆
4	Side Effects Regie: Steven Soderbergh	★★★★☆
5	Epic Regie: Chris Wedge	★★★★☆
6	Man of Steel Regie: Zack Snyder	★★★★☆
7	World War Z Regie: Marc Forster	★★★★☆
8	The Place Beyond the Pines Regie: Derek Cianfrances	★★★★☆
9	The Host Regie: Andrew Niccol	★★★☆☆
10	Draussen ist Sommer Regie: Friederike Jehn	★★★☆☆

Kinozuschauer

1 (1)	World War Z Regie: Marc Forster	11 786
2 (-)	The Heat Regie: Paul Feig	9968
3 (3)	Man of Steel Regie: Zack Snyder	3530
4 (2)	Monsters University Regie: Dan Scanlon	3065
5 (4)	Hangover 3 Regie: Todd Phillips	2879
6 (5)	The Place Beyond the Pines Regie: Derek Cianfrances	2355
7 (7)	The Host Regie: Andrew Niccol	1543
8 (6)	Fast and Furious 6 (3-D) Regie: Justin Lin	1476
9 (9)	Olympus Has Fallen Regie: Antoine Fuqua	1300
10 (8)	The Big Wedding Regie: Justin Zackham	947

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Die fantastische Welt von Oz (Disney)
2 (1)	Stirb langsam 5 (Fox)
3 (-)	Les misérables 2012 (Universal)
4 (2)	Django Unchained (Sony)
5 (3)	The Impossible (Ascot Elite)
6 (-)	Get the Gringo (Ascot Elite)
7 (-)	Schlussmacher (Fox)
8 (5)	Flight (Impuls)
9 (6)	Der Hobbit (Warner)
10 (4)	The Last Stand (Impuls)

Quelle: Media Control



Gewiss ist nur die Ungewissheit: Henley Reeves (Isla Fisher) in «Now You See Me».

Kino

Strudelige Täuschungshatz

«Now You See Me» ist ein Illusionsfeuerwerk über Magier und Kino und wilde Spiegelungen.

Von Wolfram Knorr

Da rast eine Dampflok wuchtig stampfend aufs Publikum zu – und verschwindet wie von Zauberhand. Hokuspokus Fidibus – und die Zuschauer geniessen die wilden Täuschungen mit Wonne und lieben die mächtigen und trickreichen Magier aus der Illusionsmaschine Kino. Sie wurde die einflussreichste der Welt und zaubert, wie die Kollegen der Variété-Bühnen, aus leeren Zylindern weisse Karnickel. Beide sind sie Meister der Täuschung und bauen ihre Trickstürmereien auf der Trägheit des Auges auf. Und wenn vier Gaukler à la David Copperfield, der die Freiheitsstatue wegzauberte, in einem Film mit akrobatischer Bravour Banken ausrauben, klingt das wie Pleonasmus. Film ist Zauberei mit Helden von magischer Kraft. Weil in dem Film die Helden von Beruf Magier sind, ist das ein Fall von weissen Schimmeln. Aber in der Verdoppelung liegt der Reiz der zirkensischen Gaunerkomödie «Now You See Me» von Louis Leterrier («The Incredible Hulk»).

Ein Strassenmagier (Jesse Eisenberg), ein Mentalist (Woody Harrelson), ein Taschentricksler (Dave Franco) und eine scharfe Entfesselungskünstlerin (Isla Fisher) werden von einem mysteriösen Unbekannten aus ihrem uneffektiven Leben erlöst und zu «The Four Horsemen» zusammengeschweisst, um in gewaltigen Shows richtig Reibach zu machen – zum Beispiel eine Bank in Paris auszurauben.

Dabei stehen sie während des Coups in Las Vegas auf der Bühne! FBI-Agent Dylan Rhodes (Mark Ruffalo), der hinter den Gauklern her ist, steht vor einem Rätsel. Der Ex-Magier Bradley (Morgan Freeman), der solche Hexereien fürs Fernsehen enthüllt, meint zu wissen, wie die hochvirtuosen Schwindler arbeiten. Dem Bullen (und dem Zuschauer) führt er nun haarklein vor, wie der Trick mit dem Bankraub funktioniert – und er funktioniert natürlich nur im Kino: mit Täuschung, Augenschere, Suggestion; genau jene Eigenschaften, mit denen auch das Kino eben arbeitet.

Leterrier, der wilde Action-Kaskaden («The Transporter») zu zaubern weiss, hantiert in «Now You See Me» mit Turbulenzen, die er zu einem visuellen Vergnügen aufschäumt. Alles ist purer Schein – aber was ist im Kino nicht Schein? –, bis zur hanebüchenden Schlusspointe. Bei T. S. Eliot gibt es eine «Wildnis der Spiegel»; hier wird sie zum totalen strudeligen Spass. Das Abrakadabra-Quartett spiegelt sich im Medium, der Film in den Täuschungsakrobaten und ihre Illusions-Magnifikats wieder im Medium und im Plot. Ein Spiegelkabinettsirrsinn. Dass dabei die Figuren flach bleiben, gehört zum Prinzip, schliesslich sind alle nur Spiegelungen von Spiegelungen. Tiefe der Figuren wäre fehl am Platz, es sei denn, sie diene der Täuschung. Gewiss ist nur die Ungewissheit.

Kino, heisst es, sei der freie schöpferische Umgang mit der Realität; dabei ist es in Wahrheit der freie kreative Umgang mit der Illusion über die Realität. Einzig störend und alles andere als ein stimulierendes Hörvergnügen ist die Musiksaucen. Mit den echten Kinomagiern wie Hitchcock will sich Leterrier gar nicht messen. Ihm geht es um den puren Illusionsjux. ★★★★★☆

Weitere Premieren

The Grandmaster — Wong Kar-Wai («In the Mood for Love»), der unerreichte Bildpoet aus Hongkong, erzählt in seinem jüngsten Opus das Leben des Kung-Fu-Gelehrten Yip Man (Tony Leung Chiu Wai), bei dem später Bruce Lee in die Schule ging. 1936 darf er im südchinesischen Foshan gegen den Vorsitzenden der nordchinesischen Schulen antreten und bezwingt den Grossmeister. Dessen schöne Tochter Gong Er (Zhang Ziyi) schwört Rache, und beim Duell funkelt es zwischen den beiden, doch die Invasion der Japaner macht der Romanze den Garaus. 1949 flieht Yip vor den Kommunisten nach Hongkong und trifft dort seine alte Liebe wieder. Wong Kar-Wai greift bei der Umsetzung zu berausenden Bildern, hochartifizuell gestalteten Kampfszenen in Zeitlupe. Regen flirrt wie schillernde Silberfäden um die Kombattanten; die modischen Accessoires und visuellen Einfälle tangieren gelegentlich rei-



Yip Man (Tony Leung) in «The Grandmaster».

nes Kunstgewerbe. Das eigentliche Problem dieser stoizistischen optischen Orgie ist die Story. Zu fragmentarisch wird (jedenfalls fürs hiesige Publikum) die Biografie erzählt; man kann leicht die Orientierung verlieren. Vielleicht liegt's aber auch an den Kürzungen des ursprünglich vierstündigen Werks. «The Grandmaster» war der Eröffnungsfilm der diesjährigen Berlinale. ★★★★★☆



Skurrile Einfälle: «Despicable Me 2».

Despicable Me 2 — Superschurke Gru wurde vor zwei Jahren ein Riesenhit, was eine Fortsetzung zur Pflicht machte. Der Animationsspass der Universal Studios wartet wieder mit skurrilen Figuren und Einfällen auf, die vor allem das jugendliche Publikum begeistern werden. Statt sich im Bösen auszutoben, muss Gru einen Kindergeburtstag organisieren. ★★★★★☆

The Call — Die Telefonistin Jordan Turner (Halle Berry) nimmt, nach einem früheren Versagen, den Notruf eines Mädchens (Abigail Breslin) ernst und will persönlich helfen. Daraus wird ein Albtraum, dem sie kaum entkommt. Brad Anderson («The Machinist») gehört zu den interessanten Genre-Regisseuren, der den nicht gerade neuen Plot spannend und bizarr inszeniert, auch wenn der Showdown ziemlich überdreht und albern ist. Halle Berry, die lange nicht mehr präsent war, ist auf jeden Fall sehenswert. ★★★★★☆

Fragen Sie Knorr

Immer wieder hört man von neuen Regisseuren aus Dänemark. Das jüngste Beispiel ist Nicolas Winding Refn. Ein kleines Land mit so vielen Talenten? Betreiben die eine bessere Filmpolitik? E. W., Baden



Eigentlich nicht. Anfang der siebziger Jahre wurde das dänische Filminstitut gegründet, das zwar eine Menge Geld hatte, aber komplett unter staatlicher Kontrolle war. Es ist ein grosser Fehler, die Finanzen als Ursache fürs Gelingen oder Nichtgelingen einer kreativen

Szene verantwortlich zu machen. In Dänemark ist es zum einen die Tradition des Films, und zum anderen sind es schlicht und ergreifend rebellische Talente, die sich gegen die staatliche Gängelung wehrten und kraft ihrer Persönlichkeiten eine Situation schufen, die andere wieder nachzogen. Lars von Trier wurde mit seinem «Dogma»-Jux zur Galionsfigur, die gewissermassen mit ihren Billigproduktionen das Filminstitut unterlief, Anhänger fand und eine Filmwelle auslöste.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Ein Playboy-Bunny für Beat Schlatter

Von Rico Bandle

Man darf das Schweizer Fernsehen auch mal loben. Sogar in der *Weltwoche*. Seit gefühlten zwanzig Jahren hat der Sender endlich wieder einmal ein eigenes Unterhaltungsformat im Programm, das weder fixfertig aus dem Ausland eingekauft ist noch eine Wanderung beinhaltet. Man wagt wieder einmal etwas im Leutschenbach. Zwar nur im Sommerprogramm, aber immerhin.

Die Innovation hat SRF ausgelagert: Urheber des neuen Comedy-Quiz «Metzgete» ist der Komiker Beat Schlatter, produziert wird es vom privaten Anbieter Faro TV. Bei der Umsetzung genoss Schlatter maximale Freiheit, sogar das Bühnenbild und die Musik konnte er selber bestimmen. Beim Moderatoren-Casting setzte sich der Komiker Fabian Unteregger gegen elf Konkurrenten durch. Und als Assistentin setzte Schlatter ein Playboy-Häschen ein – wie früher Karl Dall auf RTL.

Das Konzept geht etwa so: Ein prominenter Gast stellt drei prominenten Komikern Fragen zu einer ihm unbekannt prominenten Person. Anhand der Antworten muss er herausfinden, um wen es sich handelt. Bloss: Die Fragen darf sich der Kandidat nicht selbst ausdenken, sie sind vorverfasst. Schwinger Nöldi Forrer und Sängerin Sina mussten in der ersten Sendung zum Beispiel fragen: «Wenn die Person ein Computervirus wäre, was würde sie anrichten?» Oder: «Wenn diese Person eine Wurst wäre, welche?» Noch absurder als die Fragen sind zuweilen die Antworten der Komiker – und so schmilzt die zu gewinnende Million rasch dahin. Wer den Namen dennoch herausfindet, kann immer noch Pech haben: Über die Währung wird erst im Nachhinein per Glücksrad entschieden.

«Metzgete» ist eine Persiflage auf klassische Quiz-Shows vor den Kulissen einer Late-Night-Show. Fabian Unteregger hatte in der ersten Sendung etwas Anfangsschwierigkeiten, wirkte noch etwas hölzern, doch je länger die Sendung dauerte, desto besser kam er in Fahrt – und desto vergnüglicher wurde dieser heitere Nonsense. Mehr davon!

Metzgete – Heiteres Prominentenraten:
Donnerstag, 22.20 Uhr, SRF 1

Wagnis «Neuer Falken»

«Cocktail prolongé» in Küsnacht; Wiederbelebung der «Stunde des Herzens»; Salzburg sucht einen Intendanten. Von Hildegard Schwaninger



Turbulente Geschichte: Geschäftsführer Morina (l.) und Besitzer Theler im «Neuen Falken».

Der «Neue Falken» in Küsnacht wurde schon letzten November eröffnet, jetzt wollte der Besitzer Michel Theler seine Freunde noch einmal daran erinnern, dass es ihn gibt. Er lud zum «Cocktail prolongé». Michel Theler, der Sohn des Basler Managers (Präsident der Schweizerischen National-Versicherungs-Gesellschaft) und Ex-Sportlers (Bob, Fussball) René Theler, ist seit 2006 als Gastronom tätig. Ihm gehört das «Noohn» in Basel, ein 800 Quadratmeter-Betrieb gleich neben der Elisabethen-Kirche, wo asiatisch gekocht wird.

Nach dieser *success story* geht Michel Theler das Wagnis «Neuer Falken» ein. Das Restaurant hat eine turbulente Geschichte hinter sich. Drei Köche scheiterten hier bereits. Theler lässt sich davon nicht entmutigen. (Auch der mit Geschäftssinn begabte Dieter Meier wagte es im CS-Lichthof am Paradeplatz, nachdem dort mehrere Wirte gescheitert waren, und landete mit dem Restaurant «Bäregasse» einen Volltreffer). Theler macht aus dem «Neuen Falken» ein italienisches Restaurant, das kinderfreundlich ist und am Sonntagabend offen hat.

Beim «Apero lungo» für Freunde verwöhnte Geschäftsführer Burim Morina eine glanzvolle Gesellschaft. Banker Roger Lehmann fuhr mit Unternehmerin Carolina Müller-Möhl im Maserati vor. Man sah: den Onkologen Victor («Vicky») Hofmann mit Dreitagebart, Unternehmer Beat Curti, Franz Rhomberg (Fran-

zoli-Catering), Önologin Karin Riegger, Nichte und rechte Hand von Weinhändler Peter Riegger, die mit ihrer Mutter Bernadette und der kleinen Tochter da war, Andreas Zehnder und Ehefrau Clarissa (Egon Zehnder), Maler Max Zuber mit Regina Wartmann, Christian Jott Jenny, Gründer und Intendant des Festival da Jazz in St. Moritz, das heute Abend mit der japanischen Band Osaka Monaurail eröffnet wird. Es regnete in Strömen, alle kannten sich, viele Kinder waren da, man trank Prosecco, ass Antipasti, es war wie ein fröhliches Familienfest.



Eröffnung: Festival-Gründer Jenny.

Nachdem es mit Alexander Pereira nicht geklappt hat, gehen die Salzburger Festspiele jetzt per Inserat auf Intendantensuche. Die Toppositionen des Präsidenten und des Intendanten

waren am Wochenende in mehreren Tageszeitungen ausgeschrieben, auch in der NZZ. Mit der Suche beauftragt wurde das Wiener Büro von Egon Zehnder. Helga Rabl-Stadler, seit neunzehn Jahren Festspiel-Präsidentin, gab vor zwei Jahren ihren Rücktritt per 2014 bekannt. In einem Interview mit den *Salzburger Nachrichten* erklärte sie ihre Gründe und zeichnete das Profil eines potenziellen Nachfolgers. Doch jetzt will sie es noch einmal wissen. Sie scheint schwer zu ersetzen, und deshalb wird sie in dem Suchinserat explizit aufgefordert, sich für den Posten zu melden. Was sie, wie sie den Medien mitteilte, auch zu tun gedenkt. Der Intendant hingegen wird nicht aufgefordert, sich zu bewerben. Er schwirrt ab nach Mailand (ab 2015 ist er Intendant der Mailänder Scala), Salzburg hat den Vertrag mit ihm vorzeitig beendet.

Die *Stunde des Herzens*, 1997 von Wirtschaftsführern gegründet, um Bedürftigen in Notsituationen beizustehen, dümpelte in den letzten Jahren etwas dahin. Es gibt einfach zu viele Stiftungen und *charities*, die ihre Hand nach dem Geld der Gebefreudigen ausstrecken. Doch jetzt soll die von Stiftungsrätin Marina Berini Eggenberger organisierte Veranstaltung zum Glanz ihrer Anfangszeit zurückfinden. Die nächste «Stunde des Herzens» soll, wie die erste, ein glorioser Abend im Zürcher Opernhaus werden. Allerdings von anderer Art. Die Schweizer Rockband Gotthard spielt



Bald im Opernhaus: Sängerin Hagen.

unplugged und wird erstmals auf der Opernbühne stehen. Mit ihrem neuen Frontman Nic Maeder. Als Stargast singt die Punk-Ikone Nina Hagen Lieder von Kurt Weill und Bertolt Brecht. Ihr Manager Alex Grob freut sich. Der Ertrag geht ans Zürcher Lighthouse, das sein 25-Jahre-Jubiläum feiert. Gegründet für Aids-Kranke, ist es heute ein Sterbehospiz für unheilbar Kranke. Präsident ist FDP-Politiker Hans-Peter Portmann. Das Fest findet am 8. September statt, Eintrittskarten fürs Konzert 270 Franken, inklusive Galadiner 770 Franken. Es kocht Hans-Peter Hussong, der Maestro vom Restaurant «Wiesengrund» in Uetikon am See.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Freude und Ehrlichkeit

Die Kabelspezialistin Karin Vock, 35, und der Plattenleger Mario Häfeli, 38, haben im Mai geheiratet. Die schweren Zeiten machten die Entscheidung zu heiraten einfacher.



«Noch stärker»: Ehepaar Häfeli-Vock.

Mario: Kennengelernt haben wir uns in Seengen in der «Türmli-Bar». Nachdem ich Karin einmal gesehen hatte, ging ich – in der Hoffnung, sie wieder zu treffen – beinahe jeden Tag dorthin. Drei Wochen zogen ins Land, bis es endlich so weit war. Dass sie sich beim Wiedersehen in männlicher Begleitung befand, war, gelinde ausgedrückt, ein Schock für mich. Später stellte sich heraus, dass es sich um einen sehr guten Freund handelte, und ich fragte sie für ein Date an. Es dauerte bis morgens um 7 Uhr. Da war es um uns geschehen.

Karin: Kurz darauf feierte ich meinen zwanzigsten Geburtstag. Ein blonder Mann war für mich bisher ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, aber mit Mario vergass ich diese Abneigung schnell. Bald bezogen wir eine gemeinsame Wohnung. Zu unserem Glück gehören heute auch zwei geliebte Katzen. Wenn ich «Liebling» rufe, wenden sich mir drei Köpfe zu.

Mario: Ich wünschte mir eigentlich eine Frau mit blonden langen Haaren, und obwohl ich Karin schön finde, stellte ich bald fest, dass die Äusserlichkeiten in einer ernsthaften Partnerschaft bestimmt nicht das Wichtigste sind. Die richtige Frau liebt man auch im Pyjama und ohne Make-up. Andere Sachen fallen nicht

mehr auf, wenn sonst alles stimmt. Liebe, Ehrlichkeit und Lebensfreude würde ich heute als den gemeinsamen Kitt unserer Beziehung bezeichnen.

Karin: Ob er der Richtige ist, merkt man am Bauchgefühl. Einen Schlüsselmoment gab es nicht, aber als mich Mario voll unterstützte und tröstete, als ich meinen Job verlor, dachte ich schon: «Auf den kann man sich verlassen, der lässt mich in schwierigen Situationen nicht einfach innerlich allein.» Dass man zusammen vieles bewältigen kann, darunter auch traurige und anstrengende Zeiten, finde ich beinahe wichtiger als die glücklichen Highlights, die natürlich auch verbinden.

Mario: Vor vier Jahren nahm sich mein Vater das Leben. Für mich brach eine Welt zusammen. Doch Karin war immer da, trug diesen tiefen und schmerzhaften Einschnitt mit und war mir eine unverzichtbare Stütze. Das Ereignis ist nur sehr schwer zu verarbeiten, ich weiss nicht, wie ich alles ohne Karin durchgestanden hätte, und ja: Die schweren Zeiten machten unsere Liebe noch stärker. Bevor man in den Hafen der Ehe steuert, ist es wichtig, dass man den anderen gut kennt und weiss, wie er in extremen Situationen reagiert.

Karin: So gesehen ist es nicht verwunderlich, dass ich lange auf den Heiratsantrag warten musste: Er erfolgte am Ende einer fantastischen Eisshow, vor sechshundert Menschen, und unser Hochzeitsfest wurde nach all den Jahren natürlich mit viel Liebe zum Detail organisiert.

Mario: Der grosse Tag fing für meine Frau um 3.30 Uhr an: Coiffeur, Schminken, Ankleiden. Als ich sie beim Fotoshooting zum ersten Mal als Braut sah, gab es Freudentränen. Nach der Trauung schmiedeten wir unsere eigenen Hufeisen. Danach ging es mit der Stretchlimousine und einem Car in eine Schnapsbrennerei, und die Stimmung beim anschliessenden Festessen mit Musik, Tanz und Spielen war – natürlich – ausgezeichnet.

Hochzeitslimousinen: www.stretch.ch
Protokoll: Franziska K. Müller

Amtsbeleidigung

Von Andreas Thiel — Es ist schwierig, mit der Wahrheit jemandem zu schmeicheln.

Thiel: Herr Burkhalter, stimmt es, dass Sie fremde Richter über das schweizerische Rechtssystem stellen wollen?

Burkhalter: Ja.

Thiel: Sie werfen seltene Güter wie Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, für welche auf der ganzen Welt Menschen kämpfen und auch sterben, einfach so achtlos zu Ihrem Bundesratsbürofenster raus? Wollen Sie sich bei Ihren Kollegen in der EU einschmeicheln? Hat man Ihnen dafür später mal einen hübschen Posten bei der Uno versprochen?

Burkhalter: Also hören Sie mal ...

Thiel: Ihr Politiker seid doch alles *Habasche*.

Burkhalter: Das ist eine Beleidigung!

Thiel: Wieso? Haben Sie etwas gegen *Habasche*?

Burkhalter: Nein, aber dass Sie «*Habasche*» als Schimpfwort verwenden, ist eine Beleidigung für die *Habasche*.

Thiel: Nein. Wenn ich die *Habasche* hätte beleidigen wollen, dann hätte ich gesagt, die *Habasche* seien alles Politiker.

Burkhalter: Das ist eine Beleidigung für uns Politiker.

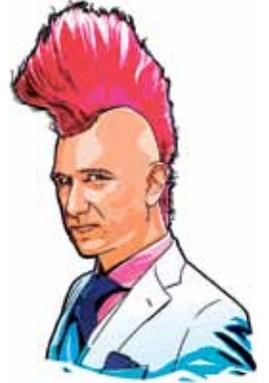
Thiel: Wieso? Da *Habasche* anständige Menschen sind, habe ich im Grunde genommen nur gesagt, Politiker seien alles anständige Menschen.

Burkhalter: So ist es. Wir schwören immerhin, den Willen des Volkes zu vertreten.

Thiel: Das Gelübde, welches Ihr Politiker bei eurer Vereidigung abgibt, dem Volk zu dienen, gleicht dem morgendlichen Schwur eines Trinkers, nie mehr zu trinken.

Burkhalter: Das ist eine Beleidigung.

Thiel: Jaja, das kommt halt manchmal vor. Mir hat mal einer die Wahrheit gesagt, da war ich auch ganz schön beleidigt.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Charakterkopf

Von Peter Rüedi



Erhält eine Frau das Kompliment, sie habe schöne Augen, ärgert sie sich. Zu Recht. Es gibt das Mittel des vergifteten Lobs, das verletzender ist als die offene Attacke. Werde ich als Politiker als Fachmann für Logistik und Strukturreform des Kleingartenwesens gefeiert, weiss ich: Für anderes als Schrebergärten werde ich nicht für kompetent gehalten.

So zucke ich auch immer etwas zusammen, wenn von einem Wein gesagt wird, er lege mehr Wert auf Ausdruck und Charakter als auf Perfektion. Als ob sich das ausschliesse. Als ob nicht auch ein Wein mit bescheidener Strahlkraft (um es mal so zu sagen) perfekt gemacht sein könnte. Oder einer mit bombastischem Auftritt schlampig. So ausgedeutet leuchtet das ja auch jedermann ein, und dennoch: Wird besonders nachdrücklich der «Charakter» einer Flasche herausgestrichen, machen wir uns besser auf Pflicht gefasst als auf Vergnügen.

Nicht so bei der, die mir im «Alcide» vor Venturina an der alten Via Aurelia als «charaktervoll» empfohlen wird. Es ist mit 35 Grad einer der Tage, an denen selbst ich an die Berechtigung der Kategorie «Sommerwein» zu glauben beginne, und was käme zu einem Thon-Tartare gelegener als ein Wein, bei dem Hitze zu den Geburtsbedingungen gehörte. (Da es denn ein Roter sein muss: Die Restlebensgefährtin besteht nun mal auf dem Irrglauben, sie könne Weisse in keinem Fall ertragen.) Der Frappato von der sizilianischen Südostküste hat zwar tatsächlich eine gesündere Säure als jeder Vermentino aus der Maremma, aber in allen anderen Punkten ist keinem Fan dieses Autochthonen zu widersprechen: Dieser Wein aus der alten, vor einem Vierteljahrhundert fast ausgerotteten sizilianischen Sorte ist eine lichterote, fruchtduftende, erdbeerknackige, blitzfrische, im Alkoholgehalt bekömmliche Überraschung. Oberflächlich, zumal in der Farbe, mit einem Beaujolais zu vergleichen, hat er, nun ja: eben mehr Charakter (als die meisten Beaujolais wenigstens). Der Frappato, meist mit dem tieferfarbigen Nero d'Avola verschnitten (in Vittoria zum «Cerasuolo»), ist dank neuer Kellertechniken auch sortenrein ein helles Vergnügen. Was zu beweisen war.

Azienda Agricola COS: Frappato 2011. 12,5%. Sacripanti, Wettingen. Fr. 19.50. www.viniasacripanti.ch

Parkieren in der blauen Zone

Von Jürg Zbinden

1 — Im Englischen heissen sie *flask*, im Deutschen spricht man vom Flachmann – kleine Flaschen, meistens aus Stahl oder in der Edelvariante aus Silber, die Hochprozentiges für den kleinen Schluck zwischendurch verschlussicher aufbewahren. Genauso sehen die Flakons von Comme des Garçons Parfums aus. Ein Wurf war bereits das schillernde «Amazingreen», mit einer scharfen Note von Schiesspulver. Jetzt kommen gleich drei Düfte auf den Markt, eine Invasion der Gegensätze in Blau: «Blue Encens» ist eine Fusion aus mystischem Weihrauch und zerstoßenem Beifuss im Kontrast zu lodernnden gefrorenen Gewürzen (indischer Kardamom, schwarzer Pfeffer und Zimt) sowie Bernsteinkristallen. «Blue Cedrat» bildet eine Allianz aus feurigem Zedernholz aus Virginia, Cedrat aus Italien, einer bitteren Chinin-Note (Wacholderbeeren, Engelwurz-Wurzeln) und Metallic Rose. «Blue Santal» schliesslich überrascht mit geistigem Sandelholz aus Australien, begleitet von warmen Kiefernnoten und pikanten Wacholderbeeren, Wacholderessenz und blauem Pfeffer.

Das Triple in Blau ist seit Juli im Kosmetikfachhandel erhältlich, zum Beispiel bei Parfümerie Osswald am Zürcher Paradeplatz. Der Preis bewegt sich je Nasen- und Hand-Schmeichler um Fr. 146.–.

2 — Noch möchten wir den Hochsommer geniessen, doch die Läden sind bereits auf Herbst und Winter eingestellt. «Unconditional», bedingungslos, lautet das Motto der Schweizer Marke Strellson. Urbanität und Funktion bilden die Basis der Herbst/Winter-Kollektion. Die Bomberjacke mit Strickbündchen und schwarzem Ärmelzipper spielt mit dem Camouflage-Effekt, und das einmal mehr in leuchtendem Blau. Der Preis lautet auf Fr. 349.–.

3 — Auf den ersten Blick könnte man meinen, es sei Jacke wie Hose, doch die Camouflage-Jeans mit schräg angesetzten Seitentaschen ist in mattern Blautönen gehalten als die Bomberjacke. Der Preis der Hose – sie heisst übrigens «Robin» – beträgt Fr. 199.–. Die Strellson-Sportswear-Kollektion für Herbst/Winter ist ab Juli/August 2013 in Strellson-Shops weltweit, im internationalen Fachhandel sowie im Strellson-Online-Shop (Deutschland, Österreich, Schweiz) erhältlich: www.strellson.com (Online-Shop).

1



2



3





Auto

Die Kunst des Weglassens

Wer einen Suzuki fährt, besinnt sich auf das Wesentliche. Und kommt entspannt an – zum Beispiel im Grand Vitara. Von David Schnapp

Der Suzuki Grand Vitara ist ein gefälliges und – trotz des Namens – recht kompaktes SUV. Ein Auto, das in Würde altert, weil auf Designspielereien recht konsequent verzichtet wird. Als ich mich in meinen Testwagen setzte, brauchte ich trotzdem einige Minuten Anpassungszeit. Im Innenraum herrscht kompromisslose Nüchternheit, schlichte Kunststoffe und einfache Symmetrien dominieren das Bild: Eine Klimaautomatik, ein Radio-CD-System, das es so auch in den achtziger Jahren schon hätte geben können, und ein Schalter für das Allradgetriebe – mehr gibt's da nicht, und viel mehr braucht es auch nicht.

Je länger ich den Grand Vitara fuhr, desto lieber wurde mir seine Schlichtheit. Nicht nur, dass man alles nach zweieinhalb Minuten verstanden hat, was es an Funktionen zu bedienen gibt, diese Einfachheit wirkt erstaunlich beruhigend. Das Auto lenkt einen nicht ab, es verhält sich zum Fahrer wie ein buddhistischer Mönch zu seinem Schüler. Und auch wenn die weitläufigen Kunststoff- und Hartplastiklandschaften nicht gerade bildschön wirken, sind sie dafür äusserst praktisch.

Suzuki Grand Vitara 2.4 GL Top

Leistung: 169 PS, Hubraum: 2393 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 185 km/h
Preis: ab Fr. 28 990.-; Testwagen Fr. 34 990.-

Überall hat es Ablagemöglichkeiten, kleine und grössere Fächer, Platz für Becher oder Flaschen, Mobiltelefone und weitere Kleinigkeiten, die man bei aller Reduktion auf das Wesentliche halt doch immer dabei hat.

Vorsicht, Kurve

Die Kunst des Weglassens, die Suzuki beherrscht, wirkt sich auf das Gewicht des Wagens aus, leer bringt der kompakte Offroader lediglich 1643 Kilogramm auf die Waage. Und dies trotz stabiler Leiterrahmen-Konstruktion und einem vollwertigen Allradantrieb mit Reduktionsgetriebe, das einem abseits der Strasse oder bei problematischen Witterungsbedingungen gute Dienste leisten kann.

Das Fahrwerk hilft beim Entspannen, es ist komfortabel ausgelegt. In zu optimistisch angegangenen Kurven neigt die Karosserie allerdings zu Wankbewegungen, was einen daran erinnert, dass man es nicht so hektisch angehen sollte. Ausgestattet mit einem 2,4-Liter-Benzin-Motor und der optionalen Automatik (Fr. 2000.-), wurde aus meinem Testwagen zwar keine Autobahnrakete. Aber der Grand Vitara ist ausreichend motorisiert, der Benzinverbrauch ist mit zehn bis elf Litern aber eher hoch. Hier bietet sich das Modell mit Dieselmotor an, das nur 6,6 Liter benötigt.

Fazit: Der Grand Vitara ist ein solides, praktisches Kompakt-SUV mit allem, was ein Auto braucht, und – zum Glück – nicht mehr.

Zu Tisch

Zwei sind genug

Von David Schnapp



Wie viele Geschmäcke braucht es auf einem Teller, damit aus einer Handvoll Zutaten ein Sterne-Gericht wird? «Drei», sagen viele von der französischen Hochküche inspirierte Meister. «Viele», sagen manche Avantgarde-Köche. Andree Köthe, «Koch des Jahres 2012» im «Gault Millau», der mit seinem Partner Yves Ollech das «Essigbrätlein» in Nürnberg führt, hat nicht nur die Anzahl der Zutaten reduziert, sondern verzichtet auch weitgehend auf teure Produkte. «Gewürzküche» nennt er das, und seine Teller sind so radikal reduziert wie sein kleines Restaurant in der mittelalterlichen Altstadt: Ein Menü mit sechs Gängen (€ 129.-) und einigen Apéro-Häppchen davor gibt es, eine Weinbegleitung und ein luftiges Brot mit Karotten sowie Bohnenbutter dazu. Der Fokus liegt auf dem Wesentlichen, dem Geschmack. Köthe hat sich intensiv mit Aromen auseinandergesetzt, arbeitet mit einem Biologen zusammen und verzichtet auf Mischgewürze, wie er der *Welt* erklärt hat: «Der Gast soll erkennen, was er isst.»

Nach dem Einstieg ist der Gast beeindruckt von Kombinationen wie Hafer mit unreifen Johannisbeeren oder einer warmen Erbsencreme, die er aus einer Erbsenschote gesaugt hat. Viele Kombinationen sind toll: die Seeforelle mit Sauerampfer und Saft von grünem Rhabarber. Die Säure gleicht den eher fettigen Fisch aus und macht die Vorspeise zu einem frischen, fröhlichen Auftakt. Gemüse spielt oft die Hauptrolle, zwei Gänge bleiben vegetarisch (Kohlrabi, Spargel), während die Hauptspeise mit einer perfekt gegrillten Taube überzeugt. Nur das Dessert war leider weder geschmacklich noch handwerklich ein Ereignis: Das Kiefernnaadeleis schmeckte nicht so, wie es hiess, die grobgehackten Kräuter mit Zucker und Limette wirkten etwas gar rudimentär.

Man kann im «Essigbrätlein» erleben, wie wenig es oft braucht für ein gutes Gericht. Aber man kann auch sehen, dass zu wenig manchmal auch einfach zu wenig ist.

Restaurant Essigbrätlein: Weinmarkt 3, 90403 Nürnberg, Deutschland. Tel. +49 911 225 131. Sonntags und montags geschlossen. 18 Gault-Millau-Punkte, 2 Michelin-Sterne. Ausführliche Menü-Besprechung auf www.dasfilet.ch

Die Souffleure des intelligenten Tischgesprächs.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Handy verfügbar.

DIE  WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT



«Gemütlich, ohne Eis»

Appenzeller Alpenbitter kann auf 111 Jahre Tradition zurückschauen. Stefan Maegli führt die Getränkemarkte in die Zukunft.



«Regal-Ikone»: Geschäftsführer Maegli.

Herr Maegli, stimmt es, dass nicht mal Sie als Geschäftsführer das genaue Rezept von Appenzeller Alpenbitter kennen?

Das ist wirklich so und kein Marketing-Gag. Nur zwei Nachfahren der Gründerfamilien, die intern «Kräuterpäpste» genannt werden, kennen die genaue Zusammensetzung der 42 Kräuter. Wenn die Produktion Nachschub braucht, schliessen sie sich im Mischraum ein, um die Säcke von Hand zu füllen. Nicht mal ich habe einen Schlüssel zu diesem Raum.

Dürfen die beiden Geheimnisträger zusammen ins gleiche Flugzeug steigen, oder wäre dann das ganze Unternehmen in Gefahr?

Zur absoluten Sicherheit ist das Rezept in einem Tresor verwahrt.

Früher wurde Appenzeller sogar ärztlich empfohlen. Wie viele Gläschen pro Tag muss ich trinken, damit ich gesund bleibe?

Die Bitterstoffe haben tatsächlich Indizien, welche für die Verdauung förderlich sind. Heute wäre eine ärztliche Empfehlung oder ein Heilsversprechen durch uns nicht mehr zulässig.

Sie selbst haben im Marketing gearbeitet, bevor Sie 2011 zu Appenzeller kamen. Wieso waren Sie der richtige Mann für den Job?

Der Verwaltungsrat suchte jemanden, der mit viel Sorgfalt die Marke pflegen und in die Zukunft bringen kann. Ein technisches Verständnis war weniger gefragt. Mich reizte die Herausforderung, für den im ganzen Land bekannten Kräuterlikör zu arbeiten, und nach zwanzig Jahren Zürich in meine alte Heimat, die Ostschweiz, zurückzukehren.

Im Jahr 2011 wurden auch die neuen Appenzeller Stengeli lanciert. Haben sich die Erwartungen erfüllt?

Absolut. Weil die Stengeli so gut liefen, haben wir auch unsere neuen Truffes mit einer Füllung aus Ziegenmilch und Alpenbitter kreiert. Wir sind offen für neue Produkte, die unsere Hauptmarke unterstützen. Einen alkoholfreien Alpenbitter hingegen wird es nie geben. **Bei Ihrem Amtsantritt wollten Sie sich intensiver um den Export kümmern.**

Der Exportanteil wächst kontinuierlich, auch wenn unsere Exportabteilung nur aus mir selbst besteht. Vor allem aber wollen wir nachhaltig wachsen.

Die importierten Spirituosen haben einen Marktanteil von über 80 Prozent in der Schweiz. Wie behaupten Sie sich gegen die ausländische Konkurrenz?

Appenzeller Alpenbitter war durch seine Position als Regal-Ikone gut vorbereitet, bevor die ausländischen Marken einfielen, die bis zu den Liberalisierungen der neunziger Jahre höher besteuert wurden. Heute sind eher die Schweizer Marken benachteiligt durch das restriktive Alkoholgesetz im Werbebereich.

Wie sehen diese Restriktionen aus?

Es ist uns nicht erlaubt, grosse Emotionen in der Werbung zu zeigen und beispielsweise einen Menschen abzubilden. Wir dürfen in einem Inserat ein Glas mit Schnaps zeigen. Bereits eine Hand, die das Glas hält, ist unzulässig. Plakate, Radio- und TV-Werbung für Schnaps sind verboten. Internationale, finanzstarke Marken können über ausländische Sender besser mit den Emotionen spielen. Wir müssen anders kreativ sein. Es ist ein Kampf David gegen Goliath, in welchem wir uns aber gut behaupten können.

Wie schafft man es ins Sortiment von Detailhändlern und Gastronomen?

Unseren Umsatz generieren wir zu etwa gleichen Teilen über den Detailhandel und die Gastronomie. Das ist eine sehr glückliche, da ausgewogene Aufstellung. Für die Betreuung der Detailhändler haben wir einen Key-Account-Manager. Die Hälfte unserer Belegschaft betreut im Aussendienst die Gastronomen. Wenn uns der Konsument aus der Beiz kennt, gibt uns das auch eine Position der Stärke gegenüber dem Handel.

Der Alpenbitter-Stand an der Olma ist Kult. Trifft man Sie auch jedes Jahr dort?

Seit zwanzig Jahren besuche ich praktisch jedes Jahr den Olma-Stand. Man trifft dort Hinz und Kunz, Mann und Frau, Jung und Alt. Vorbeikommen lohnt sich!

Wie trinkt man einen Appenzeller korrekt?

Wie man es mag. Ich selbst genieße ihn am liebsten gemütlich im Longdrink-Glas, ohne Eis. Wollen wir einen nehmen?

Aber gerne. Zum Wohl!

Zum Wohl!

Stefan Maegli, 45, ist seit 2011 Geschäftsführer der Appenzeller Alpenbitter AG. Die Traditionsmarke wurde 1902 gegründet und beschäftigt rund 35 Mitarbeiter. Die Fragen stellte Samuel Hofmann.



«Wir denken maskulin»: Bekleidungsunternehmerin Zegna.

MvH trifft

Anna Zegna

Von Mark van Huisseling — Ein weiteres Gespräch über Dinge, die sommers besonders interessieren. Mit einer Italienerin, natürlich.

Wie soll ein Mann riechen?» – «Erstens nach sich selber, zweitens sauber und angenehm. Und dann sollte man ihn erst riechen, wenn man ihm nahe kommt, das ist wichtig.» – «Saubere und angenehm» – welcher Mann riecht so?» – «Mein Sohn, nach dem Duschen.» (Er ist 21.) «Sie sind für den Auftritt von Zegna verantwortlich, die Firma stellt Kleidung und Accessoires her, nur für Männer; können Sie das, weil Sie eine Frau sind oder obwohl Sie eine Frau sind?» – «Sie haben etwas vergessen, ich bin auch eine Zegna, das ist ein Unterschied. Männerkleidung zu verstehen, ist bei uns in der DNA. Ich habe ein gutes Auge, und die Optik hat mich immer interessiert, nicht bloss, was Mode angeht, sondern allgemein. Es gibt nur ein Problem: Ich kann unsere Anzüge nicht tragen. Und Gildo, Gott sei Dank, kümmert sich um die geschäftliche Seite.»

Anna Zegna ist Image-Direktorin der Ermenegildo-Zegna-Gruppe (feine Tuche, hochprei-

sige Business- und exquisite Freizeitkleidung sowie von Lizenznehmern hergestellte Brillen, Uhren oder Parfüms; Wikipedia) und Präsidentin der Fondazione Zegna, einer Stiftung für den guten Zweck. Ihr Bruder Gildo – eigentlich Ermenegildo wie sein Grossvater, der Unternehmensgründer – ist der CEO. Das Unternehmen mit 7000 Mitarbeitern ist im Besitz der Familie. 2011 betrug der Umsatz 1,13 Milliarden Euro und das Ergebnis (Ebitda) 233 Millionen; die Zahlen der Zegna-Gruppe entwickelten sich besser als die anderer italienischer Modefirmen, unter anderem, weil Zegna gute Geschäfte in Asien macht, vor allem in China. Das Treffen mit Frau Zegna in ihrem Büro in Mailand (der Sitz des Unternehmens ist in Trivero, Provinz Biella, nahe der Schweizer Grenze, wo die Stoffe hergestellt werden) kam zustande auf Vermittlung des Parfüm-Lizenznehmers Estée Lauder, von dem der neue Zegna-Männerduft «Uomo» hergestellt und vertrieben

wird (und von dem meine Reisekosten plus mein Aufenthalt bezahlt wurden).

«Als Image-Direktorin von Zegna müssen Sie wissen, was Männer wollen.» – «Es gibt einen Aspekt an Männern, den ich mag, die rationale Seite; sie wissen, was sie wollen, sehr konkret. Männer überlegen, bevor sie kaufen: «Wofür dient dieses Stück?» Und: «Brauche ich es?» Sie schauen schon auch auf Ästhetik, aber immer auch auf Nutzwert und Funktionalität. Sie zum Beispiel leben in Zürich, Sie wollen etwas anderes von einem Anzug als ein Mann in Lugano, und das in diesem relativ kleinen Land... Das überlegen wir uns, wenn wir etwas herstellen, wir denken maskulin.» – «Und was wollen Frauen?» – «Frauen machen Einkäufe einfach so [sie schnippt mit den Fingern], ohne Zweifel, und sie mögen Abwechslung, sie sind weniger loyal. Doch das ändert sich. Frauen haben Jobs, sind Ehefrauen, Lebensgefährtinnen, nennen Sie es, wie Sie wollen, und, hoffentlich, Mütter. Frauen wollen eine vielseitige Garderobe. Als Frau kann man das gleiche Outfit nicht zweimal nacheinander anziehen, das fällt sofort auf, immer noch.» – «Das Einkaufsverhalten von Frauen ist irrational also?» – «Absolut. Schlechtgelaunte Frauen gehen einkaufen, danach lächeln sie...» – «Man nennt das *retail therapy*.» – «... und Frauen kaufen unglaublich gerne mit Freundinnen ein.»

Die Genialität des Ortes

«Italien ist kein Standort, der Unternehmen unterstützt. Weshalb geht es der Firma Zegna dennoch gut, sogar besser in den vergangenen, schwierigen Jahren?» – «Uns gibt es nicht erst seit gestern, wir sind 103 Jahre alt, und es war nicht immer so schwierig wie heute. Und uns kommt das zur Hilfe, was ich den Genius Loci nenne, die Genialität dieses Ortes in den norditalienischen Alpen, wo mein Grossvater mit seiner Mühle begann. Und natürlich die Handwerkskunst, die es hier seit der Renaissance oder noch länger gibt. Wir glauben, trotz aller Schwierigkeiten, an unser System; man sollte das nicht mit unseren schlechten Politikern vermischen, unsere kleinen und mittleren Unternehmen werden es weiter schaffen, wir schaffen es immer. Doch wir verdienen bessere Politiker.» – «Ist es besser geworden, seit Silvio Berlusconi nicht mehr Ministerpräsident ist?» – «Es ist noch komplizierter geworden. Es gibt mehr Bürokratie statt weniger. Und immer weniger Leute in öffentlichen Ämtern wollen Entscheide fällen – wenn Sie ein Café eröffnen wollen, müssen Sie eine Zillion Formulare ausfüllen. Das hilft nicht. Und dann gibt es, auf der anderen Seite, diesen *credit crunch*, der junge Unternehmer hindert, ein Geschäft zu beginnen...» – «Etwas Einfacheres: Wo verbringen Sie Ihren Sommer?» – «In Italien und in der Schweiz, ich habe ein Haus im Engadin.»

Ihr liebstes Restaurant: «Chasellas», Via Suvretta 22, St. Moritz, Telefon 081 833 38 54.

HUBLOT



BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel +41 (0)43 344 63 63
beyer.ch.com


HUBLOT

**CLASSIC FUSION
ULTRA-THIN WHITE SHINY**

www.hublot.com •  twitter.com/hublot •  facebook.com/hublot